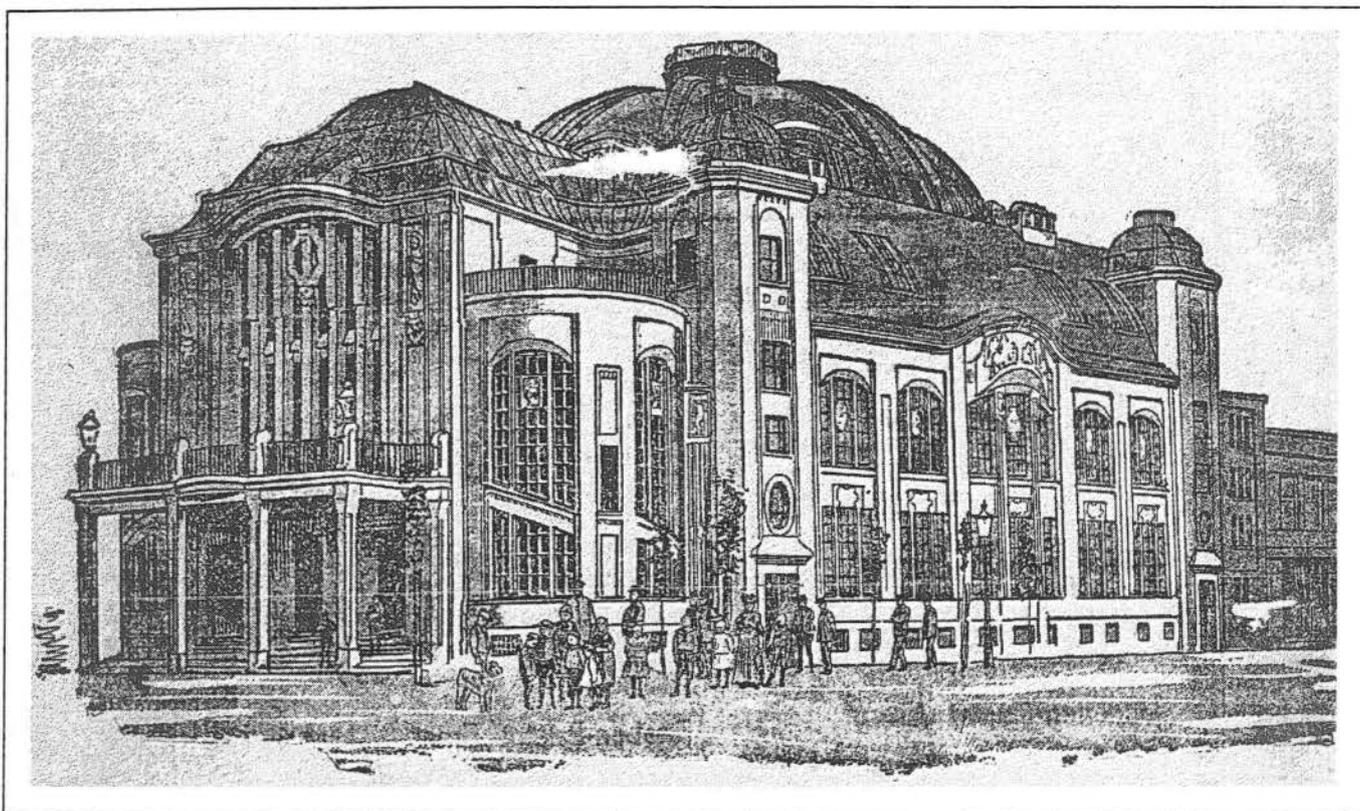


B C H U M E R Z E I T P U N K T E

Beiträge zur Stadtgeschichte, Heimatkunde und Denkmalpflege Nr. 24



3

Clemens Kreuzer

Am Anfang war Stadtrat Wilhelm Stumpf
Bochums kulturpolitische Gründerzeit

19

Hans Joachim Kreppke

Die Reinhaltung der Abtritte und Straßen in Bochum
Von der Bürgerpflicht zur kommunalen Dienstleistung

45

Ingetraud Rösen

Die Scharounkirche im Glockengarten

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser !

2010 ist Bochum mit dem Ruhrgebiet europäische Kulturhauptstadt. Anlässlich dieses Ereignisses, aber auch zum Gedenken an den 60. Todestag von Wilhelm Stumpf im Jahr 2009 erinnert Clemens Kreuzer an die eng mit dem Namen Stumpfs verbundenen Anfänge der Bochumer Kulturpolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Darüber hinaus hat die Familie Stumpf eine besondere Bedeutung für Bochum, gab doch die Druckerei Stumpf seit 1829 Bochums erste Zeitung heraus, das „Wochenblatt für den Kreis Bochum“, aus dem 1848 der zunächst zweimal wöchentlich erscheinende „Märkische Sprecher“ und 1874 Bochums erste Tageszeitung gleichen Namens entstand. Auf Stumpfs Gründungsinitiativen gehen die meisten städtischen Kultureinrichtungen Bochums wie das Schauspielhaus, die Bochumer Symphoniker, das Museum Bochum und das Stadtarchiv zurück, sodass die Kulturpolitik der Stadt bis heute auf den Grundlagen seines Schaffens beruht. Nicht zuletzt animierte er die Gründung der Vereinigung für Heimatkunde, der heutigen Kortum-Gesellschaft. Der Beitrag widmet sich den Aktivitäten Stumpfs. Im Mittelpunkt steht dabei die Entwicklung des Stadttheaters.

Im zweiten Beitrag widmet sich Hans-Joachim Kreppke erneut einem Thema, dessen vermeintliche Abseitigkeit mit der Selbstverständlichkeit kontrastiert, mit der wir heute diese städtische Dienstleistung betrachten: Es geht um die Anfänge der Bochumer Straßenreinigung im 19. Jahrhundert, die sich zu dieser Zeit aus dem Spannungsfeld einer anderen, weitgehend vergessenen, aber weitaus bedeutsameren Tätigkeit entwickelte. Kreppke beleuchtet die regelmäßige Entleerung der noch nicht an ein Kanalnetz angeschlossenen Toiletten und die Entsorgung der Fäkalien in gewohnt blumiger Sprache und zeichnet ein eindrucksvolles Bild der Auseinandersetzungen um die zeitgenössische Stadthygiene.

Abschließend gibt Ingetraud Rösen einen Einblick in die Baugeschichte der Johanneskirche am Glockengarten, Bochums jüngstem Baudenkmal. Ihr Beitrag zeichnet die vielfältigen Aktivitäten der Gemeinde beim Entwurf und Bau der Kirche durch Hans Scharoun ebenso nach wie die weitere Entwicklung bis hin zur heutigen Situation mit ihren Renovierungszwängen.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

Dietmar Bleidick

Bild auf der Titelseite:

Das am 10. Oktober 1908 an der Königsallee eröffnete private Apollo-Theater nach den am selben Tag im Märkischen Sprecher publizierten Zeichnungen.

(Märkischer Sprecher vom 10. Oktober 1908)



Impressum

Bochumer Zeitpunkte
Beiträge zur Stadtgeschichte,
Heimatkunde und Denkmalpflege
Heft 24, Dezember 2009

Herausgeber:

Dr. Dietmar Bleidick
Yorckstraße 16, 44789 Bochum
Tel.: 0234 / 335406
e-mail: dietmar.bleidick@t-online.de
für die
Kortum-Gesellschaft Bochum e.V.
Vereinigung für Heimatkunde,
Stadtgeschichte und Denkmalschutz
Graf-Engelbert-Straße 18
44791 Bochum
Tel. 0234 / 581480
e-mail: Kortum.eV@web.de

Redaktion:

Dr. Dietmar Bleidick, Peter Kracht

Redaktionsschluss:

jeweils 15. April und 15. Oktober

Druck:

A. Budde GmbH
Berliner Platz 6 a, 44623 Herne

Verlag:

Peter Kracht ♦ Verlag
Limbeckstraße 24
44894 Bochum
Tel.: 0234 / 263327
e-mail: kracht.verlag@gmx.de

ISSN 0940-5453

Schutzgebühr: € 3,00

Für Mitglieder der
Kortum-Gesellschaft kostenlos.

Clemens Kreuzer

Am Anfang war Stadtrat Wilhelm Stumpf

Bochums kulturpolitische Gründerzeit

Bochum mit dem Ruhrgebiet europäische Kulturhauptstadt 2010 – das ist aus historischer Perspektive der bisherige Höhepunkt einer kulturpolitischen Entwicklung, die vor einem Jahrhundert begonnen hat.

Der damalige Aufbruch wurde durch gesellschaftliche Kräfte getrieben, die aus der zunehmenden Urbanisierung und der Herausbildung eines breiteren Bildungsbürgertums resultierten. Doch ist das, was im letzten Jahrzehnt der Kaiserzeit und im ersten der jungen Republik in Bochum an konkreter Stadtkultur geschaffen wurde, undenkbar ohne das Engagement eines Mannes, der sich im hiesigen Rathaus an die Spitze der Entwicklung stellte, sie wie eine Lokomotive zog und schob und ihre Richtung bestimmte: der Stadtrat Wilhelm Stumpf.

Auf seine Gründungsinitiativen gehen die meisten städtischen Kultureinrichtungen Bochums zurück, und auf den Grundlagen seines Schaffens baut die Kulturpolitik der Stadt bis heute. Schon 1928 stellte Oberbürgermeister Dr. Ruer zu Stumpfs 25jährigem Dienstjubiläum fest, dass Theater, Orchester, Gemäldegalerie und Heimatmuseum ihn „mit Stolz ihren Vater nennen“.¹ Auch die Kortum-Gesellschaft kann ihn so bezeichnen. Wilhelm Stumpf sei „der eigentliche Gründer“ der Vereinigung für Heimatkunde (wie die Kortum-Gesellschaft ursprünglich hieß), hat Altbürgermeister Max Ibing 1949, damals ihr Vorsitzender, in seinem Nachruf zum Tod des vormaligen Stadtrats geschrieben.²

Wie Wilhelm Stumpf Bochums „kulturpolitische Gründerzeit“ gestaltet und geprägt hat, in der die junge Industriestadt zur Kulturstadt wurde,³ ist ein spannendes Stück regionaler Kulturgeschichte. Sie wird – auch aus Anlass der 60. Wiederkehr seines Todestages im Januar 2009 – in diesem Beitrag erstmals im Zusammenhang dargestellt.

Der neue Stadtrat Wilhelm Stumpf

Am 4. Mai 1903 bewarb sich Wilhelm Stumpf, nachdem er sein Jura-Studium in Tübingen, Leipzig und Göttingen und sein Referendariat u. a. an den Gerichten von Wat-

¹ StAB, Bo 11/190, S. 190.

² Bochumer Heimatblätter, Mitteilungen der Vereinigung für Heimatkunde, Nr. 3/1949.

³ Johannes Volker Wagner, Hakenkreuz über Bochum, Bochum 1993, S. 277.

tenscheid und Bochum abgeschlossen hatte, bei dem „Hochwohlloblichen Magistrat der Stadt Bochum“ um die „demnächst zu besetzende Stelle eines juristischen Hilfsarbeiters bei der Verwaltung der Stadt Bochum“.⁴

Der Bewerber stammte aus Bochum. Er wurde hier am 27. April 1875 geboren, besuchte nach der Volksschule das Städtische Gymnasium (heute: Gymnasium am Ost-ring) und legte dort das Abitur ab.⁵ Bochum war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stark von der aufstrebenden Industrie, aber nur wenig von neuen Entwicklungen in Kunst und Kultur geprägt. Dennoch kam Wilhelm Stumpf aus einer Familie, die im Laufe jenes Jahrhunderts dazu beigetragen hatte, Bildung und Kultur in dieser Stadt zu fördern.⁶ Wilhelm Stumpfs Großvater war jener Buchdrucker, der im Sommer 1828 als 24jähriger in das Ackerbürgerstädtchen Bochum kam, das damals gut 2.600 Einwohner zählte, um hier eine Druckerei zu gründen. Ab 1829 gab er Bochums erste Zeitung heraus, das „Wochenblatt für den Kreis Bochum“, aus dem 1848 der zunächst zweimal wöchentlich erscheinende „Märkische Sprecher“ und 1874 Bochums erste Tageszeitung gleichen Namens wurde. Als der spätere Stadtrat zur Welt kam, war das Druck- und Verlagsunternehmen seines Großvaters, das u. a. auch die Jahresberichte des Bochumer Gymnasiums und ab 1888 Franz Darpes „Geschichte der Stadt Bochum“ herstellte, bereits auf den Sohn des Gründers, Wilhelm Stumpf jun., übergegangen, Onkel und wohl auch namengebender Patenonkel des Stadtrats. Während der ältere Sohn des Zeitungsgründers den väterlichen Betrieb weiterführte, hatte sein jüngerer Bruder Adolf Stumpf, der Vater unseres Stadtrats, 1865 an der Viktoriastraße eine Buchhandlung gegründet, die 1870 als „Buch-, Kunst- und Papierhandlung“ und 1880 als „Buch-, Kunst- & Musikalienhandlung, verbunden mit einem Journal- und Bücher-Lesezirkel“ firmierte.⁷ Stadtrat Wilhelm Stumpf kam also aus einer Familie, in der Bücher und Zeitungen, Kunst und Musik bereits eine wichtige Rolle spielten.

Am 12. Juni 1903 trat er die ausgeschriebene Stelle des „juristischen Hilfsarbeiters“ im Bochumer Rathaus an. Damals war dies noch das zum Verwaltungsbau umfunktionierte ehemalige Hotel „Kaiserlicher Hof“ auf dem heutigen Rathausvorplatz. Bereits ein gutes Jahr später, am 28. Juli 1904, wählte ihn die Stadtverordnetenver-

⁴ StAB, Bo 11/190, S. 1.

⁵ Wilhelm Schwarz, Festschrift zur fünfzigjährigen Jubelfeier des Königlichen Gymnasiums Bochum, Bochum 1910, S. 142.

⁶ Die folgende Darstellung der Familiengeschichte Stumpf im 19. Jahrhundert folgt den Angaben in: Karl Brinkmann, 125 Jahre Stumpf. Der Lebenslauf eines Bochumer Druckhauses, Bochum 1954.

⁷ Bochumer Adressbuch 1874/75, S. 88 und S. 116; Bochumer Adressbuch 1880, Anzeige S. XXXVII. Nachdem Vater Adolf Stumpf gestorben war, wurde das Geschäft unter der Bezeichnung „Adolf Stumpf Nachfolger“ geführt.

sammlung einstimmig für eine 12jährige Amtsdauer zum „besoldeten Stadtrat“.⁸ Diese auch für den Spross einer angesehenen Bochumer Familie ungewöhnliche Karriere hatte ihre Ursache in einem besonderen Ereignis der damaligen Stadtentwicklung: In die Stadt Bochum waren im

Rechtsangelegenheiten, Militär-, Polizei- und Meldeamts-Sachen, für den Schlachthof, die Statistiken und manches mehr.¹¹



Abb. 1: Das Bochumer Rathaus, in dem Stadtrat Wilhelm Stumpf ein Vierteljahrhundert Dienst tat.

Frühjahr 1904 nach jahrelangen Verhandlungen und daher für den strebsamen Wilhelm Stumpf früh absehbar die „Landgemeinden“ Hamme, Hofstede, Grumme und Wiemelhausen eingemeindet worden, was die Einwohnerzahl der Stadt schlagartig von rund 67.000 auf über 100.000 ansteigen und Bochum zur Großstadt werden ließ. Die „durch die Eingemeindungen bedingte Geschäftsvermehrung“, (so der Verwaltungsbericht jenes Jahres), hatte nicht nur zu mehr „Beamten-Personal“ im Rathaus, sondern auch zur Vergrößerung des Magistrats um die Stelle eines besoldeten Stadtrats geführt, die dann der „Herr Gerichtsassessor Stumpf“ erhielt.⁹ Am 21. September 1904 führte ihn Verwaltungs-Chef Graff, dem einen Monat zuvor „durch Allerhöchsten Erlass“ der Titel eines „Oberbürgermeisters“ verliehen worden war,¹⁰ in sein Amt ein. Dabei wurde dem neuen Stadtrat keineswegs, wie man aus seiner späteren Tätigkeit schließen könnte, der Kultursektor als Dezernat übertragen. Stumpf wurde vielmehr zuständig für Prozess- und

Bochumer „Kulturpolitik“ im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts

So etwas wie einen Kultur-Dezernenten gab es bei Stumpfs Wahl zum „besoldeten Stadtrat“ noch gar nicht. Von Kulturpolitik war in den Amtsstuben des alten Rathauses noch keine Rede und kommunale Kulturpflege existierte im ersten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts lediglich in marginalen Ansätzen.¹² Dementsprechend sucht man in den städtischen Verwaltungsberichten der ersten Dienstjahre des neuen Stadtrats wie auch in den Haushaltsplänen jener Zeit vergeblich nach Abschnitten zur städtischen Kulturförderung. In den Etats der Stadt muss man die Zahlenkolonnen schon sehr sorgfältig durchgehen, um etwa in der Haushaltsrechnung für

1904 in einer Aufreihung unterschiedlichster Ausgabenpositionen zwischen denen für „Friedhofsverwaltung“ und für „Marktwesen“ drei zu entdecken, die der Sache nach Kulturförderung sein konnten: Eine Position „Theater“ mit einem Etat-Ansatz von 1.600 Mark, eine Position „Musik (Beihilfe)“ mit 6.000 Mark und schließlich eine Position „Öffentliche Lesehalle“, die mit 2.000 Mark bedacht war.¹³ Das war es denn auch schon.

Den Ansatz Lesehalle gab es 1904 erstmals; er betraf noch die Finanzierung ihrer baulichen Herrichtung in der ehemaligen Töchterschule an der Humboldtstraße.¹⁴ Im Jahre 1905 ist die Lesehalle dann eröffnet und um eine „Städtische Volksbibliothek“ mit einem Bestand von 1.800 Büchern erweitert worden. Die kamen aus einer privaten Bücherstiftung des früher einmal von Bochumer Gymnasiallehrern gegründeten Lesevereins.¹⁵ Die Stadt-

⁸ Für die preußischen Gemeinden galt damals die sogenannte Magistratsverfassung. Dem Magistrat als Leitungsgremium der Stadt gehörten der Oberbürgermeister und „besoldete“ (hauptamtliche) sowie „unbesoldete“ (ehrenamtliche) Stadträte an, letztere aus dem Kreis der Stadtverordneten. Die besoldeten Stadträte entsprachen etwa den heutigen Beigeordneten oder Dezernenten. Ende 1904 hatte der Bochumer Magistrat sechs besoldete und zwölf unbesoldete Stadträte. Verwaltungsbericht der Stadt Bochum für das Jahr 1904, S. 58.

⁹ Ebd., S. 56 ff.

¹⁰ Ebd., S. 72.

¹¹ Vgl. die Aufzählung in StAB, Bo 11/190, Vermerk vom 31. Mai 1928: Die Personalien des Stadtrats Stumpf. Die Beschreibung des Dezernates im Bochumer Adressbuch 1905, Teil II, S. XI, ist geringfügig anders.

¹² Zur kulturellen Situation in Bochum in der Zeit um die damalige Jahrhundertwende siehe: Clemens Kreuzer, Kulturstadt Bochum – vor hundert Jahren, in: Bochumer Zeitpunkte, Nr. 6 (Januar 2000), S. 3-16.

¹³ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1904, S. 218. Die genannten Beträge nennen das jeweilige Haushalts-Soll.

¹⁴ Ebd., S. 97.

¹⁵ Hildegard Bergmann, Stadtbücherei Bochum 1905-1980, Bochum 1980, S. 2ff.

verwaltung sah in der Schaffung der Volksbibliothek samt Lesehalle keine kulturpolitische, sondern eine sozialpolitische Maßnahme, weshalb die Einrichtung in den Verwaltungsberichten der nächsten Jahre im Abschnitt „Städtische Wohlfahrtspflege“ zwischen den Positionen „Fürsorge für Obdachlose“ und „Badeanstalt“ erschien.¹⁶ Finanziert wurde sie aus den Zinserträgen von zwei privaten Stiftungen und einem städtischen Zuschuss, der sich bis 1909 auf rund 4.000 Mark erhöhte.¹⁷

Während diese erste kommunale Förderung des Bibliothekswesens im Jahr von Stumpfs Amtsantritt begonnen hatte – aber noch nicht von ihm initiiert war –, gab es den Theaterzuschuss immerhin schon vier Jahre, also seit der Jahrhundertwende. Damit wurde ein „Stadttheater“ subventioniert mit einem Bar-Zuschuss von 1.000 Mark pro Saison und Übernahme der Beleuchtungskosten, die im Haushalt von 1904 mit 600 Mark veranschlagt waren, woraus sich der Gesamtansatz von 1.600 Mark ergab. Dass hier bereits von einem „Stadttheater“ die Rede war und auch ein Teil der „Beihilfen“ für Musik an eine „Städtische Kapelle“ ging, verwundert auf den ersten Blick, wurden doch Bochums Theater und Orchester allen späteren Jubiläumsfeiern zufolge erst 1919 gegründet. Tatsächlich war das, was unter gleichem oder ähnlichem Namen schon vorher existierte, auch anderer Natur.

Bei dem an der Rottstraße gelegenen „Stadttheater“ handelte es um ein Wohngebäude mit Gründerzeitfassade, in dessen Erdgeschoss sich eine Gastwirtschaft und nach hinten heraus ein großer Wirtshaussaal befand. Der Wirt vermietete ihn jeweils im Winterhalbjahr an eine jener auswärtigen „Theaterdirektionen“, die als private Unternehmungen mit ihren Schauspielertruppen ein künstlerisch mehr oder weniger attraktives Repertoire auf eigene Rechnung darboten. Die Stadt hatte dem Wirt an der Rottstraße für solche gewerblichen Theateraufführungen eine Konzession erteilt und die Verwendung des Namens „Stadttheater“ gestattet.¹⁸ Während in Essen schon Ende des 19. Jahrhunderts das repräsentative Grillo-Theater und in Dortmund 1903/04 ein nicht minder eindrucksvolles Stadttheater entstanden war,¹⁹ wurde das, was man in Bochum so nannte, noch 1907 in einer kommunalpoliti-

schen Zeitschrift als eine „wüste Scheune, die im Sommer als Bierstube dient“, beschrieben.²⁰ Dass die Stadt ab 1905 ihre Bar-Zuwendungen an das Theater und die Beleuchtungskosten zusammenfasste und auf einen Gesamtzuschuss von 4.500 Mark pro Spielzeit an hob²¹, hat die literarische und künstlerische Qualität des Dargebotenen auch nicht nachhaltig verbessern können.

Die „Städtische Kapelle“, die von der Kommune 3.600 Mark pro Jahr erhielt, war nur insofern städtisch, als die Stadt mit dem Kapellmeister Franz Merkert, (wie schon mit anderen vor ihm), einen Vertrag geschlossen hatte, der ihm die Pflicht zu Musikaufführungen bei bestimmten Anlässen (z. B. an Kaisers Geburtstag), den genannten Zuschuss der Stadt und den Titel „Städtischer Kapellmeister“ einbrachte. Seine Musiker hatte er selbst zu engagieren und zu bezahlen sowie seine Konzerte auf eigene Rechnung und eigenes Risiko zu veranstalten.²² Da die Eintrittsgelder zu den Konzerten und der städtische Zuschuss zusammen nicht ausreichten, finanziell „über die Runden zu kommen“, bemühte er sich um weitere Einkünfte, indem er mit seiner Kapelle in Wirtshäusern zum Tanz aufspielte und Chor-Konzerte Bochumer Gesangsvereine instrumental begleitete. Dass solche Rahmenbedingungen kaum qualifizierte Berufsmusiker nach Bochum brachten oder auf Dauer hier hielten, lag auf der Hand. Entsprechend war die Qualität der musikalischen Darbietungen.

Die übrigen städtischen „Beihilfen“ dienten anderen Musikveranstaltungen, vor allem einem Konzertprogramm, das der rührige „Musikverein“, teils mit der Städtischen Kapelle, teils mit auswärtigen Solisten und Orchestern, in den verschiedensten Bochumer Sälen veranstaltete, auf eigene Rechnung und eigenes Risiko natürlich. Erst ab 1905 erhielt der Musikverein einen festen Pauschalbetrag von jährlich 3.000 Mark, den die Stadt 1907 auf 6.000 Mark mit der Maßgabe verdoppelte, dass nun auch „Volkskonzerte“ für ein breiteres Publikum veranstaltet werden sollten.²³ Immerhin wurde der gesamte Etatposten Musik im städtischen Haushalt bis zum Ende des Jahrzehnts auf 15.000 Mark erhöht.²⁴

Das also war Bochums kommunale Kulturpflege bei Stumpfs Dienstantritt und in den ersten Jahren danach: Zuschüsse an ein Stadttheater und eine Städtische Kapelle, die beide nur so hießen, an einen privaten Musikverein, der Konzerte organisierte und an eine städtische Le-

¹⁶ Verwaltungsberichte der Stadt Bochum 1907 ff. Ab 1909 wurde anstelle des Begriffs „Volksbibliothek“ die heutige Bezeichnung „Stadtbücherei“ verwendet, doch die Zuordnung zur Wohlfahrtspflege blieb.

¹⁷ Bergmann, Stadtbücherei (s. Anm. 15), S. 4; Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1909, Hauptabschluss, S. 40.

¹⁸ Die Geschichte dieses Stadttheaters wird detailliert geschildert in: Susanne Brachetti, Kultur und Kommerz. Geschäftstheater in Bochum während des ausgehenden 19. Jahrhunderts, Herne 1996, S. 38 ff.

¹⁹ Thomas Parent, Theater und Museen – Zur Geschichte kommunaler Kultur im Revier, in: Wolfgang Köllmann u. a. (Hg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 361-418, hier S. 375.

²⁰ Zitiert nach Helmuth Croon, Eine Stadt ohne Theatertradition, in: Stadt Bochum (Hg.), Saladin Schmitt, Blätter der Erinnerung, Bochum 1964, S. 17.

²¹ Verwaltungsberichte der Stadt Bochum 1905 ff.

²² Zur städtischen Kapelle siehe insbesondere: Helmuth Croon, Vorspiel im 19. Jahrhundert, in: Stadt Bochum (Hg.), Bochumer Aspekte 69, S. 19-31, hier S. 25 ff.

²³ StAB, Nachlass Küppers, Bd. 5, S. 153/154.

²⁴ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1909, Hauptabschluss, S. 40.

shalle, die gestiftete Bücher auslieh. Bis zum Ende des ersten Jahrzehnts hat sich daran auch nichts geändert. Kommunale Daseinsvorsorge, das waren damals im Wesentlichen der örtliche Polizeischutz, öffentliche Fürsorge, Schulwesen, Straßenbau und Versorgungsdienstleistungen. Dagegen spielte Kultur im Aufgabenspektrum der kommunalen Daseinsvorsorge so gut wie keine Rolle.

Theater-Chaos: Stumpfs Einstieg in die Kulturarbeit

Dementsprechend begann Wilhelm Stumpfs beruflicher Weg in die Kultur auch keineswegs mit einer großen kulturpolitischen Vision und ihrer Realisierung. Er begann vielmehr im normalen Alltag des städtischen Verwaltungsjuristen, in dem sich eines Tages Rechtsprobleme von kultureller Relevanz und daraus kulturpolitische Chancen ergaben, die der Stadtrat dann allerdings konsequent wahrgenommen hat.

Konkret war es der finanzielle Zusammenbruch der von dem Bauunternehmer Clemens Erlemann für die Errichtung und den Betrieb eines großen Varietee-Theaters gegründeten Apollo-Theater-Aktiengesellschaft, der den Stadtrat Stumpf etwa fünf bis sechs Jahre nach seinem Dienstantritt im Bochumer Rathaus beruflich mit Theaterangelegenheiten konfrontierte. Zwar war der „in den reichen, beschwingten Formen des Jugendstils“²⁵ errichtete, auf immerhin 1.400 Plätze angelegte Theaterbau an der Königsallee kein städtisches Haus, aber gleichgültig konnte der Stadt das Schicksal dieses so genannten Spezialitäten-Theaters auch nicht sein: Das grandiose, von einer gewaltigen Kuppel überspannte Bauwerk war nämlich nicht nur städtebaulicher Mittelpunkt des seit der Eingemeindung 1904 von Erlemann großzügig geplanten und teilweise realisierten neuen Bochumer Stadtteils Ehrenfeld und ein vom Bochumer Bürgertum der gehobenen Schichten allseits begrüßtes Etablissement, es war als nach eigener Werbeaussage „vornehmstes Varietee Westfalens und des Rheinlandes“²⁶ auch für das Image der jungen Großstadt Bochum von einiger Bedeutung. Das alles wiederum hatte die Stadt bei der Erbauung des

Apollo veranlasst, das Projekt über ihre Städtische Sparkasse mit einem großzügigen Hypotheken-Kredit zu fördern.²⁷

So gab es für die Stadt eine ganze Reihe von Gründen,



Abb. 2: Das als privates „Spezialitäten-Theater“ (Varietee) erbaute, 1908 eröffnete Apollo-Theater, ab 1910 „Neues Stadttheater“ genannt.

„am Ball zu bleiben“, als Erlemanns Unternehmungen 1909 in finanzielle Turbulenzen gerieten und infolgedessen auch die Apollo-Theater-AG schon ein Jahr nach Eröffnung ihres Theaters in Konkurs ging.²⁸ Zwar schaffte es der offenbar an seinem Musentempel hängende Bauunternehmer, ihn vom Konkursverwalter auf den Namen seiner Frau zu erwerben,²⁹ vermochte auch der von ihm engagierte Varietee-Direktor Sascha Natanssen den Theaterbetrieb weiter zu führen, doch dauerte es nicht lange, bis nach dem Urteil des Märkischen Sprechers „wiederum ein Stillstand drohte“, weshalb sich der neue Bühnendirektor hilfeschend an die Stadt wandte.³⁰

Gesprächspartner war dort in erster Linie Stadtrat Stumpf, wohl weil er u. a. zuständig war für die „juristischen Sachen des Bauamtes“³¹ und es hier um die Nutzung einer Immobilie ging. Doch die Probleme des Objekts reichten natürlich viel tiefer, sie betrafen letzten

²⁷ Die Hypotheken beliefen sich auf insgesamt 350.000 Mark. Vgl. StAB, Nachlass Küppers, Bd. 34, Schreiben Erlemann an den Magistrat der Stadt Bochum vom 21. September 1912.

²⁸ Bereits ein halbes Jahr nach der Eröffnung musste sie mangelnde Zahlungsfähigkeit eingestehen. Theater- und Finanzfrage, in: Märkischer Sprecher vom 26. März 1909. Einen Antrag der Theaterleitung auf Kreditgewährung lehnte die Stadt wegen der Hypothekendarlehen ihrer Sparkasse ab. Märkischer Sprecher vom 27. März 1909.

²⁹ StAB, Nachlass Küppers, Bd. 34, S. 54.

³⁰ Zur Eröffnung des Neuen Stadt-Theaters Bochum, in: Märkischer Sprecher vom 17. September 1910. Der Artikel enthält auch einen Rückblick auf die vorausgegangenen Jahre.

³¹ Bochumer Adressbuch 1910, 1. Teil, S. 34.

²⁵ Clemens Massenberg, Aus der Baugeschichte des Bochumer Schauspielhauses, in: Verein der Freunde des Bochumer Theaters e.V. (Hg.), Zur Eröffnung des neuen Hauses 1953, Bochum 1953, S. 8-14, hier S. 9.

²⁶ Verkehrsverein Bochum e.V. (Hg.), Führer durch Bochum, Bochum 1908, Anzeige Umschlagseite innen.

Endes die Bedingungen eines tragfähigen Theaterkonzepts. An diesem Punkt haben sich wohl erstmals Stumpfs dienstliche Aufgaben mit seinem persönlichen Faible für die Theaterkunst verbunden. Ob der dem Apollo-Chef Natanssen zugeschriebene Vorschlag, ein eigenes Schauspiel- und Opern-Ensemble für das Haus an der Königsallee zu engagieren,³² wirklich von ihm, dem Mann des Varietees, gekommen ist oder nicht schon Stumpfs Ideen dahinter steckten, lässt sich nicht verifizieren. Dass sich der eigentlich für juristische Fragen zuständige Stadtrat aber tief hinein gekniet hat in die Erfordernisse und Strukturen der Theaterwelt, sollte sich bald zeigen.

Die von Oberbürgermeister Graff schon im Februar 1910 zur Lösung der „Theaterfrage“ angekündigte „besondere Vorlage“ des Magistrats,³³ die dann im Mai der Öffentlichkeit bekanntgegeben und vom Märkischen Sprecher im vollen Wortlaut publiziert wurde,³⁴ hat Wilhelm Stumpf erarbeitet. Jedenfalls schrieb das Blatt unter der Überschrift „Die Lösung der Bochumer Theaterfrage“ nach einem Lob für Oberbürgermeister und Magistrat in der damals blumigen Journalistensprache: „Insbesondere schien der Dezentrat Stumpf sich mit frischer und freudiger Initiative ans Werk zu begeben, um raschen Entschlusses die Theaterfrage zu lösen.“³⁵ Ein paar Monate später lobte die Zeitung erneut die „mit schönem Eifer und einer anerkennenswerten Initiative“ von Stumpf erarbeitete Lösung des Theaterproblems und sah in seiner Vorlage „ein wichtiges Dokument in der Geschichte des Bochumer Theaters“.³⁶

Stumpfs Papier stellt einleitend fest, dass in Bochum ein „großes Bedürfnis“ nach Theateraufführungen bestehe. Es vergleicht dann das bisherige, „sogenannte Stadttheater“ an der Rottstraße mit dem neuen Apollo und kommt zu dem Ergebnis, dass nur dieses die Voraussetzungen für gute Aufführungen biete. Dann werden Vor- und Nachteile zwischen einem Programm mit Gastspielen fremder Bühnen und mit eigenem Ensemble gegeneinander abgewogen. Vorgeschlagen wird schließlich ein Konzept, nach dem das Apollo ein eigenes Ensemble für Sprechtheater und Operette sowie einen künstlerischen Leiter für qualitätsvolle Produktionen dieses Genres en-

gagieren sollte, während Opern als Gastspiele einzukaufen wären. Eine „Theaterkommission“ aus Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordneten und der Bürgerschaft solle die Leitung des Theaters unterstützen und die Stadt einen jährlichen Zuschuss von 12.000 Mark sowie kostenlosen Strom für seine Beleuchtung zur Verfügung stellen.³⁷

Der zupackende Wilhelm Stumpf hatte mit dieser Vorlage nicht nur ein theoretisches Modell, sondern ein in Verhandlungen mit dem Apollo-Eigentümer auch bereits abgestimmtes und von diesem akzeptiertes Vertragskonzept vorgelegt, das die Stadtverordnetenversammlung trotz anfänglicher Bedenken und Einwendungen einstimmig billigte.³⁸ Wenig später berief sie die von dem Stadtrat vorgeschlagene Theaterkommission unter seiner Leitung.³⁹ Er war nun für die Öffentlichkeit „der neue Theaterdezernent“.⁴⁰ Im September 1910 eröffnete das Haus an der Königsallee die Theatersaison unter dem Namen „Neues Stadttheater“.

Das war der Anfang eines fast 10jährigen Entstehungsprozesses des heutigen Schauspielhauses, den Oberbürgermeister Graff später als „Leidensweg des Bochumer Theaters“ bezeichnen sollte.⁴¹ Die Eröffnung des „Neuen Stadttheaters“, das nach dem Konkurs des bisherigen Namensträgers an der Rottstraße nur noch „Stadttheater“ genannt wurde, war der erste von insgesamt vier Anläufen bis zum Abschluss der Gründungsgeschichte im Frühjahr 1919.

Zunächst scheint das „Neue Stadttheater“ jedoch einen guten Start und positive Resonanz gehabt zu haben, jedenfalls in der Wahrnehmung von außen. So schrieb Stadtrat Stumpf im Januar 1911 in einem Rundbrief an einen Kreis Bochumer Mitbürger, „die überaus erfreuliche Tatsache, dass wir in unserer Stadt ein Stadttheater haben, das wirklich künstlerische Leistungen bietet und sich als lebensfähig erwiesen hat“, mache es erforderlich, „nunmehr auch das Interesse für das Theater in allen Kreisen der Bürgerschaft wach zu halten.“ Er regt an, dazu einen „Theaterverein“ zu gründen, der neben „diesem Zweck“ auch „einerseits Wünsche der Bürgerschaft mit Bezug auf das Theater entgegen zu nehmen und zu prüfen und andererseits die Theaterleitung in ihren Bestrebungen zu unterstützen“ habe und lädt für den 28. Januar 1911 zu einer Vorbesprechung der Grün-

³² Karl Brinkmann, Der Leidensweg des Bochumer Theaters, in: Verein der Freunde des Bochumer Theaters e. V. (Hg.), Zur Eröffnung des neuen Hauses 1953, Bochum 1953, S. 43-50, hier S. 49; ferner: Uwe K. Ketelsen, Eine Theater und seine Stadt. Die Geschichte des Bochumer Schauspielhauses, Köln 1999, S. 61.

³³ Bericht zur Stadtverordnetenversammlung vom 24. Februar 1910, Thema „Theaterwesen“, in: Märkischer Sprecher vom 26. Februar 1910.

³⁴ Die Lösung der Bochumer Theaterfrage, in: Märkischer Sprecher vom 14. Mai 1910.

³⁵ Ebd.

³⁶ Zur Eröffnung des Neuen Stadttheaters Bochum, in: Märkischer Sprecher vom 17. September 1910.

³⁷ Die Lösung der Bochumer Theaterfrage, in: Märkischer Sprecher vom 14. Mai 1910.

³⁸ Bericht über die Stadtverordnetenversammlung im Märkischen Sprecher vom 26. Mai 1910.

³⁹ Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 1. Juli über die Einsetzung der Theater-Kommission und die Wahl ihrer Mitglieder gem. Verwaltungsbericht 1910, S. 85.

⁴⁰ Zur Eröffnung des Neuen Stadttheaters Bochum, in: Märkischer Sprecher vom 17. September 1910.

⁴¹ Zitiert nach Brinkmann, Leidensweg (s. Anm. 32.), S. 50.

dung ein.⁴² Was das Gespräch ergeben hat und warum es sobald noch nicht zur Gründung gekommen ist, verschweigen die überlieferten Archivalien. Es ist aber zu vermuten, dass Stumpf seine positive Bewertung der Bochumer Theatersituation schon bald ändern musste, denn die weitere Entwicklung des im Herbst des Vorjahres entstandenen „Neuen Stadttheaters“ stand keineswegs unter einem guten Stern – diesmal nicht aus finanziellen, sondern aus personellen Gründen.

Der Theaterbesitzer Clemens Erlemann hatte seinen Bühnendirektor Sascha Natanssen durch den unter dem Pseudonym Hans Amalfi auftretenden Julius Wolf ersetzt, worauf Natanssen das Haus verließ.⁴³ Als weiterer Direktor war für die von der Stadt gewünschte künstlerische Leitung der „Hofschauspieler“ Adalbert Brümmer hinzugekommen. Er war ein erfahrener Theatermann,⁴⁴ doch zwischen Brümmer und Amalfi kam es aber schon bald zu Spannungen, Auseinandersetzungen und Intrigen. Ab März 1911 stellte die Stadt ihre in monatlichen Teilbeträgen fälligen Zuschusszahlungen ein. Im Frühjahr wurde der zwielichtige Amalfi wiederholt in Untersuchungshaft genommen und schließlich gemeinsam mit dem Kassierer des Neuen Stadttheaters „wegen Untreue und Unterschlagung bzw. wegen Anstiftung und Beihilfe sowie wegen gemeinschaftlichen Betruges“ angeklagt, „fortgesetzt zwischen September 1910 und April 1911 begangen“. Noch bevor es deswegen zu einem Aufsehen erregenden Prozess kam, in dem Amalfi zwar wegen „Mangels an Beweisen“ freigesprochen und nur der Kassierer verurteilt wurde, war die Bochumer Karriere des kompromittierten Theaterdirektors zu Ende.⁴⁵ Sein Co-Direktor Brümmer, rechtlich waren sie gemeinsame Pächter des Theaters, konnte sich aus anderem Grunde nicht halten: Nachdem er noch die Spielzeit 1911/12 mit mehreren Aufführungen begonnen hatte, ging er in Konkurs.⁴⁶ Der erste Anlauf zum Bochumer Stadttheater war damit grandios gescheitert.

Trotz dieser Entwicklung, vielleicht auch gerade deshalb, kurbelte Stumpf die im Januar unterbrochene Gründung eines Theatervereins im Herbst wieder an.⁴⁷ Am 4.

Dezember fand dann die offizielle Gründungsversammlung des „Bochumer Theatervereins“ im Viktoriasaal statt. Von rund 400 Personen, die teilnahmen, ließ sich die Hälfte noch am selben Abend als Mitglieder einschreiben,⁴⁸ und als 10 Tage später die erste Mitgliederversammlung den kommissarischen Vorstand durch einen gewählten ablöste, hatte der Verein bereits 350 Mitglieder. Vorsitzender wurde Landgerichtspräsident Munckel, Kommerzienrat Dr. Baare, der Chef des Bochumer Vereins, einer seiner Stellvertreter, während sich Stumpf mit dem Posten eines der Beisitzer begnügte.⁴⁹ Noch im Dezember beschloss der Vorstand des Vereins, der schließlich auf mehr als 600 Mitglieder anwuchs⁵⁰, eine Eingabe an die Stadt um „eine ausreichende Subventionierung des Neuen Stadttheaters“.⁵¹

Dort vollzog derweil eine neue Entwicklung: Nach dem ruhmlosen Ausscheiden der drei Theaterleiter des Jahres 1910 hatte Clemens Erlemann sein Theaterhaus dem Hamburger Sänger und Theaterunternehmer Willi Birrenkoven⁵² zum Kauf angeboten,⁵³ dieser das Angebot jedoch abgelehnt, vor allem, weil ihm das Haus mit seinen 1 400 Plätzen für Bochumer Verhältnisse, (die Stadt hatte 1911 ca. 137.000 Einwohner)⁵⁴, einfach zu groß erschien. Stumpf schaltete sich nun wieder ein, verhandelte mit Erlemann wie mit Birrenkoven, und das Ergebnis waren zwei Verträge, die im Frühjahr 1912 als verbindliche Angebote der beiden im Rathaus zu Protokoll gegeben und im Sommer von der Stadt angenommen wurden⁵⁵:

Der erste war ein Pachtvertrag zwischen der Stadt und den Eheleuten Erlemann, demzufolge die Kommune das Theater für die Zeit vom 1. September 1912 bis 31. August 1918, also für die Dauer von sechs Jahren für 39.000 Mark p. a. pachtete, doch hatte Erlemann vor Pachtbeginn das Theatergebäude nach konkret vereinbarten Plänen auf seine Kosten umzubauen, wobei es insbesondere um eine Verkleinerung von den 1.400 auf weniger als 1.000 Plätze ging. Mit dem zweiten Vertrag überließ die Stadt das nach dem Umbau gepachtete Theater

⁴² StAB, Nachlass Küpper, Bd. 34, S. 25. Der Märkische Sprecher rühmte sich später, schon ein Jahr zuvor die Gründung eines Theatervereins und die Bildung einer Theaterkommission gefordert zu haben. Der Bochumer Theaterverein, in: Märkischer Sprecher vom 9. Dezember 1911.

⁴³ Zur Eröffnung des Neuen Stadttheaters Bochum, in: Märkischer Sprecher vom 17. September 1910.

⁴⁴ Brümmer hatte u. a. am Dresdner und Berliner Residenz-Theater sowie am Kaiserlichen Hoftheater St. Petersburg gearbeitet und das Fürstliche Hoftheater zu Pyrmont geleitet. StAB, B 354.

⁴⁵ Der Theaterprozess Borchardt-Amalfi, in: Märkischer Sprecher vom 17., 18. und 24. Oktober 1911.

⁴⁶ Brinkmann, Leidensweg (s. Anm. 32.), S. 49.

⁴⁷ „Um die Gründung des Theatervereins nunmehr in die Wege zu leiten“, lud er per Postkarte erneut für den 21. September ein. Nachlass Küppers, Bd. 34, S. 29. Dass diese Gründung schon 1910 erfolgte

(Brinkmann, Leidensweg (s. Anm. 32.), S. 49; Ketelsen, Theater (s. Anm. 32), S. 61), trifft nicht zu. Das geschah, wie die folgende Darstellung zeigt, erst im Dezember 1911.

⁴⁸ Die Gründung des Theatervereins, in: Märkischer Sprecher vom 5. Dezember 1911.

⁴⁹ Theaterverein Bochum, in: Märkischer Sprecher vom 15. Dezember 1911.

⁵⁰ Brinkmann, Leidensweg (s. Anm. 32.), S. 49.

⁵¹ Der Bochumer Theaterverein, in: Märkischer Sprecher vom 23. Dezember 1911.

⁵² Er hieß eigentlich Heinrich Birrenkoven, nannte sich aber Wilhelm Birrenkoven, wie der Unterschrift des Dokuments zu entnehmen ist. StAB, DSt 1.

⁵³ Schreiben Clemens Erlemann an den Magistrat der Stadt Bochum vom 21. September 1912. StAB, Nachlass Küppers, Bs. 34, S. 49 ff.

⁵⁴ Einwohnerzahl 1911 laut Verwaltungsbericht 1912, S. 1.

⁵⁵ StAB, DSt 1 sowie Nachlass Küppers, Bd. 34, S. 46/47.

für denselben sechsjährigen Zeitraum dem Sänger und Theaterunternehmer Birrenkoven aus Hamburg mietfrei, aber mit der Verpflichtung, hier auf eigene Rechnung einen dichten Spielplan anzubieten. Der sollte an allen Werktagen eine, sonntags sogar zwei Aufführungen vorsehen, und zwar Schauspiel und (im Vertrag gesondert aufgeführt) Lustspiele sowie Opern und Operetten. Für alle Darbietungen war „möglichst hohe künstlerische Vollendung anzustreben“, worüber die Theaterkommission wachen sollte. Ihr waren auch die Spielpläne im Voraus vorzulegen und ihren Wünschen entsprechend zu gestalten.

Stumpf war mit den beiden Verträgen ein taktisches Meisterstück gelungen. Dass die Stadt, die sich jahrelang nur mit 4.500 Mark und erst neuerdings mit 12.000 Mark p. a. im Theatersektor engagiert hatte, nun 39.000 Mark auszugeben bereit war, hatte neben kulturpolitischen Motiven wohl auch finanzwirtschaftliche Aspekte: da die städtischen Pachtzahlungen nach dem Vertrag gegen die Zinsforderungen der Sparkasse aufzurechnen waren, kam die Stadtparkasse an ihr Geld. Es floss zwar letzten Endes aus dem Stadtsäckel, doch die Stadt sicherte sich auf diesem Wege langfristig ein repräsentatives Theater, dessen Spielpläne sie bestimmen und auf dessen künstlerisches Niveau sie Einfluss nehmen konnte.

So hätte es nach den Verträgen werden sollen, aber so kam es nicht. Stumpfs fabelhaftes Konzept scheiterte und mit ihm der zweite Anlauf zum Bochumer Stadttheater: Der Bauunternehmer Erlemann hatte zwar vertragsgemäß mit der Realisierung des im Pachtvertrag vereinbarten Umbaus des überdimensionierten Theaterhauses begonnen, war aber, nachdem die große Kuppel und andere Gebäudeteile bereits abgebrochen waren, zahlungsunfähig geworden, sodass der Fortgang der Arbeiten eingestellt werden musste. Die daraus folgende Krise stellte alle bisherigen Probleme weit in den Schatten: Der Hamburger Theaterunternehmer Birrenkoven, der erst kurz vor dem vereinbarten Termin der betriebsfertigen Übergabe des Theaters an ihn erfuhr, dass diese nicht stattfinden könne,⁵⁶ hatte bereits „Personal für Oper, Operette, Schauspiel und Lustspiel“ engagiert, nach seinen Angaben 110 Kräfte, außerdem „einen Fundus an Dekoration und Kostümen“ für 54.000 Mark angeschafft und klagte nun bitter, dass „jetzt eine Katastrophe vor der Tür steht.“⁵⁷

Bochums Theaterwelt stand Kopf, und Wilhelm Stumpf musste erleben, dass ausgerechnet der durch seine Initiative gegründete „Bochumer Theaterverein“ die massive Kritik des örtlichen Bürgertums an dieser Situation bündelte und in einer öffentlichen Protestversammlung mit 500 Teilnehmern „aus allen Kreisen der Bür-

gerschaft“ gegen die Stadt und ihren „Theaterdezernenten“ richtete. Von einem „Theaterskandal“ war die Rede.⁵⁸ Für den Stadtrat begannen nun schwierige Verhandlungen mit Birrenkoven und dessen Anwalt über Ersatzspielstätten in Bochum, über die Übernahme von Personalkosten durch die Stadt, zu der sie sich dann teilweise bereit erklärte, über Verlustausgleich und Schadensersatz.⁵⁹ Birrenkoven hat zwar einige Theater- und Opernaufführungen unter behelfsmäßigen Bedingungen in den Sälen des Evangelischen Vereinshauses und der Bürgergesellschaft präsentiert, doch da dies allenfalls Notlösungen für den Augenblick waren, endete der zweite Anlauf zum Bochumer Stadttheater mit einem für die Stadt teuren juristischen Vergleich⁶⁰ sowie einem teilweise abgebrochenen Theaterbau an der Königsallee, den man in Bochum nur noch die „Theaterruine“ nannte.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma zeichnete sich erst ab, als die Stadt, nachdem das Bau-Imperium des Clemens Erlemann völlig zusammen gebrochen war, die „Theaterruine“ im Januar 1914 für 4.000 Mark ersteigern konnte.⁶¹ Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 24. April 1914, den Umbau durch die Stadt und auf ihre Kosten weiterzuführen⁶², ging dann der Vorhang zum dritten Akt im Bochumer Theaterdrama hoch. Dramatisch waren diesmal die äußeren Umstände, unter denen es weitergehen musste, denn im August begann der Erste Weltkrieg und die Einschränkungen des Krieges und der Kriegswirtschaft erschwerten die Fertigstellung des Bauwerks erheblich. Zudem war Stadtrat Stumpf, der seine Funktion als „Theaterdezernent“ zusätzlich zu seinen eigentlichen juristischen und sonstigen Aufgaben wahrnahm, auch noch „die Leitung der gesamten Kriegsfürsorge und Kriegswirtschaft der Stadt“ übertragen worden, bei der es insbesondere um die Si-

⁵⁸ Die Versammlung fand am 14. Oktober 1912 in der Bürgergesellschaft statt. Die Stadt „wolle ja ohne Zweifel die Theaterkultur in Bochum fördern“, anerkannte der Sprecher des Vorstands, halte sich aber zurück, das ihr von Erlemann zum Kauf angebotene Theater zu erwerben. Der Theaterverein hatte von dem Darmstädter Theater-Architekten Professor Dr. Vetterlein, Erbauer u. a. des Hagener Stadttheaters, ein Gutachten über Zustand, Wert und funktionale Eignung des Bochumer Theatergebäudes sowie die noch anfallenden Kosten seiner Wiederherstellung anfertigen lassen (Prof. Dr. Vetterlein: Gutachten über den Umbau des Bochumer Stadt-Theaters, in: StAB, Nachlass Küppers, Bd. 34, S. 57) und klagte, dass sich die Stadt darauf nicht einlasse. (Zur Theaterfrage, in: Märkischer Sprecher vom 15. Oktober 1912).

⁵⁹ StAB, Nachlass Küppers, Bd. 34, S. 117, 124, 126 ff.

⁶⁰ Brinkmann, Leidensweg (s. Anm. 32.), S. 50, gibt die Summe der Abfindungen mit 140.000 Mark an, ebenso Ketelsen, Theater (s. Anm. 32), S. 62.

⁶¹ Ebd.

⁶² Das Moritzsche Theaterprojekt von den Stadtverordneten angenommen, in: Märkischer Sprecher vom 25. April 1914. Regierungsbaumeister Moritz hatte die Pläne erarbeitet.

⁵⁶ StAB, Nachlass Küppers, Bd. 34, S. 87.

⁵⁷ Ebd., S. 110.

cherstellung der Ernährung der Bevölkerung ging.⁶³



Abb. 3: Aus dem Umbau des Apollo-Bauwerks ging das am Jahresende 1915 eröffnete „Stadttheater“ hervor.

Am 30. Dezember 1915 konnte schließlich das im neoklassizistischen Stil fertiggestellte Theater mit Schillers „Don Carlos“, aufgeführt als Gastspiel des Düsseldorfer Schauspielhauses, eröffnet werden. „Mitten im Weltkrieg und mit einer durch die Zeitereignisse bedingten Verzögerung mussten wir den Tempel einweihen, den die Stadt Bochum den Musen errichtet hat“, schrieb der Bochumer Anzeiger über das Ereignis.⁶⁴ Stumpf verpflichtete die Düsseldorfer zu weiteren Schauspiel- und das Essener Theater zu Opern-Aufführungen in Bochum. Als die Düsseldorfer am Ende der Spielzeit absprangen, bespielte Essen das Haus an der Königsallee sowohl mit Opern- als auch mit Schauspielen, sodass „Bochum zwischen 1916 und 1919 vollständig eine Dependence von Essen war.“⁶⁵ „Theaterdezernent“ Stumpf handelte die Spielpläne mit seiner Theaterkommission aus.

Dass er bereits in dieser Zeit an ein eigenes Bochumer Ensemble dachte, ist zwar nicht expressis verbis belegt, aber naheliegend und aus verschiedenen Umständen zu erschließen.⁶⁶ Solche Überlegungen dürften sich dann

zunehmend aufgedrängt haben, als die Essener ihr Ensemble auf Bochumer Kosten vergrößern wollten⁶⁷ und sich bei dem Essener Intendanten-Wechsel Mitte 1918 die Frage einer Bochumer Beteiligung an den Kosten des Nachfolgers stellte.⁶⁸ In Bochum gab es ohnehin den Verdacht, vom Essener Partner überproportional zur Kasse gebeten zu werden.⁶⁹ Dennoch hat die Theaterkommission noch am 17. Mai 1918 im Hinblick auf den Wechsel in der Essener Intendanz beschlossen, es solle „an den bisherigen Abmachungen [...] festgehalten werden“, weshalb „Einwirkungen auf die Anstellung und Auswahl des Direktors“ in Essen notwendig seien.⁷⁰

Zu der dortigen Intendanten-Auswahl soll Stumpf den Bochumer Wünschen entsprechend hinzugezogen worden sein und dabei Saladin Schmitt kennengelernt haben.⁷¹ Der leitete ein deutsches Front-Theater in Brüssel, hatte sich aber angesichts des absehbaren Kriegsendes an einigen deutschen Theatern beworben, so in Essen. Dass er sich dann auch in Bochum bewarb, wurde später als taktischer Winkelzug oder gar als „Geniestreich“ des Stadtrats Stumpf beschrieben,⁷² doch die Aktenlage zeigt, dass sich Saladin Schmitts Bochumer Bewerbung auf erklärebare Weise aus den früheren Essener Kontakten ergab.⁷³ Zunächst wurde Stumpfs Vorlage an die Stadtverordneten, „einen besonderen Leiter für das Stadttheater anzustellen“, am 8. November 1918 „mit Rücksicht auf die derzeitige politische Lage [...] vorläufig zurückgestellt.“⁷⁴ Tatsächlich war die Situation in jenen Monaten, in denen Wilhelm Stumpf sein Theaterprojekt vorantrieb, alles andere als einfach: Der Weltkrieg befand sich in einer

eines umfangreichen eigenen Bühnenfundus und die Anstellung eigenen technischen Personals.

⁶⁷ Leo Nyssen, Fünfzig Jahre Bochumer Schauspiel, in: Stadt Bochum (Hg.), Bochumer Aspekte 69, Bochum 1969, S. 32-99, hier S. 41.

⁶⁸ Protokolle der Theaterkommission, in: StAB DSt 92, 17. Mai 1918.

⁶⁹ Ketelsen, Theater (s. Anm. 32), S. 73.

⁷⁰ Protokolle der Theaterkommission, in: StAB DSt 92, 17. Mai 1918.

⁷¹ Der Schauspieler Kaltheuner berichtete später, Saladin Schmitt habe oft erzählt, „wie er 1918 ganz zufällig bei seiner Bewerbung um den Essener Intendantenposten Stumpf kennen lernte.“ Zitiert nach Hermann Dieter Schrage, Saladin Schmitt am Stadttheater Bochum (1919-1949), Diss. Wien 1967, S. 20-21.

⁷² Vgl. z. B. Nyssen, Schauspiel (s. Anm. 67), S. 43.

⁷³ Saladin Schmitt bezieht sich in seiner Bewerbung auf ein Gespräch mit dem neuen Essener Intendanten Dr. Becker über die Besetzung der Stelle eines Schauspielleiters in Bochum. StAB, Bo 11/236, Bl. 2.

⁷⁴ Vorlage vom 31. Oktober 1918 und nachträglicher Vermerk vom 14. November 1918 auf der Vorlage, in: StAB, Bo 11/236, Bl. 15.

⁶³ Bürgermeisterwahl in: Märkischer Sprecher vom 5. Februar 1919. Die Stadtverordnetenversammlung wählte Stumpf 1919 zum 2. Bürgermeister, doch verweigerte der Innenminister wegen Verfahrensfehlern die Zustimmung; die Wahl wurde nicht wiederholt.

⁶⁴ Die Eröffnung des Bochumer Stadttheaters, in: Bochumer Anzeiger vom 31. Dezember 1915.

⁶⁵ Ketelsen, Theater (s. Anm. 32), S. 71.

⁶⁶ Bernd Schmidt, Die Entwicklung des Bochumer Theaters bis 1944, unter bes. Berücksichtigung der Festwochen in der Zeit von 1933 bis 1944, Magisterarbeit Freie Universität Berlin, S. 12, verweist z. B. auf die Ablehnung der Angebote von drei privaten Theater-Direktionen, die den Theaterbau 1916 pachten wollten, ferner auf die Anschaffung

Schlussphase, Frontsoldaten strömten in die Städte zurück, die Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet war nicht gesichert, die Betriebe entließen Teile ihrer Belegschaften, es kam zu wilden Streiks, die „November-Revolution“ erreichte das Revier, in dem Arbeiter- und Soldatenräte die Macht übernehmen wollten.

Dennoch hat der gerissene Taktiker Stumpf eine Anstellung von Saladin Schmitt noch im November durchsetzen können, wohl dadurch, dass er dessen Auftrag herunterspielte. Am 26. November ging eine Pressemitteilung an die Redaktionen der Orts- und Regionalpresse, deren Inhalt alle Zeitungen am nächsten Morgen brachten: *„Gemäß heutigem Beschluss des Magistrats ist zur Entlastung des Theaterdezernenten die Leitung des hiesigen Stadttheaters Herrn Dr. Saladin Schmitt aus Köln übertragen worden. Eine Änderung im bisherigen Betriebe des Theaters tritt nicht ein.“*⁷⁵ Politik und Öffentlichkeit wurde so vermittelt, dass es lediglich um Stumpfs persönliche Entlastung gehe, Saladin Schmitt also künftig die Bochumer Gastspiele externer Bühnen auswähle.

In Wirklichkeit marschierte Stumpf zielgerichtet auf dem Weg zu einem neuen Theaterkonzept mit eigenen Produktionen. Noch im Dezember beschloss seine Theaterkommission die Kündigung der für die Essener Gastspiele auf Bochumer Kosten angestellten Sonderkräfte und die Verpflichtung eigenen Schauspielpersonals im Rahmen dieser Etat-Position, über die sie eigenständig verfügen durfte.⁷⁶ Damit provozierte Stumpf die Essener, die ohnehin ihre Aufführungsaktivitäten in der eigenen Stadt ausbauen wollten, ihre Bochumer Gastspielverpflichtungen zum 1. April 1919 zu kündigen.⁷⁷

Mit dieser raschen wie konsequenten Reaktion scheiterte zwar seine Absicht, mit eigenen Bochumer Inszenierungen in einen immer noch aus Essen bestückten Spielplan sukzessive hinein zu wachsen,⁷⁸ doch zugleich erhöhte die mangels Aufführungen drohende Theaterschließung die Bereitschaft der Bochumer Kommunalpolitik, Stumpf auf dem Wege zu eigenen Produktionen auf der Bühne an der Königsallee zu folgen. Im Februar 1919 erfuhr die Bochumer Öffentlichkeit aus den Lokalzeitungen von den Beschlüssen der Theaterkommission und des Magistrats, das Bochumer Stadttheater ab 1. April mit eigenem Ensemble zu bespielen,⁷⁹ und eine Woche später stimmte die Stadtverordnetenversammlung dem entspre-

chend ausgelegten Haushaltsplan des Theaters, einem nunmehr mehrjährigen Vertrag mit Saladin Schmitt als dessen Leiter sowie der *„Anstellung eigenen Personals für Schauspiele“* zu.⁸⁰

Schon am 15. April startete Bochums neues Bühnenensemble mit seiner ersten Aufführung: Grillparzers *„Des Meeres und der Liebe Wellen“*. Die rasche Bildung des Ensembles und die schnelle Einstudierung waren möglich, weil Saladin Schmitt auf seine Schauspieler in Brüssel zurückgreifen konnte, mit denen er das Stück dort bereits aufgeführt hatte.⁸¹ So ist schließlich der vierte Akt auf dem Wege zum Bochumer Schauspielhaus erfolgreich „über die Bühne gegangen“.

Stumpfs ursprüngliches Ziel war ein Mehrsparten-Theater. Als bald nach der Gründung des Schauspielensembles auch *„der Ruf nach der Oper ertönte“*, so hat er später selbst berichtet, sei *„aufdringendes Anraten“* von Saladin Schmitt *„von der Einrichtung einer eigenen Oper abgesehen“* worden, weil *„bei einem Nebeneinander von Schauspiel und Oper zugleich in einem Haus weder ein gutes Schauspiel noch eine gute Oper, sondern höchstens der übliche Provinzdurchschnitt sich erreichen ließ.“*⁸² Um den Wünschen des Publikums dennoch zu entsprechen, verhandelte Wilhelm Stumpf mit der Stadt Duisburg, die dabei war, ihre Theaterverhältnisse neu zu ordnen, und am 31. Januar 1921 wurde ein Vertrag zwischen den Städten Bochum und Duisburg geschlossen, nach dem sich beide *„zu einer Theatergemeinschaft“* in der Weise verbanden, *„dass in Bochum das Schauspiel und in Duisburg die Oper eingerichtet und beide zu regelmäßigen Gastspielen untereinander ausgetauscht werden.“* In jeder Spielzeit hatte Bochum *„mindestens 120 Gastspiel-Opernvorstellungen“* aus Duisburg und Duisburg *„mindestens 140 Schauspiel-Gastvorstellungen“* aus Bochum zu übernehmen. Die Leitung beider Bühnen, also auch der Duisburger Opernbühne, wurde Saladin Schmitt übertragen.⁸³

Mit dieser Doppelintendanz hatte der kluge Taktiker Stumpf noch eines erreicht: Saladin Schmitt, der die Bochumer Theaterprovinz zunächst nur als kriegsbedingte Zwischenlösung seiner beruflichen Lebensplanung gesehen und sich inzwischen bei dem renommierten Theatern in Mannheim und Düsseldorf beworben hatte,⁸⁴ blieb nun dem Ruhrgebiet erhalten. Damit schuf der Stadtrat die

⁷⁵ StAB, Bo 11/236, Bl. 20.

⁷⁶ Protokolle der Theaterkommission, StAB DSt 92, 5. und 21. Dezember 1918.

⁷⁷ Ebd., 13. Januar 1919.

⁷⁸ Ebd., 21. Dezember 1918.

⁷⁹ Stadttheater, in: Märkischer Sprecher vom 26. Februar 1919. Weitere Berichterstattung in Artikeln über die Stadtverordnetenversammlung vom 28. Februar 1919 in allen Bochumer Zeitungen vom 1. März 1919.

⁸⁰ Protokoll der Sitzung vom 28. Februar 1919, Faksimile-Wiedergabe in: Stadt Bochum (Hg.), Saladin Schmitt der Theatergründer, Bochum 1983, S. 32.

⁸¹ Ketelsen, Theater (s. Anm. 32), S. 89/90.

⁸² Wilhelm Stumpf, 10 Jahre Theatergemeinschaft, in: Die deutsche Bühne, Amtliches Blatt des Deutschen Bühnenvereins, 23 (1931), Heft 1 vom 12. Januar 1931, zitiert nach: Stadt Bochum, Schmitt (s. Anm. 80), S. 43.

⁸³ Vertrag vom 31. Januar 1921, Faksimile-Wiedergabe in: Ebd., S. 40-41.

⁸⁴ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1913-1924, S. 252.

Grundlage für den späteren grandiosen Aufstieg des Bochumer Theaters. Auch er selbst machte Karriere: Bochum und Duisburg hatten nämlich von nun an einen gemeinsamen „Theater-Dezernenten“: den Bochumer Stadtrat Wilhelm Stumpf, der auch im Duisburger Rathaus im Auftrage des dortigen Oberbürgermeisters den Theatersektor managte.⁸⁵ Die Theaterreihe sollte erfolgreich sein und, von verschiedenen Änderungen Anfang der 1930er-Jahre abgesehen, bis August 1935 halten.

Orchester-Gründung als Theaterpolitik

Dass im Frühjahr 1919 zeitgleich mit dem Abschluss der Theatergründung auch ein neues Orchester entstand, war ein weiteres Ergebnis von Stumpfs Theaterpolitik. Der Stadtrat hatte die Notwendigkeit eines leistungsfähigen Orchesters schon jahrelang aus der Theaterperspektive gesehen. Attraktives Theater war in jener Zeit ohne ein gutes Orchester nicht vorstellbar, denn in den Spielplan jedes renommierten Hauses gehörten selbstverständlich Opern und Operetten, und auch viele Stücke des Sprechtheaters wurden mit orchestraler Instrumentalmusik umrahmt. Aus diesen Gründen hatte das 1915 aus dem vormaligen Apollo entstandene Stadttheater einen Orchestergraben für immerhin 90 Musiker,⁸⁶ beschäftigte sich die Theaterkommission auch immer wieder mit der „Orchesterfrage“ und zielte das Bemühen des Stadtrats parallel zu seinen Theaterplänen von vornherein auch auf die Verbesserung des Musikangebots.

Dass Verhandlungen über „die Gründung eines eigenen städtischen Orchesters“ bereits in den Jahren 1910 bis 1912 begonnen haben, wie Stumpf später berichtete,⁸⁷ also genau in der Zeit, in der sich das Apollo erstmals zu einem klassischen Theater zu entwickeln schien, war deshalb kein Zufall, sondern zwangsläufige Folge des engen Zusammenhangs, der zwischen Theater und Musik gesehen wurde. Dasselbe gilt für Stumpfs Zuständigkeit bei städtischen Aktivitäten im Sektor Musik, die ab Mitte 1910 in den Akten nachweisbar ist.⁸⁸ Ziele dieser Aktivitäten waren damals noch die qualitative Verbesserung und quantitative Verstärkung der Kapelle des Franz Merkert, deren Zuschuss die Stadt auf 12.000 Mark erhöht hatte.⁸⁹ Damit sollten attraktivere Vertragsangebote an Berufsmusiker möglich, auf diesem Wege qualifiziertere

Kräfte engagiert und der Klangkörper verbessert werden.

Diese Ergebnisse brachte die Erhöhung der Subventionen aber offenbar nicht, denn als Mitte 1915 ein neuer Höhepunkt in der Theaterentwicklung mit dem Umbau-Ende des ehemaligen Apollo und der Eröffnung des Stadttheaters absehbar wurde, legte Stumpf seinen Gremien eine umfangreiche Denkschrift über die Errichtung eines städtischen Orchesters vor.⁹⁰ Die „bevorstehende Eröffnung des Stadttheaters“ mache es erforderlich, so beginnt sie, „zu prüfen, ob die Städtische Kapelle den voraussichtlich an sie zu stellenden Anforderungen genügt und inwiefern eine Verbesserung herbeizuführen ist.“ Dann wird die 26 Musiker starke Merkert-Truppe mit der deutschen Orchesterlandschaft verglichen: Orchester in „großer Besetzung“ hätten 88 Musiker, Städte wie Essen und Dortmund hielten 60 unter Vertrag, während sich kleine Städte mit etwa 40 „behelfen“ würden, führte Stumpf aus. Für Bochum seien 42 bis 43 Orchestermitglieder erforderlich, wie Hagen sie habe. Dann beschreibt seine Vorlage drei Alternativen zur Erreichung dieses Ziels: eine personelle Aufstockung der Merkert'schen Kapelle, ein echtes städtisches Orchester, in dem Leitung und Musiker von der Stadt angestellt wären und diese unmittelbar Einsatz und Niveau des Klangkörpers bestimme, schließlich eine im Wege einer Ausschreibung zu ermittelnde neue private Kapelle, von der Stadt subventioniert und in ihrer personellen Zusammensetzung beeinflusst. Der Stadtrat ließ aber keinen Zweifel daran, dass er in der zweiten Variante, dem stadteigenen Orchester, „das Ideal“ sah.

Doch keine der drei Varianten konnte mit der Eröffnung des umgebauten Stadttheaters Ende Dezember 1915 realisiert werden, sodass die Musiktheater-Gastspiele aus Essen 1916/17 die qualitativen und quantitativen Defizite der Merkert'schen Kapelle deutlich erkennen ließen. Deshalb wurde diese häufig durch auswärtige Kräfte verstärkt, musste sie zum Teil unter fremdem Dirigat spielen und wurde sie schließlich immer häufiger ganz durch auswärtige Orchester ersetzt. Die Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung war offenkundig. Spätestens ab 1917 versuchte Stumpf und nutzte dazu jede Möglichkeit, Merkerts Kapelle Zug um Zug unter seinen unmittelbaren Einfluss zu bekommen und direkt qualitative Verbesserungen durchzusetzen. Als etwa im Januar 1917 eine Erhöhung des Zuschusses anstand, befürwortete sie Stumpfs Theaterkommission nur unter der Bedingung, dass die Geschäftsführung der Kapelle weitgehend auf die Stadt übertragen wurde.⁹¹ Auch dem Musikverein, der das Konzertangebot organisierte, brachte die Erhöhung der städtischen Zuschusses „goldene Zügel“: er hatte die

⁸⁵ Vertrag vom 31. Januar 1921, § 7, Faksimile-Wiedergabe in: Stadt Bochum, Schmitt (s. Anm. 80), S.40-41.

⁸⁶ Dieter Bloch, Fünfzig Jahre öffentliche Musikpflege in Bochum, in: Stadt Bochum (Hg.), Bochumer Aspekte 69, Bochum 1969, S. 104-147, hier S. 107.

⁸⁷ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1913-1924, S. 253.

⁸⁸ Vgl. DSt 31, Aufbau einer Unterstützungskasse für Mitglieder der Städtischen Kapelle.

⁸⁹ StAB, DSt 112, Bl. 55.

⁹⁰ StAB, DSt 112, Bl. 55. Die Denkschrift selbst samt Anlagen: Bl. 40 ff.

⁹¹ Protokolle der Theaterkommission, in: StAB, DSt 92, 14. Januar 1917.

Theaterkommission als Mitveranstalter der Konzertreihen zu akzeptieren⁹² und ihr die Spielpläne zur Genehmigung vorzulegen.⁹³ In Merkert's Kapelle setzte Stumpf die Anstellung eines qualifizierten Konzertmeisters durch, der aus der renommierten Weimarer Hof- und Staatskapelle geholt wurde.⁹⁴

Mitte 1918 ging Stumpf noch einen Schritt weiter: In einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung forderte er die Anstellung von fünf Musikern direkt durch die Stadt. Das Essener Theater bringe für seine Bochumer Vorstellungen „in der Regel“ sein eigenes Orchester mit, schrieb er, doch könne damit in Zukunft nicht mehr mit Sicherheit gerechnet werden. „Für die dadurch notwendige Ergänzung des hiesigen Orchesters“ müssten Musiker engagiert werden. Er empfiehlt, diese „unmittelbar für das Stadttheater anzustellen und sie dem Merkert'schen Orchester nach Bedarf für seine Konzerte gegen entsprechende Entschädigung zu überlassen, wie sie umgekehrt auch im Stadttheater in Verbindung mit diesem Orchester tätig sein werden.“⁹⁵ Das Stadtparlament stimmte zu,⁹⁶ was die Theaterkommission in den nächsten Monaten mutig weitere Musiker „für das Stadttheater“ fordern ließ.⁹⁷ Der Stadtverordnete Dr. Küppers hat Stumpfs Absicht zu Recht als „Anfang zu einem Theaterorchester“ bezeichnet, aber auch hinzugefügt, dass dies „notwendig kommen müsse“ und dazu ein detailliertes Zukunftskonzept gefordert.⁹⁸

Die neue „Denkschrift“, die Stumpf daraufhin im September 1918 den Gremien vorlegte, knüpfte an die von 1915 an, brachte aber einen aktualisierten und konkreteren Wirtschaftsplan und verfolgte nur noch das Ziel eines Orchesters in unmittelbar städtischer Trägerschaft, das sukzessive auf 43 Musiker gebracht werden sollte.⁹⁹ Theaterkommission und Magistrat stimmten zu, während von der Stadtverordnetenversammlung am 4. Oktober 1918 zwar „die weitere Anstellung von Musikern genehmigt“ wurde, aber das Gesamtkonzept nach dem Willen der Stadtväter „erst der Öffentlichkeit unterbreitet und dann noch einmal beraten werden“ sollte.¹⁰⁰ Im Prinzip war damit jedoch Zustimmung signalisiert.

Anfang 1919, als der Rückzug der Essener von der Bo-

chumer Bühne die rasche Bildung eines eigenen Ensembles erforderlich machte, wurde auch auf Seiten der Musik der Neuanfang endgültig realisiert. Stumpf tat es auf eine aus künstlerischer Sicht kompromisslose Weise: Franz Merkert, der Mann des 19. Jahrhunderts, der noch 1918 sein 25jähriges Jubiläum als Bochums „städtischer Kapellmeister“ gefeiert hatte, musste seine diesbezüglichen Dienste und Ansprüche gegen eine Abfindung beenden, da er „weder als Kapellmeister höheren Ansprüchen genügt, noch als Konzertmeister verwandt werden kann“, wie die Theaterkommission knallhart feststellte. Auch von den Mitgliedern seiner Kapelle wurde nur ein Teil in das neue Orchester übernommen; zu einer deswegen vom Musikerverband eingebrachten schriftlichen Intervention stellte die Kommission ungerührt fest, „dass für die Auswahl der Mitglieder des städtischen Orchesters lediglich die künstlerische Befähigung in Frage kommen kann.“¹⁰¹

Nachdem die Stadtverordneten am 28. Februar 1919 den neuen Haushalt des Stadttheaters verabschiedet hatten, stimmten sie auch dem Haushaltsplan des „städtischen Orchesters“ mit einem kommunalen Zuschuss von 51 000 Mark zu; zugleich wurde mitgeteilt, dass Merkert, „der langjährige, verdienstvolle Leiter der Kapelle“ darum gebeten habe, ihn von seinen bisherigen Aufgaben zu entbinden. „Dadurch ist der Weg geebnet“, schrieb der Bochumer Anzeiger, „einen Leiter für die auf 43 Mann zu bringende städtische Kapelle anzustellen.“¹⁰² Dazu wurden ohne Ausschreibung zwei Kandidaten zum Probedirigat eingeladen: der Kölner Kapellmeister Lindemann und der in Leipzig tätige Rudolf Schulz-Dornburg. „Da beide Bewerber gleichwertig erschienen, so wurde beschlossen, durch das Los über ihre Wahl entscheiden zu lassen“, vermerkt das Protokoll der Kommission am 1. März 1919, und das Los fiel auf Rudolf Schulz-Dornburg. Dass Saladin Schmitt beauftragt wurde, Schulz-Dornburgs Anstellung „im Wege des üblichen Theatervertrages“ vorzunehmen¹⁰³ und ihm der Orchesterleiter unterstellt sein sollte, zeigt, dass die musikalischen Bedürfnisse des Theaters unverändert die Orchestergründung bestimmten, „der Orchesterdienst vor allem für die Ausführung von Opern- und Schauspielmusiken gedacht war.“¹⁰⁴

Doch Rudolf Schulz-Dornburg hat gleich in den ersten Wochen seiner Bochumer Tätigkeit klargestellt, dass er seine Aufgaben keineswegs nur im Orchestergraben des Theaters sah, sondern ebenso in der konzertanten Musik. Selbstbewusst nahm er schon Ende April neben Saladin

⁹² Croon, Vorspiel (s. Anm. 22), S. 31.

⁹³ Vgl. z. B. die Protokolle der Theaterkommission vom 24. Juli 1917 und 28. August 1918, in: StAB, DSt 92.

⁹⁴ Bloch, Musikpflege (s. Anm. 86), S. 111.

⁹⁵ Mitteilung Stumpfs an die Stadtverordnetenversammlung vom 18. Juni 1918, in: StAB, DSt 112.

⁹⁶ Protokoll der Theaterkommission vom 5. Juli 1918, in: StAB, DSt 92.

⁹⁷ Protokolle der Theaterkommission vom 28. August und 14. September 1918, in: StAB, DSt 92.

⁹⁸ Bochumer Anzeiger Nr. 150 vom 29. Juni 1918.

⁹⁹ StAB, DSt 112, Bl. 55 ff.

¹⁰⁰ Protokoll der Theaterkommission vom 14. September 1918, in: StAB, DSt 92; Schlussvermerk der Vorlage, in: StAB DSt 112 Bl. 55 ff.; Bochumer Anzeiger vom 5. Oktober 1918.

¹⁰¹ Protokolle der Theaterkommission, StAB, DSt 92, 25. Januar 1919.

¹⁰² Die letzte Sitzung des Stadtparlaments, in: Bochumer Anzeiger vom 1. März 1919.

¹⁰³ Protokolle der Theaterkommission, StAB, DSt 92, 1. März 1919.

¹⁰⁴ Bloch, Musikpflege (s. Anm. 86), S. 108.

Schmitt an der Sitzung der Kommission teil und trug ihr seine Vorstellungen selber vor. Die beschloss, „*dass sowohl Volkskonzerte wie Symphoniekonzerte regelmäßig stattfinden*“ sollten.¹⁰⁵ Im Sommer 1919 setzte Schulz-Dornburg auch durch, dass die Geschäftsführung des Orchesters von der des Theaters getrennt wurde und schließlich sogar, dass der inzwischen 48 Musiker starke Klangkörper, den er u.a. um Musiker aus dem Gewandhaus-Orchester Leipzig und den Hoftheatern in Meiningen und Weimar ergänzt hatte, ab der Spielzeit 1920/21 auf 62 erhöhte wurde.¹⁰⁶



Abb. 4: Haus Rechen – Bochums Heimatmuseum von 1919 bis 1943.

Damit war die Gründungsphase des Orchesters beendet, dessen erfolgreiche musikalische Arbeit für die Jugend schon 1922 eine eigene Gründung hervor brachte: die „Städtische Singschule“, Ausgangsmodell der späteren Musikschul-Idee.¹⁰⁷ In den nächsten beiden Jahren sollte Bochum, noch bevor der überregionale Siegeszug seines Theaters begann, Furore als Stadt der zeitgenössischen, modernen Musik machen. „Überall in Mitteleuropa applaudierten Kritiker und Rezensenten dem fortschrittlichen Orchester, dem wagemutigen Dirigenten und einem toleranten Publikum. Der Ruf des hiesigen Orchesters war bald derart gestiegen, dass in jenen Jahren Berlins Fachpresse verkündete: ‚Wenn man heute neue Musik hören will, muss man nach Bochum fahren.‘“¹⁰⁸ Bochums erster musikalischer Höhenflug endete, als Schulz-Dornburg, der wenige Jahre später in Essen die Folkwangschule gründen sollte, Bochum 1925

¹⁰⁵ Protokoll der Theaterkommission vom 27. April 1919 in: StAB, DSt 92.

¹⁰⁶ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1913-1924, S. 253.

¹⁰⁷ Ebd., S. 255; Bloch, Musikpflege (s. Anm. 86), S. 120.

¹⁰⁸ Ebd., S. 101.

verließ. In der zweiten Hälfte der auch kulturpolitisch „goldenen 20er-Jahre“ schob sich dann Saladin Schmitts Theater an den Zenit des mitteleuropäischen Kunsthimmels.

Förderung historischer Elemente der Stadtkultur

Dass Bochumer Kulturpolitik unter Wilhelm Stumpf „im wesentlichen Theaterpolitik war“, wie in einer Geschichte

des Bochumer Theaters zu lesen steht,¹⁰⁹ trifft für sein Wirken bis Frühjahr 1919 zu, für die Zeit danach und seine gesamte Lebensleistung gilt dies jedoch nicht. Zwar sah Stumpf auch später noch im Theater den „Mittelpunkt des Kulturlebens in Bochum“,¹¹⁰ doch dieses Kulturleben erschöpfte sich für ihn nicht in der Bühnenkunst.

Noch im Nachkriegsjahr 1919 sollte neben Theater, Orchester und einer Volkshochschule, die aber keine größere Bedeutung erlangen konnte, eine vierte Kultureinrichtung ihre Pforten öffnen: das Heimatmuseum in Haus Rechen. Seit 1910 hatte der Rektor der Weilenbrinkschule, Bernhard Kleff, in einem Schulzimmer zusammen getragen, was er an regionalgeschichtlichen Belegen aufzun konnte.

Die dann von der Stadt erworbene Sammlung war in wechselnden, auch nicht durchgängig zur Verfügung stehenden und immer zu kleinen Räumen recht und schlecht präsentiert worden, bis eine seit Mai 1918 aktenkundige Museumskommission¹¹¹ unter dem wechselnden Vorsitz der beiden Bürgermeister den alten Rittersitz Haus Rechen¹¹² als Heimatmuseum ins Visier nahm, und die Stadtverordnetenversammlung dies schließlich beschloss.¹¹³ Noch vor der Eröffnung des Heimatmuseums

¹⁰⁹ Ketelsen, Theater (s. Anm. 32), S. 51.

¹¹⁰ Stadtrat W. Stumpf, Das Kulturleben in Bochum, in: Schacht, Westdeutsche Wochenschrift für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, 6 (1929), Heft 1.

¹¹¹ Protokolle der Museumskommission, in: StAB, DSt 88.

¹¹² Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1913-24, Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung vom 2. Juli 1915. Nach dem 2. Weltkrieg sind dort die heutigen Kammerspiele gebaut worden.

¹¹³ Protokolle der Museumskommission vom 6. Mai und 21. Oktober 1918, in: StAB, DSt 88; Verwaltungsbericht 1913-24 im Chronik-Teil: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Oktober 1918.

in Haus Rechen, die am 15. Dezember 1919 stattfand,¹¹⁴ hatte Stadtrat Stumpf auch die Leitung der Museumskommission übernommen.

Für ihn war es wichtig, neue Kultureinrichtungen in der Bochumer Bürgerschaft zu verankern. Nach dem Modell der Theatervereins-Gründung von 1911 trommelte er einen Kreis heimatgeschichtlich Interessierter zusammen, um den Grundstock zu einer Organisation zu legen, die dem Museum öffentlichen Rückhalt geben sollte. Am 23. September 1920 gab er eine Presse-Erklärung heraus, in der er den örtlichen Zeitungen berichtete: „*Ein kleiner Kreis von Männern, die sich für die Geschichte unserer Stadt interessieren*“, habe sich am 22. September 1920 getroffen, „*um einen Zusammenschluss aller derjenigen zu besprechen, denen die Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung Bochums und die Sammlung der noch vorhandenen Erinnerungsstücke am Herzen liegt*“. Dabei sei nicht an einen neuen Verein gedacht, sondern an eine „*lose Vereinigung im Anschluss an das städtische Altertummuseum im Hause Rechen*“. Dort möchten sich Interessenten melden.¹¹⁵

Die „lose Vereinigung“, die damit entstand, war aber wohl zu locker, denn ein Jahr später gab es einen erneuten Gründungsauftrag des Stadtrats Stumpf, der diesmal zu einer Vereinigung mit straffem Arbeitsprogramm aus Vortragsveranstaltungen, Besichtigungen und Veröffentlichungen führte. Stadtrat Stumpf ließ sich selbst in den „vorläufigen Arbeitsausschuss“ wählen, der die Vereinsarbeit anschieben wollte¹¹⁶, hat die Führung der dann endgültig gegründeten „Vereinigung für Heimatkunde“ aber dem Rektor Bernhard Kleff überlassen.

Wie sehr die Beschäftigung mit der Stadthistorie für Stumpf ein notwendiger Teil der kommunalen Kulturarbeit war, zeigt auch sein Einsatz für das Stadtarchiv, das damals ehrenamtlich von Kleff geleitet wurde. Für Stumpf war bald klar, dass „nicht nebenamtlich die Ord-

nung des Archivs durchzuführen“ ist,¹¹⁷ und so sorgte er dafür, dass Kleff in den 1920er-Jahren wiederholt für ein bis zwei Jahre vom Schuldienst freigestellt wurde und sich hauptamtlich um Stadtarchiv und Heimatmuseum kümmern konnte, nach seinem Ausscheiden aus dem Schuldienst auch unbefristet.¹¹⁸

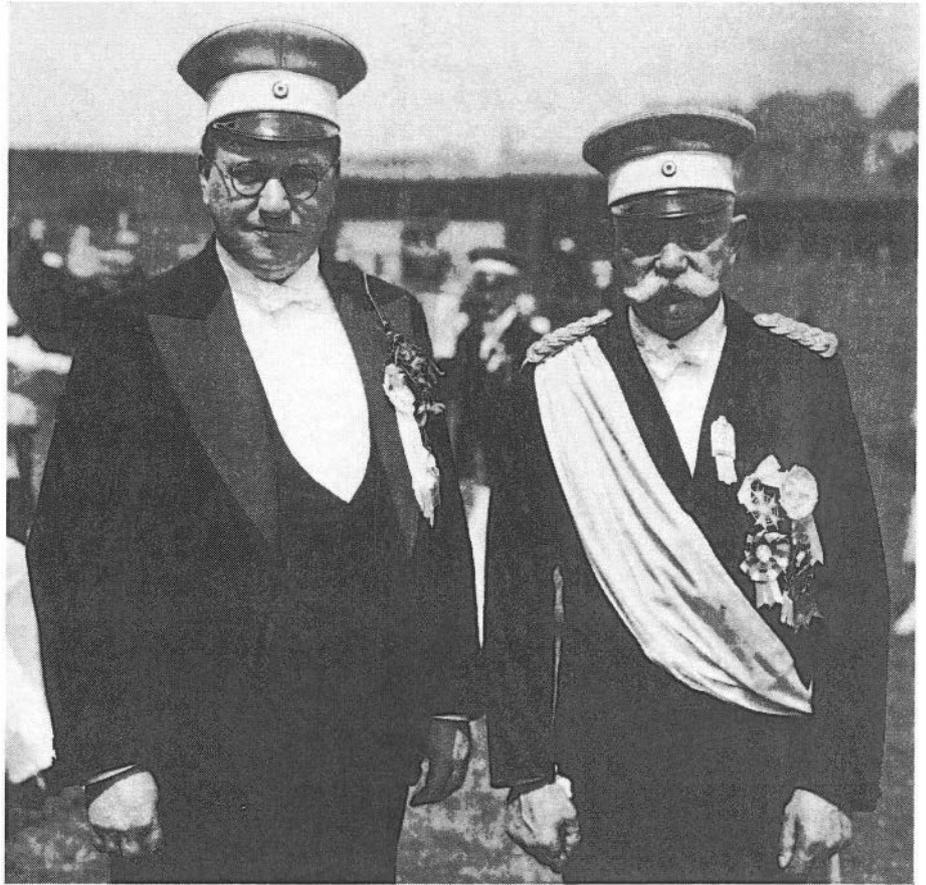


Abb. 5: Stadtrat Stumpf (im Bild links, rechts ein Schützen-Offizier) engagierte sich in der Bochumer Maischützentraktion.

Während der Stadtrat die unmittelbare Leitung von Stadtarchiv und Heimatmuseum Bernhard Kleff überließ, ebenso die Führungsrolle in der Vereinigung für Heimatkunde, hat er sich als bodenständiger Bochumer selbst sehr unmittelbar und dauerhaft in der Bochumer Maiabendtradition engagiert. Diese hatte Anfang des vorigen Jahrhunderts, so jedenfalls Alt-Bürgermeister Ibing in seinem bereits erwähnten Nachruf auf Stumpf, einen etwas „*bedenklichen Tiefstand*“ erreicht, sodass „*die Harpener Bürgerschaft nur noch mit Schrecken dem 1. Mai entgegen sah*“. Doch dann habe Stumpf den Vorsitz des Bochumer Bürgerschützenvereins, der die Maiabend-

¹¹⁴ Protokoll der Museumskommission vom 10. Dezember 1919, in: StAB, DSSt 88.

¹¹⁵ StAB, DSSt 57/1-4, S. 12. Der Märkische Sprecher hat Stumpfs Aufruf am 27. September 1920 veröffentlicht.

¹¹⁶ Vereinigung zur Pflege des Heimatgedankens, in: Märkischer Sprecher vom 1. Oktober 1921.

¹¹⁷ Vorlage Stumpfs vom 17. November 1921 an den Magistrat, in: StAB, Bo 11/503, Bl. 1.

¹¹⁸ Ingrid Wölk, Der Sache(n) wegen... Bochumer Sammlungen und Museen 1910-2007, in: Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte/Kortum-Gesellschaft Bochum e.V. (Hg.), Siebenundneunzig Sachen, Bochum 2007, S. 14/15.

züge organisierte, übernommen und mit seiner Persönlichkeit und seinem Einsatz dem „alten Brauchtum die Würde eines wahrhaften Kulturfestes wiedergegeben“¹¹⁹. Tatsächlich ist Wilhelm Stumpf seit 1911 als Vorsitzender des Bürgerschützenvereins an der Spitze des Maiabendzuges nach Harpen gezogen.¹²⁰



Abb. 6: Die von Stumpf gegründete Städtische Gemäldegalerie, Vorgängerin des Museum Bochum, erhielt ihr endgültiges Domizil in der Villa Nora (rechts im Bild, links der Altbau des heutigen Museums).

Stumpfs Museums-Gründungen

Die Eröffnung des Heimatmuseums Ende 1919 war nur der erste Schritt des Stadtrats zu dem Ziel, auch Museen in die Bochumer Kulturlandschaft einzufügen. Im Frühjahr 1921 bemühte er sich um die öffentliche Präsentation von bildender Kunst. Die Nachbarstädte Essen und Dortmund hatten aus den umfangreichen Sammlungsbeständen ihrer Museen, in denen anfangs wahllos historische, künstlerische wie naturkundliche Objekte zusammengefasst worden waren, die Kunstobjekte in eigenständige Kunstmuseen ausgegliedert.¹²¹ Stumpfs Ambitionen, es ihnen gleich zu tun und das Bochumer Kulturangebot auch im Sektor der bildenden Kunst glänzen zu lassen, konnten jedoch weder auf einen hinreichenden städtischen Kunstbesitz, noch überhaupt auf breitere Traditionen örtlicher Kunstpflege zurückgreifen.¹²² Doch der erfinderische Stadtrat hatte eine ebenso einfache wie

geniale Idee: Wenn schon die Stadt keine eigene ausstellungsfähige Kunst besaß, musste eben Kunst von auswärts nach Bochum geholt werden, um sie hier zu zeigen. Dazu sollte eine städtische Gemäldegalerie mit dem Ziel entstehen, in regelmäßigen Wechsausstellungen externe Kunst in Bochum zu präsentieren.

Im Juni 1921 konnte Stumpf der Museumskommission das Ergebnis erster Bemühungen in Berlin mitteilen. Mit Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hatte ihm die dortige Nationalgalerie Gemälde und Plastiken aus der Zeit von 1830 bis 1900 für eine dreimonatige Eröffnungsausstellung der neuen Bochumer Galerie zugesagt.¹²³ Als die am 10. Juli 1921 begonnen hatte, stellte die in Essen erscheinende Kulturzeitschrift „Hellweg“ fest, Bochum suche „in ungestilltem Ehrgeiz [...] das künstlerische Leben der Stadt [...] zu bereichern“, sei als Theater- und Musikstadt bereits „in scharfen Wettbewerb“ mit den Nachbarn getreten und komme nun auch mit der bildenden Kunst.¹²⁴ Die Galerieräume befanden sich zunächst in der alten Knappschaft an der Viktoriastraße,

(wo später der Seitenflügel des Postgebäudes entstand). Nach wechselnden Ausstellungsorten hat die Vorgängerin des heutigen Museums Bochum schließlich in der Villa Nora im Stadtparkviertel ihr endgültiges Domizil gefunden.

Für die Leitung der Galerie gewann Stumpf den Kunsthistoriker Dr. Richart Reiche, der die renommierte „Ruhmeshalle“ in Barmen schon vor dem Weltkrieg zur ersten Adresse der damaligen zeitgenössischen Kunst gemacht hatte und „zu den führenden Köpfen in der deutschen Kunstwelt zählte“.¹²⁵ Einen Mann mit solchen Voraussetzungen an die neue Galerie zu berufen, die nicht ein einziges eigenes Bild besaß und auf keine Traditionen lokaler Kunstförderung bauen konnte, war ein kulturpolitisch ungemein kluger Schachzug des cleveren Stadtrats. Dank Reiches weitreichenden Verbindungen konnte die Spitzenkunst der klassischen Moderne in die Bochumer Villa Nora geholt werden. Fast alle großen Expressionisten und namhaften Vertreter der Neuen

¹¹⁹ Max Ibing, Stadtrat Stumpf, in: Bochumer Heimatblätter, Nr.3/April 1949, S. 24.

¹²⁰ Andreas Bornholdt, 600 Jahre Bochumer Maiabendfest. Die historische Entwicklung eines städtischen Heimatfestes im Revier, Bochum 1988, S. 359.

¹²¹ Parent, Theater (s. Anm. 19), S. 396 ff.

¹²² Siehe hierzu: Kreuzer, Kulturstadt Bochum (s. Anm. 12), S.14-16.

¹²³ Protokoll der Museumskommission vom 1. Juni 1921, in: StAB, DSt 88.

¹²⁴ Hellweg – Westdeutsche Wochenschrift für deutsche Kunst, 1 (1921), Juli 1921.

¹²⁵ Ulrike Becks-Malorny, Der Kunstverein in Barmen 1866-1946, Wuppertal 1992, S. 59.

Sachlichkeit sind hier in umfassenden Ausstellungen präsentiert worden.¹²⁶

Parallel zur Galerieeröffnung gründete Stumpf einen „Verein der Kunstfreunde“, später kurz „Kunstverein“ genannt. Er sollte die Gemäldegalerie finanzieren helfen und das Interesse an der bildenden Kunst durch ein attraktives Vortragsprogramm stärken, vor allem aber die Verbindung zwischen Galerie und Bürgerschaft halten und vertiefen. Auch hier kehrt das alte Konzept wieder, neue kommunale Kultureinrichtungen durch parallele Vereinsgründungen in der Stadtbevölkerung zu verankern. Stumpf hat den Kunstverein, der nach einigen Jahren auf 520 Mitglieder anwuchs,¹²⁷ bis weit in die 30er Jahre hinein als Vorsitzender geführt.

Aber der rastlose Stadtrat hatte weitere Museumspläne. In der Museumskommission berichtete er im Frühsommer 1921 über seine Absicht, die umfangreiche Schausammlung an Mineralien und Fossilien, die es für Unterrichts- und Forschungszwecke an der Bochumer Bergschule gab, als „Bergschulmuseum“ in größerem Maße der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und diese Sammlung gemeinsam mit Heimatmuseum und Gemäldegalerie als Bochumer Museumsangebot in der Stadtwerbung zu präsentieren.¹²⁸



Abb. 7: Wilhelm Stumpf, von dem es in den Bochumer Archiven nur noch dieses Foto gibt, 1928 an seinem Schreibtisch im Rathaus.

Die bald abgekürzt als „Bergmuseum“ bezeichnete Einrichtung war noch nicht das spätere Bergbaumuseum, doch führte die von Stumpf betriebene Öffnung

¹²⁶ Im Einzelnen dargestellt in: Clemens Kreuzer, Zu unrecht vergessen: Die Städtische Gemäldegalerie, in: Bochumer Zeitpunkte, Nr. 8 (2000), S. 3-18, hier S. 6.

¹²⁷ Ebd., S. 4.

¹²⁸ Protokoll der Museumskommission vom 1. Juni 1921, in: StAB, DSt 88.

der Bergschul-Sammlung schließlich auch zu jener Initiative, aus der das Deutsche Bergbau-Museum hervorgegangen ist.¹²⁹ Die Stadt berief sich auf das „große Interesse, welches die geologischen und sonstigen Sammlungen der hiesigen Berggewerkschaftskasse [...] in der Öffentlichkeit gefunden“ hätten, als sie Anfang 1922 dem Vorstand der Berggewerkschaftskasse den Vorschlag unterbreitete, gemeinsam ein bergbaugeschichtliches Museum in Bochum zu errichten. Mit Schreiben vom 22. Januar, unterzeichnet von Oberbürgermeister Graff und Stadtrat Wilhelm Stumpf, erklärte sie ihre Bereitschaft, das Grundstück für ein Bergbau-Museum zur Verfügung zu stellen und sich sowohl an den Investitionen als auch den folgenden Betriebskosten hälftig zu beteiligen. Als die Berggewerkschaftskasse zunächst unentschlossen reagierte, machte Stumpf weiter Druck: Am 1. März 1922 legte die Stadt ein gedrucktes Memorandum zum „Plan für ein Bergbaumuseum“ vor und am 28. Juli beschloss die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Magistrats, 100.000 Mark „zur Vorbereitung der Errichtung eines Bergbaumuseums“ zur Verfügung zu stellen.

Dass es trotz dieser generösen Angebote mit dem Projekt zunächst nicht voran ging, lag an der schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage des Bergbaus kurz vor und dann während der Ruhrgebietsbesetzung durch die Franzosen. Doch als die Stadt nach dem Ende der Besatzungs- und Inflationszeit im Februar 1927 wieder auf ihren Vorschlag von 1922 zurückkam, signalisierte die Berggewerkschaftskasse „grundsätzliche Zustimmung“ und sollten Planung und Realisierung des Projektes zügig voran kommen.¹³⁰

Kultur: anerkannte Daseinsvorsorge

Als Wilhelm Stumpf 1928 sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Stadt Bochum beging und kurz darauf zum dritten Mal einstimmig für 12 Jahre zum Stadtrat gewählt wurde,

hatte sich der Zuschnitt seines Aufgabengebiets erheblich verändert. Jetzt war aus dem Rechtsdezernenten von 1904, der 1910 zusätzlich „Theaterdezernent“ und zuständig für die kommunal subventionierte Musik wurde,

¹²⁹ Soweit nichts anderes angegeben wird, folgt die Darstellung: Rainer Slotta, Die Gründungsgeschichte 1865-1930, in: Slotta (Hg.), 75 Jahre Deutsches Bergbau-Museum Bochum, Bd. 1, Bochum 2005, S. 10-19.

¹³⁰ Ebd., S. 19ff.

spätestens 1913 auch für die bis dahin zu den städtischen Fürsorgeeinrichtungen zählende Stadtbücherei,¹³¹ endgültig ein „Kulturdezernat“ geworden, auch wenn es diesen Begriff noch nicht gab.

Noch 1920 hatte sein Zuständigkeitsbereich unverändert „sämtliche Prozess- und Verwaltungstreitsachen“, Straßenbahn, Arbeitsamt, Erwerbslosenfürsorge und einiges mehr umfasst, allerdings auch schon „Theater, Musik, Museum u. sonstige Kunstsachen, Volkshochschule, Stadtbücherei.“¹³² Im Jahr 1921 war dann neben der neuen Gemäldegalerie auch der gesamte Schulbereich hinzugekommen, was der Bochumer Anzeiger mit den Worten kommentierte: „Da ihm auch Museum, Theater und Musik, überhaupt das Gebiet von Kunst und Wissenschaft unterstellt sind, so übt er gewissermaßen das Amt eines Bochumer Ministers der geistigen Angelegenheiten aus.“¹³³ Erst Mitte der 1920er-Jahre hatte er den größten Teil seiner ursprünglichen Aufgaben abgegeben und sich voll auf diese „geistigen Angelegenheiten“ konzentrieren können.¹³⁴ Die 1928 für die Laudatio des Oberbürgermeisters Dr. Ruer zu Stumpfs Dienstjubiläum angefertigte Gegenüberstellung der ursprünglichen und aktuellen Aufgaben des Stadtrats belegt dann die nahezu komplette Verschiebung hin zu Kultur und Schule; nur für die Straßenbahn blieb er daneben auch über die 1920er-Jahre hinaus zuständig.¹³⁵

Die Bündelung der inzwischen umfangreichen kulturellen Aufgaben schuf das später selbstverständliche Kulturdezernat, auch wenn es damals noch nicht so hieß. Die Bedeutung dieses Vorgangs reicht weit über die rathausinterne Organisationsmaßnahme hinaus: Nun stand unverrückbar fest, dass Kunst, Kultur und Bildung elementare Teile der kommunalen Daseinsvorsorge sind, eine noch zu Beginn des Jahrhunderts unvorstellbare Sicht der Dinge. Dass in dem 1927 publizierten Bochumer Verwaltungsbericht erstmals (und danach immer wieder) ein Kapitel über die kommunalen Kultureinrichtungen erschien,¹³⁶ unterstreicht die neue Sicht.

Mit der Etablierung einer modernen Stadtkultur im kommunalen Aufgabenspektrum darf Bochums kulturpolitische Gründerzeit als abgeschlossen gelten. Ihre bestimmende Figur war Wilhelm Stumpf. Seine Initiativen haben aus der kulturell glanzlosen Industriestadt eine Kulturstadt gemacht. Gewiss hat er dabei Strömungen

und Entwicklungen der Zeit nutzen können: etwa das Streben der noch jungen Großstadt Bochum, es den größeren Nachbarn Essen und Dortmund gleich zu tun, auch die sich aus dem Erlemann-Konkurs ergebenden Gestaltungszwänge oder die allgemeine kulturelle Aufbruchstimmung der „goldenen 20er-Jahre“. Doch ohne einen ungewöhnlich starken persönlichen Einsatz, ohne Überzeugungs- und Durchsetzungskraft, Kreativität und taktisches Geschick, Mut und Wagnisbereitschaft hätte nicht werden können, was Stumpf in zwei Jahrzehnten geschaffen hat, noch dazu größtenteils in Zeiten des Krieges, der politischen und sozialen Umbrüche.

Stumpf sei ein „Mann von Initiative und Energie“, schrieb der Kulturkritiker Erik Reger schon in den 1920er-Jahren,¹³⁷ und der Intendant Fritz Holl schilderte ihn aus einer Begegnung von 1913 als Gesprächspartner, „hinter dessen scharfen Augengläsern es blitzte von Ideen, von Theaterbesessenheit und Willenskraft“.¹³⁸ Fritz Wortelmann, der Mitte der 1920er-Jahre Dramaturg am Bochumer Theater und dann der Begründer der Bochumer Figurentheater-Tradition war,¹³⁹ erinnerte sich 1949 in einem Nachruf seines Kulturblatts „Bochumer Woche“: „Oft stand er allein mit seinen Plänen gegenüber Stadtverordneten und Verwaltung, gegenüber der ganzen Stadt. Doch unbeirrbar setzte er sich durch, wenn er von der Notwendigkeit und dem Nutzen überzeugt war. Und seine großen Erfolge geben ihm recht.“¹⁴⁰

Abbildungsnachweis

Die Abbildungen 1 bis 3 und 5 bis 7 stammen aus dem Stadtarchiv Bochum, die Abbildung 4 aus der Sammlung Clemens Kreuzer.

¹³¹ StAB. DSt 91: Ausschuss für Stadtbücherei. Das Kuratorium tagte erstmals am 23. Januar 1913.

¹³² Bochumer Adressbuch 1920, S. 36. Die „Rathausbücherei“ heißt später „Verwaltungsbücherei“.

¹³³ Bochumer Anzeiger vom 21. Mai 1921 (Ausschnitt in der Personalakte).

¹³⁴ Bochumer Adressbücher 1924/25, S. 17 und 1926, 1. Teil, S. 18.

¹³⁵ StAB, Bo 11/190: Vermerk vom 31. Mai 1928: Die Personalien des Stadtrats Stumpf.

¹³⁶ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum für die Jahre 1913-1924, der infolge der Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse erst 1927 erschien.

¹³⁷ Erik Reger, in: Das Theater, 8 (1927), Heft 9, zitiert nach Schrage, Schmitt (s. Anm. 71).

¹³⁸ Druckschrift „Stadtrat Stumpf, Kunstdezernat der Stadt Bochum, 60 Jahre alt“, in: StAB, Bo 11/191.

¹³⁹ Vgl. Margret Wortelmann, Fritz Wortelmann, Volksbildner und Puppenspieler aus Werne, in: Clemens Kreuzer (Hg.), Bauernzeit und Bergmannszeit in Bochum-Ost, Bochum 1990, S. 362-374.

¹⁴⁰ Stadtrat Wilhelm Stumpf, in: Bochumer Woche, herausgegeben vom Feierabend-Bund, Schriftleitung Fritz Wortelmann, Ausgabe 23.-29. Januar 1949.

Hans Joachim Kreppke

Die Reinhaltung der Abtritte und Straßen in Bochum

Von der Bürgerpflicht zur kommunalen Dienstleistung

„Oh Bochum thu's, oh Bochum thu's, und werde endlich reine.“¹ Dem Dichterwort galt auch das Wirken der einst berühmten „Bochumer Artillerie“, die in ihren mehr als 50 Jahre währenden Feldzügen die Wegschaffung menschlicher und tierischer Ausscheidungen ins Werk setzte, an ihren Einsatzorten Geruchs- und Nässe Spuren hinterlassend, die mit wachsender Beklemmung registriert wurden. Bis dahin war es den Bürgern von Amts wegen aufgegeben gewesen, den Transport der Fäkalien in Eigenhilfe zu besorgen, was, wegen der unschönen Begleitumstände, erst nach Eintritt der Dunkelheit zu geschehen hatte. Seit dem Jahre 1869 aber war es der kampfstarken, durch technische Fortentwicklung mehr und mehr aufgerüsteten und in Unternehmehand befindlichen Truppe erlaubt, die anrühige Arbeit am helllichten Tage zu erledigen.

Die Reinhaltung der Straßen und Latrinen war den Einwohnern vordem in einem strengen, keine Ausflüchte duldenden Regelwerk verordnet gewesen, vornehmlich so ausgestaltet, dass Auslagen und Pflichten für die Obrigkeit im überschaubaren Rahmen blieben. Mit den Jahren hatten die rasant steigenden Einwohnerzahlen die abzufahrende Menge an Kehrriecht, Abfällen und Exkrementen aber derart vermehrt, dass die in Bochum seit Generationen geübte Behördenpraxis, nur den Aufwand für das Wegschaffen von Kehrriecht und Abfall zu übernehmen, dem Bürger aber den übrigen Arbeits- und Kostenaufwand anzulasten, sich als kaum noch zureichend erwies.

Um 1890 sah sich der Magistrat in Sachen Entsorgung und allgemeiner Sauberkeit verstärktem Handlungsdruck ausgesetzt. Bochum stand, wie alle schnell wachsenden Städte der Region, vor der grundsätzlichen Fragestellung, ob die bisher geübte Praxis noch ausreiche, die unbehaglich gewordene Situation zu entschärfen. Die sich mehrenden Beanstandungen hinsichtlich der Reinlichkeit im Stadtbild ließen Stimmen vernehmlicher werden, die ein Überdenken des gesamten Verfahrens einforderten und die Frage aufwarfen, ob in dem aufstrebenden Gemeinwesen Bochum, das sich der Großstadtmarke nahe wähnte, solch rückständige Praktiken noch geboten seien.

Angesichts der misslichen Zustände hatten Pragmati-

ker im Parlament der Stadt immer öfter ein Umsteuern der Entsorgungsgewohnheiten eingefordert. Die Zuspitzung der Lage, die – ihre Duftmarken hinterlassend – auch den Besuchern der Stadt nicht verborgen blieb, verlangte Korrekturen, die auch neue technische Möglichkeiten einschlossen, um den weit voran geschrittenen Ausbau der Wasserleitung mit einer funktionierenden Abführung des Brauchwassers, der verträglichen Beseitigung der Fäkalien und der Wegschaffung der Abfälle in Einklang zu bringen.

Beim Einüben der ungewohnten Aufgaben kam es 1891 zu einem heiklen behördlichen Missgriff. Keineswegs bereit, alle Zumutungen der Obrigkeit klaglos hinzunehmen, brachte ein furchtloses Bürgerbegehren das Vorhaben des für die geordnete Latrinenabfuhr von Amts wegen zuständigen Baurates Hermann Bluth zu Fall, der darauf hingearbeitet hatte, am urbanisierten südlichen Stadtrand von Bochum zwecks Deponierung von Fäkalien eine Batterie voluminöser Jauchebassins auf Dauer zu installieren. Die ohne Erbarmen voran getriebene Planung fiel schließlich einem Machtwort der Königlichen Regierung in Arnsberg zum Opfer.

Spürbar beschleunigt, ja letztlich unumkehrbar wurde die Modifizierung städtischer Aufgaben schließlich durch die Erkenntnisse der Wissenschaft, die den Zusammenhang zwischen allgemeiner Sauberkeit – besonders des Grund- und Trinkwassers – und den vermehrt ausbrechenden Seuchen zweifelsfrei belegten. Von nun an hatte die vertraute Taktik des Aussitzens (und unentwegten Beklagens der Folgelasten) zügigem Handeln zu weichen. Ob die Verwaltung der Stadt sich der anspruchsvollen Aufgabe gewachsen zeigte, welche Wege hierbei beschritten wurden und wie nicht zuletzt der Bürger die Neuerungen des Alltags erlebte, verdient eine genauere Betrachtung.

Die Zeit davor

„Wie haben sie gelebt, die Menschen im späten Mittelalter? Wir wissen nicht viel darüber, und manches läßt sich nur mit Phantasie rekonstruieren.“² Und auf Einfallsreichtum, Mutmaßungen und Übertreibungen gründen sich mancherlei Thesen über den angeblich verwahrlosten Alltag unserer Vorfahren, über die achtlos aus den Häusern geworfenen Abfälle, über verrottende Tierkadaver und Unrat allerorten, über permanent auf den Straßen sich tummelnde Schweine,³ kurz: über die

² Ferdinand Seibt, *Glanz und Elend des Mittelalters. Eine endliche Geschichte*, Berlin 1991, S. 521.

³ Heide Berndt, *Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts als vergessenes Thema von Stadt- und Architektursoziologie*, in: Otto Borst (Hg.), *Die Alte Stadt. Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziolo-*

¹ Spottgedicht auf die Bochumer Verhältnisse. Märkischer Sprecher Nr. 138, 24. November 1860.

„vollständige Gleichgültigkeit der Städter gegenüber größter Unsauberkeit jeder Art.“⁴

Betrachtungen zur Reinlichkeit umschließen auch die Verrichtung der Notdurft und deren verträgliche Beseitigung. Dem Geschehnis Stuhlgang⁵ schien eine Schamswelle zunächst nicht anzuhaften; das Unumgängliche wurde ohne Säumen hinter sich gebracht. Eine „Zivilisierung“ des Vorgangs vollzog sich regional recht unübersichtlich. Es finden sich frühe Völker, die über durchaus hochwertige Einrichtungen zur Entsorgung menschlicher Hinterlassenschaften verfügten und einer kultivierten Ausgestaltung des Ablaufs erstaunlich nahe kamen. Wir gewahren aber auch solche, die in der Fortentwicklung der Verrichtung nur langsam vorankamen, deren bescheidener Standard noch dazu jeglicher Annehmlichkeit entbehrte.

„Die Einwurföffnungen seien mit Sitzen ausgerüstet gewesen,“ berichtete 1922 der britische Archäologe Sir John Marshall von einer Expedition nach Indien, wo er Klosetts aus dem dritten vorchristlichen Jahrtausend vorfand, die schon mit einer Art von Wasserspülung versehen waren. Ähnliche Anlagen gab es in Babylonien, auf Kreta und in Ägypten.⁶ Im Jahre 300 waren in Rom immerhin 144 öffentliche Toiletten in Nutzung – hochwertig ausgestattet und mit Wasser gespült –, die nicht nur der Erleichterung dienten, sondern sich auch als Orte des Kommunizierens empfahlen, weshalb sich seitlicher Sichtschutz erübrigte.⁷ Die gewöhnliche Verbringung ins Freie galt im Römischen Reich als äußerst unschicklich und wurde empfindlich geahndet.

Selbstgerechte Bewertungen ferner Epochen und Kulturen verbieten sich angesichts solcher Errungenschaften (nicht nur) im sanitären Sektor. Ein vergleichender, dem rückwärtigen Bereich geltender Blick auf Europas Mitte gibt zu patriotischem Überschwang wenig Anlass. Änderungen am Hergebrachten wurden hierorts in Ruhe bedacht und es verging geraume Zeit, bis der ungenierten Verrichtung nach momentanem Bedürfnis und zufälligem Standort eine wahrnehmbare Zivilisierung zuteil wurde. Dem Landvolk verblieb zur Entlastung – ohne jeden Verwöhnfaktor – noch lange die Gesellschaft des lieben Viehs, die Düngerstätte oder das nahe Umland, wobei die Hocke – ohne stützende Hilfsmittel – wohl die gebräuchlichste Position darstellte. Hier

blieb die Verrichtung der Notdurft einstweilen notdürftig. Für einen begrenzten Nutzerkreis bot die Kloster- und Burgenarchitektur des Mittelalters die Möglichkeit, sich durch in Erkern installierte Klausen – technisch recht simpel – ins Freie zu entleeren. Das Produkt ging seinen geregelten Gang am Mauerwerk abwärts in die Idylle des Burggrabens oder landete gleich auf dem Misthaufen. Die Praxis des freien Falls war auch den Deutschordensrittern vertraut, die sich nicht damit zufrieden gaben, das bisher erreichte Niveau gen Osten zu tragen, sondern nach weiterer Perfektionierung strebten, indem sie spezielle, abseits der Burgen positionierte Abort-Türme entwickelten.⁸



Abb. 1: Das aus Bequemlichkeit – gelegentlich wohl auch gezielt – praktizierte Entleeren des Nachttopfes durch das Fenster dürfte, da behördlich verboten, auch in Bochum vorgekommen sein. Diese Art der Entsorgung gehört im Übrigen – unterhaltsam illustriert – zum gern benutzten Bild vom Alltag einer guten alten Zeit.

Der Erleichterung im Wohnbereich diente der (bis heute unverzichtbare) Nachttopf, der schon den Römern, wie zahlreiche Funde belegen, lästige Wege ersparte. Dann und wann, vor allem im Mittelalter, soll

gie und Denkmalpflege, Bd. 2, Stuttgart u. a. 1987, S. 140-163, hier S. 158.

⁴ Ulf Dirlmeier, Zu den Lebensbedingungen in der mittelalterlichen Stadt: Trinkwasserversorgung und Abfallbeseitigung, in: Bernd Herrmann (Hg.), Mensch und Umwelt im Mittelalter, Wiesbaden 1996, S. 150-159, hier S. 151.

⁵ Von dem im 18. Jahrhundert entwickelten Leibstuhl mit integrierem Nachttopf herrührende Bezeichnung.

⁶ Roy Palmer, Auch das WC hat seine Geschichte, München 1977, S. 11.

⁷ Jacob Blume, Von Donnerbalken und innerer Einkehr. Eine Klo-Kulturgeschichte, Göttingen 2002, S. 59, 134.

⁸ Coturnix, Erbauliche Enzy-Clo-Pädie. Kulturgeschichte eines verschwiegenen Örtchens, München 1979, S. 19.

das praktische Geschirr, auch „Nachtvase“ genannt, nach dem Gebrauch – gezielt oder fahrlässig – aus dem Fenster entleert worden sein, was den Gang durch die Straßen gefährlich machte. Die misslichen Vorkommnisse, von Künstlerhand vielfach überliefert, haben bis heute der Abrundung des Bildes vom glücklich überwundenen „finsternen Mittelalter“ zu dienen und schafften Befriedigung über den erzielten Fortschritt. Die Bewohner früher Städte erkannten rechtzeitig die Vorteile gemauerter Abtritte neben, hinter oder auch in den Häusern, was durch archäologische Grabungen bewiesen werden konnte. Das erst spät entwickelte Sitzen auf kreisförmig oder oval ausgeschnittenen, über der Güllegrube montierten Brettern, entkrampfte die Haltung zwar, schuf aber – bedingt durch die unzureichende Fallhöhe – neue Bedrohungen von unten; zudem wurde noch lange experimentiert, auch auf dieser Neukonstruktion die bewährte Hockstellung beizubehalten.⁹

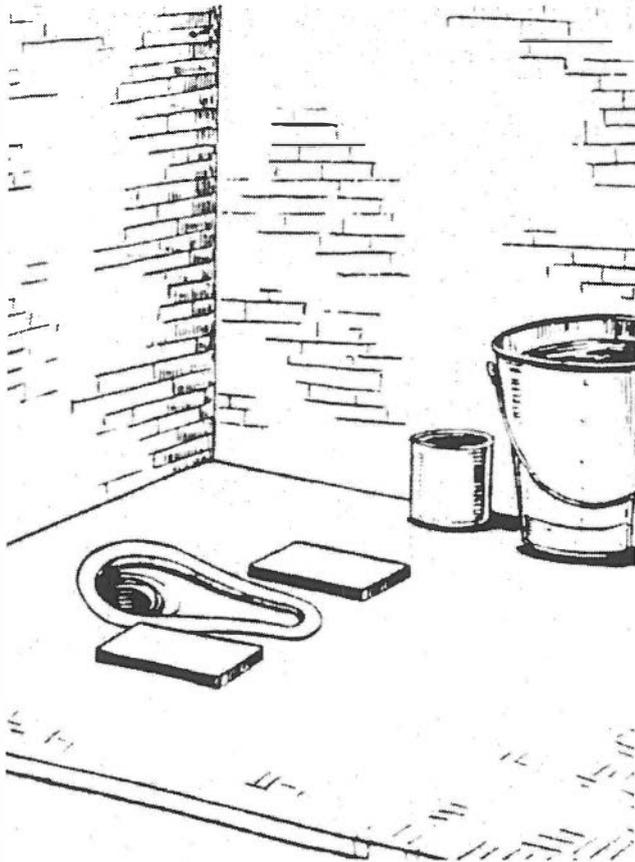


Abb. 2: Diese in einigen Gegenden noch gebräuchliche, gute Kondition voraussetzende Lokalität der Verrichtung bewahrt (und verlangt) die historische Hockstellung. Der ursprünglich bescheidene Standard wurde fallweise durch den Einbau eines Spülkastens verfeinert, wodurch ein Nachgießen von Wasser entfiel.

Behördlicherseits wurde früh auf eine ordentliche Abdichtung der Aborte gesehen, um dem Versickern

⁹ Auch der heutige Stand der Sitzdebatte bedarf weiterer Klärung.

schädlicher Stoffe ins Grundwasser vorzubeugen. Dem Nürnberger Baumeister Tucher, der über ein „heimlich Gemach“ im Hinterhaus verfügte, verdanken wir gewissenhafte Aufzeichnungen über die getätigten Unterhaltsmaßnahmen. Im Jahre 1508 ließ er die Grube, welche „9 Fuß lang, 8 Fuß breit und 13 Fuß tief“¹⁰ maß, von zwei Leuten gründlich entleeren, was diese in zehn Stunden mit 23 Karrenladungen bewältigten; eine Maßnahme, die dann wieder sieben Jahre vorhielt.¹¹ Die abtransportierten Ausscheidungen wurden wie üblich zur Düngung der Gärten und Äcker eingesetzt.

Die sorgsame Untersuchung mitteleuropäischer Kloaken durch eine selbstlose Wissenschaft erbrachte recht überzeugende Ergebnisse, indem sie der Forschung die „Rekonstruktion von Lebensbildern der mittelalterlichen Stadt“ ermöglichte; die Schürfarbeit in den Latrinen erschloss auch, begünstigt durch das der Fundstätte eigene „feuchte Liegemilieu“, neue Möglichkeiten, der Ernährungsvielfalt unserer Vorfahren auf die Spur zu kommen.¹²

Gelegenheit zur Erleichterung im öffentlichen Raum der Stadt bot sich im notfalls erreichbaren Unterholz, in weniger einsehbaren Nischen des innerstädtischen Bereichs oder an Hauswänden,¹³ ein Brauchtum, das sich bis heute behaupten konnte. Das Aufsuchen spezieller, von der Obrigkeit nach antikem Vorbild errichteten Bedürfnisanstalten blieb dem bedrängten Bürger noch lange verwehrt. Zufluchtsorte dieser Art entstanden im Herzen Europas erst im 19. Jahrhundert; es waren freilich Vergünstigungen, die zunächst nur Männern eingeräumt wurden. Erst später (in Bochum nach 14 Jahren) wurde das Angebot – wohl auf Grund neuer Erkenntnisse – auch auf Frauen ausgeweitet.¹⁴

Obschon gegen Ende des 19. Jahrhunderts der rauschende Kulturfortschritt des schon im 18. Jahrhundert im englischen Königreich entwickelten¹⁵ Wasser-Klosetts auch auf dem Kontinent seinen Durchbruch erfuhr, überlebten die urtümlichen Verfahren der Defäkation (med.) gute und weniger gute Zeiten bis tief ins 20. Jahrhundert hinein. Reisen in gar nicht so ferne

¹⁰ Nach dem fränkischen Fuß (0,304 m) hatte die Grube ein Fassungsvermögen von 26,296 Kubikmeter. Fritz Verdenhalven, Alte Maße, Münzen und Gewichte aus dem deutschen Sprachgebiet, Neustadt an der Aisch 1968, S. 24.

¹¹ Horst Vetten, ... über das Klo. Ein Thema, auf das jeder täglich kommt, Berlin/Wien 1983, S. 38.

¹² Bernd Hermann, Parasitologische Untersuchung mittelalterlicher Kloaken, in: Bernd Hermann (Hg.), Mensch und Umwelt im Mittelalter, Wiesbaden 1996, S. 160-169, hier S. 160.

¹³ 1876 beklagten Bochumer Stadtverordnete, dass Beschmutzungen der Hauswände durch Wildpinkler trotz Strafandrohungen kaum zu ahnden seien. Märkischer Sprecher Nr. 167, 26. Juli 1876.

¹⁴ Hans Joachim Kreppeke, Was „Einige zum Comfort, Andere zum Bedürfnis“ rechnen, in: Bochumer Zeitpunkte Nr. 8/2000, S. 24-26, hier S. 25.

¹⁵ Palmer, Auch das WC (wie Anm. 6), S. 116.

Länder entmutigten manch gutwilligen Europäer, und sein Glaube an die Angleichung der Verhältnisse nahm Schaden, wenn im Falle der Not ein Haltegriff nicht zur Stelle war, um der in den Boden eingelassenen Öffnung das Seine anzuvertrauen. Nur höchste Konzentration bewahrte den Untrainierten vor empfindlichen Zerrungen.¹⁶

Umwelt und Gesundheit

Wohl stellten zu Beginn der Neuzeit Städtegründungen, menschliches Wirtschaften und der allmähliche Ausbau von Verkehrswegen Eingriffe in die Natur dar, doch konnten Umwelt-Probleme, die sich zu einer deutlichen Beeinträchtigung der Lebensqualität summieren hätten, in den zunächst kleinen Ansiedlungen kaum entstehen; sie in Relation zu heutigen Erkenntnissen und Notwendigkeiten zu setzen, verbietet sich. Das Wirken der Natur erfuhr der Mensch als etwas Gefährliches, dem Tag für Tag zu begegnen war, wenn man überleben wollte. Fauna und Flora sorgten – wenn alles gut ging – für Speise und Trank, die Unbilden der Witterung aber bedeuteten nicht abreißende Bedrohungen durch Sturm, Frost, Dürre und Überflutungen. Die (heutige) Forderung, die dem Menschen – so meinte man – feindlich gesonnene Natur zu schützen, wäre nicht verstanden worden.¹⁷

Erst das starke Anwachsen der Städte – in unserer Region in der Phase der Industrialisierung ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – ließ Beschwerden und Sorgen aufkommen, die ein Umsteuern bisheriger Gewohnheiten erforderlich machten. Der Anstieg der Emissionen durch Bergbau und Stahlindustrie, deren Erstarken von der Mehrzahl der Menschen als Fortschritt und Chance begriffen wurde, das Absinken der Wasserqualität und das bedrohliche Vordringen von Seuchen, besonders der Cholera, machten letztlich ein Eingreifen der Obrigkeit unabdingbar. Dass im Übrigen umfassende Sauberkeit ein anzustrebender Zustand sei, dass zwischen dessen Vernachlässigung und dem Auftreten von Krankheiten ein Zusammenhang zu sehen sei, galt zumindest seit der frühen Neuzeit als relativ gesichert, wenngleich der wissenschaftliche Beweis noch ausstand.¹⁸

Seit der Antike und bis ins 19. Jahrhundert hinein dominierte die Miasmen-Theorie das medizinische Denken und Handeln, die Lehre von der Übertragung von Krankheiten durch giftige – aus Fäulnisprozessen

entstandenen – Ausdünstungen.¹⁹ Den Auswirkungen infektiöser Gase wurden besonders die seit dem Mittelalter in Europa in immer neuen Schüben auftretenden Seuchen – vornehmlich Pest, Typhus, Pocken und Cholera – zugeschrieben. Max von Pettenkofer (1818-1901) schuf das Fundament einer neuzeitlichen Hygiene, indem er der Beschaffenheit des Grundwassers und des Bodens die entscheidende Rolle bei der Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten zuwies, ohne allerdings von der Miasmen-Lehre abzulassen. Erst seinem Gegenspieler Robert Koch (1843-1910) gelang der Durchbruch in der Bekämpfung von Seuchen, indem er lebende Mikroorganismen als Ursache infektiöser Krankheiten nachwies. Im Jahre 1882 entdeckte Koch das Tuberkelbakterium, 1883 fand er den entsprechenden Beleg für die Entstehung der gefürchteten Cholera.

Die Aufsehen erregenden Entdeckungen eröffneten nicht nur der Medizin neue Möglichkeiten zur Bekämpfung von Seuchen, sie veränderten darüber hinaus auch das allgemeine Hygienebewusstsein, veranlassten letztendlich auch Korrekturen an der behördlichen Gesundheitspolitik. Die neuen Erkenntnisse erzwangen – das wurde allmählich klar – eine grundsätzliche Neuausrichtung der Sauberhaltung des öffentlichen und privaten Raumes und den Aufbau einer effizienten, am Ende kommunal gesteuerten Abfallbeseitigung, die auch die nicht mehr allein dem Bürger anzulastende Wegschaffung der Fäkalien einschloss.

Die Situation in Bochum

Die Behörden in Bochum achteten auf Reinlichkeit und die Erhaltung guter Luft im Stadtgebiet. Sie waren bemüht, die infolge der Tierhaltung unvermeidlichen, aber ein wertvolles Gut darstellenden Düngerhaufen, die wegen des leichteren Abtransports gerne vor und neben den Häusern platziert wurden, ins Hintergelände zu verbannen. Der Viehbestand, der auch in der anwachsenden Stadt Bochum nur langsam abnahm, hatte die häusliche Umfriedung nicht zu verlassen; vergnügte sich also nicht – wie gerne beschrieben – auf Straßen und Plätzen. Aus den überlieferten, höchst präzise gefassten und streng gehandhabten, die Straßen und Abtritte Bochums betreffenden Reinhaltungsvorschriften und Strafandrohungen eine übermäßige Verschmutzung, gar eine Verwahrlosung der Stadt herzuleiten, wäre ein unpassender Rückschluss, der sich ebenso verbietet, wie das Projizieren hygienischer Gewissheiten von heute in den beschwerlichen Alltag unserer Vorfahren.²⁰

¹⁶ Blume, Donnerbalken (wie Anm. 7), S. 181.

¹⁷ Der mittelalterliche Raubbau am Wald, der zu großer Holzknappheit führte, soll hier nicht näher betrachtet werden.

¹⁸ Richard van Dülmen, Kultur und Alltag in der Frühen Neuzeit, Bd. 2: Dorf und Stadt 16.-18. Jahrhundert, München 1999, S. 243.

¹⁹ Miasma (griechisch Befleckung).

²⁰ Thomas Rommelspacher, Kehricht, Abfall, Abwasser und Fäkalien: Die Regulierung der Stadthygiene in Essen 1850 bis 1920, in

Wann hierorts Lokalitäten zur Verrichtung der Notdurft neben, hinter oder (seltener) in den Häusern etabliert wurden, ist nicht belegt. Die frühesten erhaltenen Verordnungen, die die Reinlichkeit Bochums betrafen, sind aus dem 17. Jahrhundert überliefert. Sie widmeten sich vorwiegend dem passablen Zustand der Straßen; die Anlage von Latrinen blieb privater Umsicht überlassen. Allerdings hieß es in der vor 1678 erschienenen „*Gerichts- und Polizeyordnung der Stadt*“: „*Wer ein neu heimlich Gemach anlegt, soll von seines Nachbarn Grunde 7 Fuß weichen.*“²¹ Die Ausstattung dürfte bescheidenen Anforderungen entsprochen haben. Um dem ungehemmten Urinieren im öffentlichen Raum entgegen zu wirken, installierte der Bochumer Magistrat 1876 auf dem Alten Markt die erste öffentliche Bedürfnisanstalt; er tat dies nicht ohne Wehklagen über die anfallenden Bau- und Folgekosten. Im Übrigen fanden sich städtische Behörden (nicht nur in Bochum) erst spät und sehr zögerlich bereit, Aufgaben, die über die gewohnten Ansprüche des Bürgers hinausgingen, zu übernehmen. Die innerstädtische Sauberkeit war von altersher dem alleinigen Einsatz der Bewohner verordnet gewesen, und es währte lange, bis die Obrigkeit weitergehende Aufgaben übernahm und beanspruchte.²²

„*Wer am Morgen die Stadt betritt, der begegnet sicher zuerst dem Stadtvieh.*“ Gustav Freytag beschrieb den Alltag deutscher Städte in vielen Details und er tat dies mit Sympathie und ohne Überheblichkeit.²³ Auch in Bochum erhielt sich manch alte Gewohnheit bis ins 19. Jahrhundert. Bis 1870 entlastete der Kuhhirte die ihrem Gewerbe nachgehenden Stadtbürger, indem er ihnen morgens das Vieh auf die Weiden im Norden der Stadt brachte und es abends in die Stallungen zurückführte. Dass dieser Vorgang auf den Straßen der Stadt auch Spuren hinterließ, war ein vertrauter Sachverhalt, an dem nichts zu bemängeln war.

Die von Karl Arnold Kortum 1790 gezeichnete Karte von Bochum²⁴ zeigt ein Stadtbild, das durch beträchtliche Grünflächen aufgelockert und umsäumt wird, was einer gesunden Durchlüftung der Wohnareale gut tat. Auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wies Bochums innerer Bereich noch beträchtliche Freiflächen auf. Trotz dichter werdender Bebauung durchzogen Gärten den Stadtkern. Staatsanwalt zur Nedden, der

über beachtlichen Grundbesitz verfügte, annoncierte 1862 Gärten „*auf dem Rott, zwischen der Friedrichstraße*“ (jetzt Kortumstraße) „*und dem Wege in den Griesenbruch*“ zur Neu- bzw. Wiederverpachtung; letzteres allerdings mit der Einschränkung, dass die bisherigen Pächter „*ihre Verpflichtungen vollständig erfüllt haben.*“²⁵



Abb. 3: In Bochum (hier der Weilenbrink) waren die Hauseigentümer bzw. ihre Mieter bis 1894 an drei Tagen in der Woche zur Reinhaltung ihrer Straße „bis zur Mitte derselben“ sowie des Bürgersteigs (falls vorhanden) verpflichtet, wobei der Unrat „dem Nachbar nicht zugekehrt werden“ sollte.

Die im Stadttinnern an der Straße recht eng geschnittenen Grundstücke verfügten oft über ansehnliche Tiefen, die als Gärten genutzt wurden. Maria Marckhoff (* 1868) beschrieb den großelterlichen Gasthof an der Bongardstraße²⁶ so: „*Es war ein großes Anwesen, das Haus weitläufig, die Gärten stießen fast bis an die*

Klaus Wysotzky/Michael Zimmermann (Hg.), *Selbstverständlichkeiten. Strom, Wasser, Gas und andere Versorgungseinrichtungen: Die Vernetzung der Stadt um die Jahrhundertwende*, Essen 1997, S. 156-171, hier S. 156.

²¹ Karl Arnold Kortum, *Nachricht vom ehemaligen und jetzigen Zustande der Stadt Bochum*, Nachdruck der Ausgabe von 1790, Bochum, 1990, S. 91, Art. 29.

²² Dirlmeier, *Lebensbedingungen* (wie Anm. 4), S. 151.

²³ Gustav Freytag, *Bilder aus der deutschen Vergangenheit*, Gütersloh 1998, Bd. 1, S. 232.

²⁴ Kortum, *Nachricht* (wie Anm. 21), Anhang.

²⁵ Märkischer Sprecher Nr. 124, 25. Oktober 1862.

²⁶ Gasthof Grimberg, Haus-Nr. 239/Bongardstraße 24, im jetzigen „City Point“-Komplex.

Brückstr.“²⁷ Die sich in dieser Zeit schon deutlich über den alten Stadtkern ausdehnende Bebauung ging in Richtung der Nachbargemeinden unmittelbar in Wiesen- und Ackerflächen über, die sich mehrheitlich im Besitz der Bochumer Mittel- und Oberschicht befanden, von dieser auch noch lange selbst bewirtschaftet oder verpachtet wurden. Diese vor der Stadt gelegenen Ländereien gerieten sehr bald ins Blickfeld der aufkommenden Industrie, die Freiflächen dringend benötigte.

Eine merklich dichtere Bebauung wies allerdings die Gegend südlich des zwischen dem Beck- und Brücktor fließenden Gerberbaches auf, wo das Hämmern der Walkmühlen und die beim Gerben entstehenden, höchst unangenehmen Abfälle und Gerüche zu einer Minderung der Wohn- und Lebensqualität geführt hatten. Der möglichen Beeinträchtigung der Brunnen galt die besondere Sorge der Behörden. Dem (vorläufig) mehr vermuteten, als bewiesenen Vorwurf der Verseuchung des Trinkwassers versuchte das Gewerbe zu begegnen, indem es die in den Werkstattboden eingelassenen, bis zu zwei Meter tiefen Gruben zur Aufnahme der Lohbrühe mit Eichenbohlen verkleidete und mit Lehm abdichtete. Die Gerber selbst waren trotz lederner Schürzen, Handschuhen und Kopfbedeckungen bei Verletzungen recht unangenehm, nicht ungefährlichen Infektionen der Haut ausgesetzt.²⁸

Der Wegfall der Weidemöglichkeit auf der kleinen Vöde zwischen der Castroper- und Bergstraße durch die 1870 begonnene Anlage eines Stadtparks, hatte die Milchviehhaltung in Bochum zwar vermindert, aber Schweine, Ziegen, Kaninchen und Hühner verblieben in der Stadt; ihre Aufzucht wurde sogar ausdrücklich gefördert.²⁹ Pferde waren in Landwirtschaft, Gewerbe und Transportwesen noch lange unentbehrlich, trotz des 1860 eröffneten Bahnhofs auch zur Personenbeförderung. Der aufs städtische Pflaster fallende hochwertige Dung wurde nur bedingt als Verunreinigung wahrgenommen und von Gartenbesitzern bis in die dem Zweiten Weltkrieg folgenden Notjahre dankbar aufgenommen und in die Gärten getragen. Die überkommene städtische Agrikultur regulierte, so darf festgestellt werden, in idealer Weise die Verbringung und Verwertung organischer Abfälle, die an Haustiere verfüttert oder, zusammen mit Kehrlicht, Asche und Fäkalien, als be-

²⁷ Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund: S 8 7/7. Grimberg Heinrich. Aufzeichnungen seiner Tochter Maria Marckhoff, o. O., 1933, S. 1.

²⁸ Volker Zimmermann, Ansätze zu einer Sozial- und Arbeitsmedizin am mittelalterlichen Arbeitsplatz, in: Bernd Hermann (Hg.), Mensch und Umwelt im Mittelalter, Wiesbaden 1996, S. 140-149, hier S. 145.

²⁹ Zu jeder Wohnung der 1865-1867 errichteten Kolonie Stahlhausen des Bochumer Vereins gehörten ein Garten und eine Stallung; 1913 gründete die Stadt Bochum an der Ziegelstraße (Gersteinring) als Anschauungsobjekt zur Förderung der Tierzucht eine „Kleintierfarm“, die bis zum Zweiten Weltkrieg bestand.

gehrter Dünger den Grünflächen zugeführt wurden. Die den Bewohnern vertraute, noch lange selbstverständliche Nutztierhaltung diente, wie der Garten- und Landbau, auch im städtischen Umfeld einer möglichst weitgehenden Selbstversorgung und der gewohnten Absicherung gegen immer wieder erlebte Krisenzeiten.

Größere Abfallmengen entstanden schon deshalb nicht, weil organische Stoffe, wie bemerkt, der Düngung und Viehfütterung dienten und das nicht Verwertbare im Ofen verbrannt werden konnte. Mit Rohstoffen jeglicher Art wusste man pfleglich umzugehen. Bevor der Bäcker und Wirt Friedrich Weusthoff die Tradition seines Standorts an der Rosenstraße in einem repräsentativen Neubau fortsetzen konnte, verkaufte er 1875 das alte zweigeschossige Fachwerkhäus „*im Ganzen auf Abbruch*“.³⁰ Das verbreitete Verfahren bedeutete, dass ein Unternehmer die noch verwertbaren, im und am Haus befindlichen Materialien wie Steine, Balken, Fliesen, Glas, Türen und Fenster ausbaute und verkaufte, so dass zu guter Letzt an Wegzuschaffendem wenig verblieb.

Auch aus heutiger ökologischer Sicht³¹ darf der Schluss gezogen werden, dass sich im frühen Bochum die Entsorgung und Verwertung der Abfälle und Exkremente im städtischen Alltag mit seiner Nähe zu Gartenbau und Landwirtschaft recht günstig darstellten. Gestört wurde dieses Gleichgewicht erst durch den in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rapide einsetzenden Bevölkerungszuwachs, die damit einhergehende dichtere Bebauung, die Verminderung der Wasserqualität und das vermehrte Auftreten epidemischer Krankheiten. Der lange im Raum stehende Verdacht eines Zusammenhangs zwischen der Sauberkeit im privaten und öffentlichen Raum, der Gefährdung des Trinkwassers und dem Ausbrechen ansteckender Krankheiten wurde in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts schließlich zur beunruhigenden Gewissheit.

Die Cholera

Die erstmals 1831 von Indien nach Europa eingedrungene, epidemisch auftretende Cholera, die in den betroffenen Ländern als große „*gesellschaftliche Herausforderung*“ (Berndt) begriffen wurde, verschonte Bochum nicht. 1849 trat die Krankheit zum ersten Mal in Erscheinung und diese Zeit, „*in welcher der Tod wie ein Würgengel umherging*“, stellte die zwei Schwestern der 1847 gegründeten Elisabethen-Anstalt im Weilenbrink

³⁰ Haus-Nr. 187/Rosenstraße 4, jetzt: Bongardstraße 35, „Mutter Wittig.“

³¹ Der Begriff Ökologie wurde 1866 von dem Biologen Ernst Haeckel eingeführt.

vor ihre erste große Aufgabe.³²

Weitaus bedeutendere Auswirkungen zeitigte das zweite Auftreten der Krankheit in Bochum. Nachdem in den ersten drei Monaten des Jahres 1866 eine Pocken- und Masern-Epidemie bis zu vier Todesopfern täglich gefordert hatte, kam die Cholera im Juli des Jahres im Gerberviertel zum Ausbruch. Bis zum Oktober befiel die Krankheit 230 Menschen, von denen 86 verstarben.³³ Bürgermeister Greve erinnerte die Einwohner daran, die in der Bauordnung zur „Beseitigung der ekelregenden und gesundheits-schädlichen Ausdünstungen“ für sämtliche Abtritte vorgeschriebene Ausmauerung und luftdichte Verschließung der Gruben – falls noch nicht erfolgt – „bei Vermeidung der polizeilichen Execution und Strafe binnen drei Monaten herstellen zu lassen.“³⁴ Die Sanitäts-Kommission gab der Bürgerschaft bekannt, dass zur „Geruchlosmachung“ der Abtritte „denjenigen Ingeessenen, die solches wünschen“, die nötigen Desinfektionsmittel in den Apotheken – und das war neu – „für Rechnung der Stadt unentgeltlich“ zu verabfolgen seien.

Die Separierung der Kranken in ihren Wohnungen, aber auch in dem in Eile eingerichteten Choleralazarett am Schwanenmarkt, das von den Schwestern der inzwischen zur Bleichstraße verlegten Elisabethen-Anstalt mitbetreut wurde,³⁵ die Mahnungen zur Einhaltung der Sauberkeitsvorschriften im öffentlichen und privaten Raum, die Empfehlungen zu Nahrungsbereitung und Trinkwasserkonsum, alle Verhaltensmaßregeln der Sanitäts-Kommission und des Magistrats blieben im Grunde unwirksam.

Der Ausbruch der Cholera gerade im Gerberviertel, dem Wohnplatz ärmerer Schichten, schien überdies die Bestätigung der verbreiteten Ansicht zu sein, dass die unteren Bevölkerungsgruppen in ihren mangelhaften, dicht bevölkerten, womöglich unsauberen Behausungen

The advertisement is a rectangular notice with a decorative border. At the top, it reads 'Schutz gegen Cholera, anafflichen Personen besonders zu empfehlen.' Below this, it mentions awards from the 1862 and 1863 exhibitions in London and Dublin. The main title is 'Magen-Bitter „Alter Schwede“' by Philipp Greve-Stirnberg in Bonn. The text describes the product's pleasant taste and effectiveness, listing several pharmacies in Bochum where it can be purchased. At the bottom, there is a testimonial from Ferdinand Rednitz, dated July 27, 1866, praising the bitters for curing his cholera.

Abb. 4: Während der Cholera-Epidemie von 1866 wurden den Einwohnern Bochums mancherlei Ratschläge zur Stützung der Gesundheit erteilt. Dem allseits bekannten, das Wohlbefinden steigernden Magen-Bitter "Alter Schwede" wurde in Anbetracht der Gefährdung zugleich eine Schutzwirkung gegen die Cholera beigelegt.

besonders gefährdet seien. Die Armen waren freilich in doppelter Notlage, denn die Krankheit nahm ihnen nicht nur das Einkommen, ihre Mittellosigkeit minderte auch die Aussicht auf Heilung oder einen mildereren Verlauf des Leidens. Den tröstenden Worten: „Wozu sich fürchten? Wenn einer das Seinige thut, dann steht er in Gottes Hand“ gingen wohlfeile Ratschläge voran, deren Befolgung, so hieß es, vielen Mitmenschen, „welche heute die kühle Gruft umschließt“, ermöglicht hätte, „noch gesund und kräftig zur Arbeit [zu] gehen.“³⁶ Erhitzung sei zu vermeiden, aber auch Erkältung, Anstrengung und Aufregung. Für den Abend wurden wärmende Getränke empfohlen, vom Alkoholgenuss als Vorbeugungsmittel jedoch dringend abgeraten, „denn Unmäßigkeit im Genusse von Spirituosen rächt sich.“

Hier ließ sich der seit Jahrzehnten von Behörden, Geistlichkeit und anderen Aufgeklärten geführte Kampf gegen die üblen Folgen der „Branntweinseuche“ noch gut verwerten, zumal die Übertreibungen des Lasters nach altem Brauch den niederen Klassen zugeschrieben wurden. Es ist wohl mehr als eine Vermutung, dass hier

³² Geschichte der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern des hl. Vincenz v. Paul, Paderborn 1909, S. 180.

³³ Franz Darpe, Geschichte der Stadt Bochum. Neudruck der Ausgabe 1894, Bochum 1891, S. 586, Anm. 1.

³⁴ Bochumer Kreisblatt Nr. 70, 1. September 1866.

³⁵ Geschichte (wie Anm. 32), S. 181. Zeitgleich waren, zusammen mit der Augusta-Kranken-Anstalt an der Brückstraße, noch Verwundete des Preußisch-Österreichischen Krieges zu versorgen.

³⁶ Bochumer Kreisblatt Nr. 74, 15. September 1866.

der Ohnmacht der Medizin Erklärungsversuche beigegeben wurden, die die unterstellte Unsauberkeit, den Missbrauch von Alkohol, sittliches Fehlverhalten und mangelnde Gottesfurcht gar zu einem bedenklichen „Selbstschuld-Paradigma“ rundeten. Der Verlauf der Epidemie erwies, dass die Cholera sehr wohl imstande war, gesellschaftliche Grenzen zu überwinden. Der stürmische Verlauf des Leidens, die hohe Sterblichkeit der Erkrankten innerhalb weniger Tage – bei nahezu wirkungsloser ärztlicher Zuwendung – brach auch in die Sphäre der Bessergestellten ein.³⁷

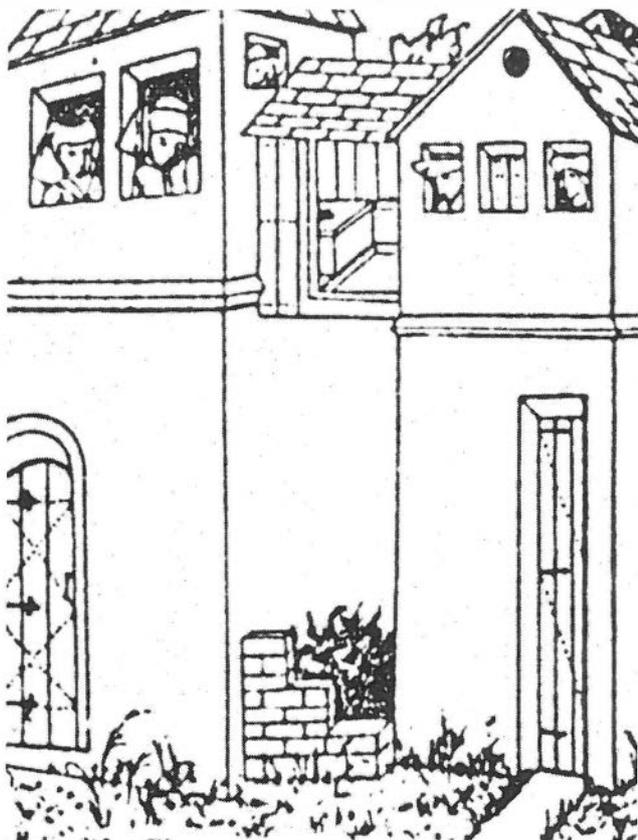


Abb. 5: In der guten alten Zeit befanden sich die schlicht gestalteten Abtritte in der Regel hinter oder neben den Häusern, angebracht über der Jauchegrube oder in Nachbarschaft zum Misthaufen; hier eine äußerst praktische Variante, die den direkten Zugang aus den oberen Wohnräumen ermöglichte.

Der harsche Ärztestreit über die Heilungschancen der Cholera brachte eine Flut von Publikationen hervor, die vom Einsatz von Brechmitteln bis zum Aderlass, vom Rösten des Kaffees zu Desinfektionszwecken bis hin zur Anwendung von Opium wenig ausließen. Da eine prekäre Lage stets auch Chancen eröffnet, erblühte im Vaterland eine wahre „Cholera-Industrie“ (Frevert), die eine bewegliche Kaufmannschaft in kürzester Zeit eine Vielzahl empfehlenswerter Produkte auf den Markt

³⁷ Ute Frevert, Krankheit als politisches Problem 1770-1880, Göttingen 1984, S. 125-135.

werfen ließ. So wurde in Bochum zur Bekämpfung des Übels der „nicht allein von Herren, sondern auch von Damen gern getrunken[e]“ Magen-Bitter „Alter Schwede“, der von einer Reihe angesehener Wirte seit langem verabreicht wurde, vermehrt beworben – nunmehr unter dem einprägsamen Leitspruch: „Schutz gegen Cholera, ängstlichen Personen besonders zu empfehlen.“³⁸

Regeln zur Sauberkeit

In Artikel 18 der von Kortum zitierten vor 1678 erschienenen „Gerichts- und Polizeyordnung der Stadt“ wird vermeldet: „Gemeine Straßen sollen reine gehalten“ und die Rennen nicht mit Mist oder Holz belegt und der Abzug des Wassers nicht verstopft werden.“³⁹ Der Übertretungsfall wurde mit 5 Mark Strafe belegt. 1835 teilte Bürgermeister von Lüdemann in einer Bekanntmachung vom 3. September mit, dass beim Wirt Falkenberg⁴⁰ das „Abfahren des Straßen-Kehrichts [...] versuchsweise“ verdingen werde. Es darf vermutet werden, dass dieses „versuchsweise“ eine Zäsur darstellte. Wohl erstmals zeigte sich die Verwaltung bereit, einen Teil der Straßensäuberung in die eigene Obhut zu nehmen, indem sie überlegte, den von den Bürgern zu kehrenden Mülls nicht mehr von diesen wegschaffen zu lassen, sondern die Abfuhr einem von der Stadt bezahlten Unternehmer zu übertragen. Über die der Kommune bei dieser Neuausrichtung ihrer Aufgaben entstandenen Kosten – wenn der Plan denn realisiert wurde – ist nichts bekannt.

15 Jahre nach dieser Bekanntmachung wurde die Reinhaltung Bochums in einem höchst informativen Regelwerk abgesteckt; dazu eine auch heute noch nachvollziehbare Verkehrsordnung für Fuhrwerke. Das am 11. März 1850 per Gesetz in Kraft getretene Reinheitsgebot für die Straßen und Abtritte Bochums wurde von Bürgermeister Max Greve am 25. November 1871 neu gefasst (vermutlich auch ergänzt) und in einer aus 25 Paragraphen bestehenden Polizei-Verordnung im Märkischen Sprecher veröffentlicht.⁴¹

Neun der wichtigsten Passagen seien hier zitiert:
„§ 1. Jeder Eigenthümer muß den vor seinem Hause, Garten und Zubehörungen belegenen Theil der Straße bis zur Mitte derselben und den Bürgersteig vor seinem Hause, auch die daran befindlichen Rinnen stets rein halten, und wöchentlich wenigstens dreimal, Dienstags, Donnerstags und Samstags, kehren lassen. Das Kehren muß während der Monate April bis October incl. vor 8

³⁸ Bochumer Kreisblatt Nr. 83, 17. Oktober 1866.

³⁹ Kortum, Nachricht (wie Anm. 21), Art. 18, S. 90.

⁴⁰ Haus-Nr. 220/Bongardstraße 5/5a, an der Einmündung der Grabenstraße in die Bongardstraße.

⁴¹ Märkischer Sprecher Nr. 142, 5. Dezember 1871.

Uhr Morgens und während der übrigen Monate vor 9 Uhr Morgens erfolgen. An Feier- und Jahrmarktstagen geschieht das Reinigen am Abende vorher. Bei trockener Witterung müssen zur Beseitigung des Staubes die Straßen vor dem Kehren mäßig mit Wasser besprengt, und nach starken Regengüssen, sowie bei dem plötzlichen Abgange des Schnees müssen alle Rinnen und Abflüsse gereinigt werden. [...]

§ 2. Der Straßenkehrer, sowie der Schlamm und Unrath aus den Rinnen und Gassen dürfen dem Nachbar nicht zugekehrt werden.

§ 3. Die Abtritts- und Düngergruben müssen so eingerichtet werden, daß der Inhalt derselben nicht nach der Straße abfließen kann.

§ 5. Aus den Häusern Flüssigkeiten zu schütten, Nachtgeschirre auszuleeren, Eis, Schnee, Scherben u.s.w. vor die Hausthür zu werfen, ist verboten, und jeder Eigenthümer oder Hauptbewohner des Hauses, vor welchem sich Scherben und andere schädliche Dinge, wodurch die Vorübergehenden sich beschädigen können, oder Unreinlichkeiten, welche Ekel erregen, vorfinden, ist verbunden, solche ohne Aufschub wegzuschaffen. [...]

§ 6. Das Besudeln der Straßen und öffentlichen Plätze mit Menschenkoth und jede sonstige Verunreinigung derselben, sowie der öffentlichen und Privatgebäude und ihrer Einfriedigungen und Umgebungen ist untersagt.

Latrinen-Reinigung.

Auf unserer Durchreise nach Bagen wird unsere Latrinen-Reinigungs-Maschine einige Tage hier arbeiten und bitten wir, etwaige Bestellungen beim Herrn Gastwirth Krampen baldigst abzugeben.

Lessing & Comp.

Abb. 6: Ab 1869 wurden den Bochumern die Vorzüge einer Entleerung ihrer Latrinen durch Unternehmerhand nahe gebracht. Die Dienstleistung wurde offensichtlich gern in Anspruch genommen; bald stieß die Geschäftsidee auf das Interesse der rund um Bochum wirkenden Landwirte.

§ 7. Das Reinigen der Abtritte darf, sofern dasselbe nicht mit der Reinigungs-Maschine auf geruchlose Weise geschieht, nur in der Nacht und zwar erst nach 10 Uhr Abends vorgenommen werden. Der Koth muß, wenn derselbe aus der Stadt geschafft wird, in völlig geschlossenen Gefäßen transportirt und sofort vergraben werden.

§ 9. Das Schlachten des Viehes auf den Straßen und Bürgersteigen ist verboten, es darf solches nur in Räumen geschehen, zu denen dem Publicum, namentlich

den Kindern, die Einsicht verschlossen ist.

§ 11. Bauschutt darf nicht von den Häusern auf die Straße geworfen werden, sondern muß in Körben oder sonstigen Behältern heruntergebracht werden.

§ 13. Crepirtes Vieh darf nicht auf die Straße oder in den Mühlbach geworfen werden. Der Eigenthümer, vor dessen Hause, Garten oder Gehöfte ein Aas liegt, muß solches sogleich fortschaffen lassen, oder solches der Polizeibehörde melden, damit dieselbe die Fortschaffung bewirken kann. Die Cadaver von kleineren Thieren ist ein jeder Hauseigenthümer wegzuschaffen und zu verscharren verpflichtet. “

Landwirte als Fäkalienentsorger

Im September 1869 erfuhren die Bochumer erstmalig aus ihrer Zeitung, dass ein privater Unternehmer bereit stünde, die bisher geübte Eigenentsorgung der menschlichen Hinterlassenschaften zu übernehmen. Die Dortmunder Firma Lessing & Comp., die mit ihrer Latrinen-Reinigungs-Maschine auch in anderen Städten tätig war, beabsichtigte, ihr nützlich Wirken auch auf Bochum auszudehnen, weshalb sie annoncierte, Anmeldungen für diese neuartige Dienstleistung beim Gastwirth Friedrich Wilhelm Krampen entgegen nehmen zu wollen.⁴² Obschon kein Hauseigentümer gezwungen wurde,

den angebotenen Service in Anspruch zu nehmen, er also auch weiterhin mit Schöpfkelle, Eimer und Jauchefass die Kloake in Eigenhilfe entleeren konnte, um das gewonnene Gut alsdann aufs Land zu bringen, könnten doch Viele – der unerfreulichen Arbeit überdrüssig – zugriffen haben, zumal auch die ansteigenden Bewohnerzahlen immer häufiger Aktionen dieser Art erforderlich machten. Über die Inanspruchnahme liegen keine Zahlen vor, doch ist es auffällig, dass knappe drei Monate später zwei Landwirte aus Bochums Umgebung den gleichen Service offerierten – sicher in Erwartung eines finanziellen Vorteils, aber wohl auch wegen des verlässlichen Düngernach-

schubs.

Die Ökonomen⁴³ Rottmann aus Grumme und Stratmann aus Harpen, die das Lessingsche Geschäftsmodell aufgriffen und mit einer eigenen „vorzüglich construirten Latrinen-Reinigungs-Maschine“ zu operieren versprochen, demonstrierten drei Tage vor dem Fest der

⁴² Ehem. Gasthof Grimberg (wie Anm. 26). Märkischer Sprecher Nr. 103, 4. September 1869.

⁴³ Ökonom = Landwirt.

Liebe durch eine verlockende Preisunterbietung marktwirtschaftliches Denken – verbunden mit lokalpatriotischen Anspielungen. Sie versprachen die Arbeit „für eine entsprechend billigere Vergütung ausführen zu lassen, als solches durch auswärtige Unternehmer geschehen kann.“⁴⁴ Ob der Unternehmer Lessing über die Pläne der verbündeten Ökonomen im Vorfeld Kenntnis genommen und ihn deren robustes Vorgehen vielleicht entmutigt hatte, ist nicht zu klären. Jedenfalls kündigte Lessing in genau der gleichen Ausgabe des Märkischen Sprechers, in der die beiden Landwirte ihren Einstieg in die Entsorgungsbranche verkündeten, seinen Ausstieg an. Er inserierte den Verkauf seiner Latrinen-Reinigungs-Maschine „nebst vollständigem Inventar mit und ohne Pferde an einen Bochumer Unternehmer oder Oekonomen für die Hälfte des selbstkostenden Preises gegen Baar, unter Umständen auch gegen Credit.“ Damit war Lessing aus dem Rennen ausgeschieden. Aber Ende 1870 vermeldete ein dritter Landwirt, Surmann aus Hamme, „den geehrten Bewohnern Bochum's“, dass er die Maschine der Firma Lessing & Comp. erworben habe und den gewohnten Service fortzusetzen gedenke. Bestellungen seien wie gewohnt beim Wirt Krampen zu tätigen.⁴⁵

Es ist nicht ersichtlich, wie lange die drei Landwirte aus Bochums Umgebung – Rottmann und Stratmann auf der einen, Surmann auf der anderen Seite – den nützlichen Service getrennt ausübten. Denkbar wäre ein baldiges Zusammengehen, zum Beispiel auch als Reaktion auf die seit etwa 1873 vermehrt geübte Kritik an der Arbeitsweise der Landwirte. Aber auch die Gründung des weit größeren Interessenverbandes der „Vereinigten Oekonomen“ könnte in diesem Zeitraum zu suchen sein, einem solidarisch agierenden Verbund von Landwirten, der sich in den kommenden Jahrzehnten zum Nutzen der Agrarflächen mit vereinten Kräften der Entsorgung der Bochumer Abtritte widmete.

Wie groß die Zahl der an dem neuartigen Angebot interessierten Hausbesitzer war, lässt sich schwer abschätzen, da alles auf eine freiwillige Inanspruchnahme abgestellt war und Eigentümern, die auf sparsames Wirtschaften bedacht waren, neben der Selbsthilfe noch andere Möglichkeiten offen standen. Im Februar 1871 inserierte ein Abgabewilliger, der vermutlich über keine eigenen Grünflächen verfügte, dass „Guter Abtrittsdünger“ im „Flasche'schen Hause auf der Schützenbahn“ kostenlos zu haben sei.⁴⁶ Ein solches Vorgehen ersparte dem Hausbesitzer die wenig reizvolle Eigenleistung, wenngleich das Verfahren nicht der bequemen maschinell beschleunigten und zeitlich zu bestimmenden Abwicklung durch geschulte Landwirte gleich kam. Aller-

dings gab die mangelnde Verlässlichkeit der Landwirte immer wieder zu Klagen Anlass.

Ab Januar 1872 übernahm der bewegliche Restaurateur Theodor Laue⁴⁷ die Annahme und Weiterleitung der Abfuhrwünsche an die Landwirte und übte diese Vermittlertätigkeit (seit Gründung der Vereinigten Oekonomen als deren Geschäftsführer) bis 1910 aus.⁴⁸ Dieser Dienst am Allgemeinwohl, über dessen Sachverhalt die Nase zu rümpfen keinerlei Anlass besteht, verschaffte Laue zusätzliche Einnahmen und seinem Lokal vermehrte Frequenz. Auch während seines gastronomischen Höhenflugs, als er zwischen April 1881 und Ende 1884 neben seiner Gaststätte noch die Bewirtschaftung des „Parkhauses“ im Stadtpark übernommen hatte, sah er keinen Grund, auf dieses Zubrot zu verzichten.

Der Gärtner und die Ökonomen

Am 20. Juli 1877 machte Adolf Ketteler – Gärtner auf Haus Goy in Altenbochum –, der von Überlegungen der Stadt Bochum erfahren hatte, die Reinigung der Dienstgebäude gegebenenfalls in eigene Regie zu nehmen, der Verwaltung das Angebot, vom 1. Januar 1878 an, für zunächst sechs Jahre, die Latrinenreinigung der öffentlichen Gebäude zum Preise von „pro Faß Latrine für 1,50 Mark“ zu übernehmen. Daran knüpfte Ketteler den Wunsch, dass ihm auch die Reinigung der beiden Bahnhöfe und des Gerichtsgebäudes übertragen werde. An eine allgemeine Fäkalienentsorgung im Stadtgebiet – und damit in Konkurrenz zu den Ökonomen – dachte er zunächst wohl nicht. Die Antwort des Magistrats ließ auf sich warten.

Am 18. November 1877 unterbreiteten die mittlerweile aus 24 Mitgliedern bestehenden Vereinigten Oekonomen dem Magistrat den Wunsch, die Reinigung der Latrinen in der Stadt Bochum in einem neuen, auf zehn Jahre laufenden Vertrag weiter ausüben zu wollen. Die Vereinigung, die mittlerweile auf Grund ihrer technischen Ausrüstung und Mitgliederstärke (was eine hohe Fäkalienabnahme-Kapazität bedeutete) eine gewisse Marktmacht – wenn auch kein Monopol – innehatte, bot die Entsorgung in den Privathäusern zum Preise von zwei Mark pro Fass an, für die öffentlichen Gebäude zu 1,50 Mark.⁴⁹

⁴⁷ Haus-Nr. 718/Viktoriastraße 17, jetzt: Deutsche Bank.

⁴⁸ Nach Laues Tod 1910 wurde Gustav Hegler, ABC-Straße 15, Geschäftsführer der Ökonomen; ab 1912 Theodor Wensing, Wiemelhauser Straße 17.

⁴⁹ StaA Bochum: B 1573 (Ein Teil der Akten ist nicht paginiert, weshalb im Text in jedem Falle das Datum angegeben ist). Das Schreiben ist unterzeichnet von den Landwirten Wintermann, Püttmann und Friemann aus Altenbochum, Höhne aus Grumme, Hackert aus Wiemelhausen, Knoop gt. Ternedden aus Weitmar und Surmann aus Hamme.

⁴⁴ Märkischer Sprecher Nr. 149, 21. Dezember 1869.

⁴⁵ Bochumer Kreisblatt Nr. 13, 29. Januar 1870.

⁴⁶ Bochumer Kreisblatt Nr. 19, 14. Februar 1871.

Mit Schreiben vom 19. Januar 1878 erklärte Ketteler, der noch keine Zusage der Stadt Bochum bezüglich der öffentlichen Gebäude in Händen hatte, dass er ab dem 23. Januar mit der Latrinenreinigung im Stadtgebiet beginnen und zum gleichen Preis arbeiten werde wie „die andere Gesellschaft“, wobei zu beachten sei, dass seine „Fässer zwei Hektoliter mehr fassen“ würden. Er hoffe, dass er der bestehenden Gesellschaft, „die Vieles anbietet, um mich zu verdrängen“, nicht weichen müsse, denn „die Konkurrenz wäre dadurch wohl auf lange beseitigt“. Adolf Ketteler erhielt mit Schreiben des Oberbürgermeisters vom 24. Januar 1878 auf unbestimmte Zeit den Zuschlag für die Latrinenentleerung in den öffentlichen Gebäuden mit der Ermahnung: „daß Sie die Arbeit pünktlich ausführen und pro Faß 1,50 Mark in Rechnung stellen. Eine Garantie für eine bestimmte Zeit können wir nicht übernehmen.“

Am 23. Januar 1878 begann Ketteler – mit dem Hinweis auf seine größeren Fässer – auch mit der Reinigung im Stadtgebiet; Bestellungen erbat er per Postkarte oder bei seinem Maschinenmeister Meinerz, Herner Straße 19. Vermutlich von der Konkurrenz in die Enge getrieben, annoncierte Adolf Ketteler am 31. März 1878, dass er seine Latrinenreinigung von nun an unentgeltlich (!) ausüben werde. Dies bedeutete, dass ihm nur die Einnahmen aus der Reinigung der öffentlichen Gebäude verblieben, während er die Abfuhrkosten für den privaten Sektor wohl aus dem Verkauf des Düngers decken zu können glaubte. Per Schreiben vom 21. Juni 1878 musste Ketteler dem Magistrat jedoch offenbaren, dass er „die unentgeltliche Latrinen-Reinigung nicht weiter fortsetzen“ könne, „sondern pro Faß 1 Mark erheben“ müsse, „um bestehen zu können.“

Wie es aussieht, stellte Ketteler bald darauf die Reinigung der privaten Abtritte im Stadtgebiet ein. Die Vereinigten Oekonomen starteten alsdann einen neuen Vorstoß, um der lästigen Konkurrenz zuzusetzen, indem sie dem Magistrat ihre Dienstleistung für die öffentlichen Gebäude der Stadt ab dem 1. April 1879 zum KampfpPreis von 0,75 Mark offerierten, was ihnen allerdings die Antwort eintrug, „daß der Gärtner Ketteler mit der Latrinen-Reinigung betraut“ sei. – Am 26. April 1880 bat Ketteler, die diesjährige Düngung des Stadtparks ausführen zu dürfen, da er die entsprechenden Apparate zur Verfügung habe und die Arbeit auch „billiger und genügender“ ausführen könne. Er bekam den Zuschlag.⁵⁰

Mit dem Rückgang der Entleerung der privaten Abtritte in Selbsthilfe hatten seit den 1870er Jahren mehr und mehr die großkalibrigen – von Pferden gezogenen – Latrinen-Reinigungs-Maschinen zur Absaugung der Kloaken das werktägliche Straßenbild verschönt. Zwei Arbeiter bedienten über Schwungräder die Pneumatik der Anlage⁵¹ und waren in der Lage, den auf einem Wagen montierten Jauchekübel von beispielsweise 1.400 Litern Inhalt in etwa zehn Minuten zu füllen.⁵² Zwischen der Pumpe und dem Fasswagen war ein kleiner mit Koks befeuerter Ofen in Tätigkeit, der die sich bildenden Gase an Ort und Stelle verbrannte. Zum Arbeitszug – hierorts „Bochumer Artillerie“ genannt – gehörte noch der Schlauchwagen mit einem Aktionsradius von 30 Metern.

Die Klagen über die Begleitumstände der Entsorgung rissen nicht ab. In einem Leserbrief von 1873, der sich mit den mangelhaften Zuständen bei der Reinigung der Aborte beschäftigte, bemerkte der Schreiber, dass der „Besorger der Reinigung der Latrinen der Stadt seine Pflicht in sehr lässiger Weise“ wahrnehme. Es würden oft Wochen verstreichen, „ehe ein an ihn gerichtete Aufforderung um Reinigung einer Latrine Erfolg“ habe. Es sei dabei doch zu bedenken, dass das „Geschäft der Latrinen-Reinigung ein sehr lucratives“ sei, denn der Unternehmer erhalte für die Abfuhr einer Tonne „einen Thaler, und kann ihren Inhalt dann um einen gleichfalls hohen Preis an die Oekonomen und Gärtner der Umgegend weiter verkaufen.“ Hauseigentümer und Mieter gäben nicht nur Geld dafür aus, „daß der Unternehmer in den Besitz massenhafter Düngstoffe“ gelange, sondern sie müssten sich, „auch wenn die Latrinen überfließen“, in Geduld üben, bis es dem Herrn Unternehmer beliebe, tätig zu werden. Wenn derselbe „seinen Obliegenheiten nicht alsbald besser als bisher“ nachkomme, sei es dringend geboten, „daß die städtische Behörde diese Angelegenheit mit Ernst und Entschiedenheit“ selbst in die Hand nehme.⁵³ Letztere Bemerkung des Einsenders wirft (erstmalig?) die Frage auf, ob es – in der Hoffnung auf ein besseres Funktionieren – nicht vorteilhaft sein könne, die Abfuhr einer kommunalen Einrichtung zu übertragen.

Gerade die Landwirte selbst wussten um die Diskrepanz zwischen dem gleichmäßigen Anfall des Produkts und der jahreszeitlich schwankenden Verwertbarkeit. Man sehe durchaus die Schwierigkeiten einer besseren Ausschöpfung der „städtischen Düngstoffe, namentlich der Fäcalien für die Landwirthschaft“, besonders hin-

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Später wurde auch Dampfkraft eingesetzt.

⁵² Die Angaben beziehen sich auf die Offerte der „Fahrendeller Hütte.“

⁵³ Märkischer Sprecher Nr. 81, 27. Mai 1873.

sichtlich einer gleichmäßigen saisonunabhängigen Abfuhr „dieser Massen aus großen Städten“, beklagte der „Deutsche Landwirtschaftsrath“ auf seiner Plenarsitzung am 28. Februar 1877 in Berlin. Die Landwirte sähen sich dem ständigen Vorwurf ausgesetzt, sie nähmen „den Dünger nicht rechtzeitig“ entgegen. Hier könne nur der Transport des kostbaren Gutes über die engere Umgebung der großen Städte hinaus helfen. In dieser Hinsicht leiste die Königlich Württembergische Staatsbahn „zum Segen Stuttgarts und des Ackerbau's im Königreich“ seit zwei Jahren Vorbildliches, indem sie jetzt schon „1000 bis 1300 Centner Latrine“ jährlich in praxisgerecht ausgestatteten Kübelwagen abfuhr.⁵⁴

meinte Mummenhoff, dass „von den Bürgern bedeutende Beträge an eine Privatgesellschaft“ zu zahlen seien, „welche namhafte Dividende vertheilt. Es können die aus der Einrichtung eines eigenen Fuhrparks entstehenden Vortheile wohl besser der Stadtkasse und somit der ganzen Bürgerschaft zu Gute kommen.“⁵⁵

Eine „mit dem Oberbürgermeisteramte Essen gepflegte Correspondenz“ habe ihn, schrieb Stadtbaumeister Bluth am 15. Dezember 1880 an den Magistrat, darin bestärkt, dass eine kommunale Latrinenabfuhr in Bochum wohl „möglich und finanziell unbedenklich“ sei, wenn es gelänge, eine genügende Zahl teilnehmender Bürger, die eine mehrjährige Abnahme garantierten, zu gewinnen. An eine gesetzliche Verpflichtung des Bürgers zur Inanspruchnahme dieser kommunalen Ein-



Latrinen-Reinigungs-Maschinen

sowie complete Einrichtung zum geruchlosen Entleeren von Latrinen, Senken, Farbküpen etc.

Abb. 7: Das mühsame Ausheben der Jäuchegruben in Eigenleistung entfiel durch den Einsatz der einige Jahrzehnte das Stadtbild verschönernden - angeblich „geruchlos“ arbeitenden - Latrinen-Reinigungszüge (hier ein Modell der Firma Windscheid, Düsseldorf). Der pneumatische Antrieb wurde später durch Dampfkraft ersetzt.

Städtische Latrinenreinigung?

Die Kosten der Fäkalienabfuhr und eine von saisonalen Schwankungen unabhängige verlässliche Abfuhr waren die Hauptpunkte, an denen sich in Bochum (und anderswo) immer wieder Kritik entzündete. Am 29. Mai 1877 unternahm der engagierte Bürger Wilhelm Mummenhoff per Brief an das Stadtverordneten-Kollegium einen Vorstoß, den Magistrat zur Einrichtung eines „eigenen städtischen Fuhrparks“ zu bewegen, den er sich für die Abfuhr des Straßenkehrichts und der Abfälle, aber auch für die Latrinenreinigung vorstellen könne; zuvor hatte er Informationen über die Gegebenheiten in der Nachbarstadt Essen, die eine städtische Entsorgung etabliert hatte, eingeholt. Es sei für ihn nicht einsehbar,

richtung dachte Bluth noch nicht. Die Leerung der Latrinen solle durch eine noch zu beschaffende stadteigene Maschine erfolgen, die Abfuhr selbst könne, unter Ausschaltung der Ökonomen (!), von privaten Unternehmern übernommen werden – eine Überlegung, die den angestauten Ärger über die Arbeitsweise der Landwirte deutlich zum Ausdruck brachte. Der Verkauf der Fäkalien durch die Kommune käme der Stadtkasse zugute, was sich in Essen überzeugend rechne. Zu bemerken sei allerdings, dass es zur Kompensierung der saisonal ungleichen Nachfrage nach Düngstoffen erforderlich sei, ebenso wie in Essen, „an einigen Punkten der Stadt Senkgruben anzulegen, um den Dünger in ungünstigen Jahreszeiten zu asserviren.“⁵⁶

⁵⁴ Wie Anm. 49.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ StaA Bochum: B 1571.

Hermann Bluths Anregungen wurde (zunächst) nicht entsprochen; man wolle, so die Antwort des Magistrats, geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Latrinenabfuhr treffen, die Unternehmer zum Gebrauch geruchlos arbeitender Apparate anhalten und dieses auch kontrollieren. Hartnäckig am Thema verbleibend, schrieb Bluth am 15. August 1881, die Maschinen der Ökonomen seien in der Regel weit davon entfernt „geruchlos“ zu arbeiten, weshalb eine gründlichere Überprüfung der Gerätschaften unumgänglich sei. Er empfehle erneut, eine stadteneigene Latrinen-Reinigungs-Maschine anzuschaffen und diese an einen Unternehmer mit der Verpflichtung zu vermieten, „diese Entleerungsapparate lediglich zur Entleerung der Latrinen der städtischen sowie etwa der Sparkasse gehörigen Häuser und der Schulgrundstücke zu verwenden.“ Eine anderweitige Benutzung der Maschine solle ihm nicht gestattet werden. Hinsichtlich der Preisgestaltung müsse dieser Unternehmer zu „den sonstigen Interessenten in Konkurrenz treten“; auch habe er dann die jährliche Düngung des Stadtparks auszuführen, wozu man letzthin Maschinen des „Bochumer Vereins“ habe ausleihen müssen.⁵⁷ Der Anschaffung einer städtischen Latrinen-Reinigungs-Maschine stimmten die Stadtverordneten zu.

Am 28. März 1883 wurde die Fertigstellung der bestellten Maschine bekannt gegeben. Die von der Bochumer Firma „Fahrendeller Hütte Hartmann & Würzburger“ entwickelte Apparatur entspreche höchsten Ansprüchen und werde – um reibungslos arbeiten zu gewährleisten und Belästigungen zu verringern – mit drei Jauche-Abfuhrwagen geliefert. In der Offerte der Firma an die Stadt Bochum vom 5. Dezember 1882 hatte es (auszugsweise) geheißen: „Unter höflich. Bezugnahme auf die neuliche Unterredung offerieren wir Ihnen: 1 pneumatische Latrinenreinigungsmaschine nach beiliegender Zeichnung mit eisernem Wagengestell & aufmontirtem Haspel für die Schläuche, 30 laufende Meter Spiralschlauch von 80 mm lichter Weite mit 2 Rothgußschlauchverschraubungen. 3 Abfuhrwagen mit eisernem Wagengestell & eisernen Kesseln von 1400 Liter Inhalt (nach Zeichnung) alles complet zum Gesamtpreise von Mk. 4000,-. Wir sichern Ihnen saubere und exacte Ausführung zu & bitten Sie, uns den Auftrag gütigst zuzuwenden zu wollen.“⁵⁸

Die jetzt mit einer eigenen Maschine durchzuführende Entsorgung der öffentlichen Gebäude, zu denen auch elf Schulen zählten, stellte die Kommune hinsichtlich der Vermarktung der menschlichen und tierischen Hinterlassenschaften vor ungewohnte, stete Marktbeobachtung

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Ebd. Wie aus der Akte, die detaillierte Konstruktionspläne enthält, ersichtlich, zog die Lieferung etliche Reklamationen nach sich, die prompt reguliert wurden.

und logistischen Aufwand bedingende Aufgaben. Die größte Herausforderung lag in den hinlänglich bekannten Nachfrageschwankungen; eine Problematik, der auch bekanntermaßen die gewiss kompetenten Ökonomen ausgesetzt waren und an deren Auswirkungen – unpünktliche Abholung und das immer wieder wahrgenommene „unbemerkt“ Auslaufen der Fracht an schwer einsehbaren Stellen – sich bürgerschaftlicher Zorn regelmäßig entzündet hatte.

Zur Verbringung der Fäkalien in die ganzjährig nicht aufnahmefähige Landwirtschaft hätte sich eine Alternative geboten, die aber nicht wahrgenommen wurde. Die Leipziger Maschinenfabrik Eduard Theisen „Eindampf- und Trocken-Anlagen für Fäkalstoffe“ empfahl sich dem Magistrat am 25. November 1884 als Lieferant von Anlagen zur Herstellung eines „trockenen leicht transportablen Fäkal-Mehl[s]“. Das kostengünstige Verfahren sei von „großem national-ökonomischem Werth“, da durch diese Methode die vollständige Verwertung der Exkremente gesichert sei: Die zu 95 % wasserhaltige „Fäkalmasse“, wie diese aus den „Closetgruben gewonnen wird, gelangt kontinuierlich in die Verdampf-Apparate und macht ihren Weg ohne jeden Verlust an werthvollen Stoffen.“ Am Ende der Fertigung werde das Düngemehl in Säcke verpackt, die Herstellungskosten betrügen nur 12 bis 14 Reichsmark pro 100 Kilo. Die lange Lagerfähigkeit zugunsten eines zeitlich variablen Einsatzes sei der besondere Vorteil des Produkts.⁵⁹

Die Absatzprobleme, denen nun auch die Behörde hinsichtlich der öffentlichen Gebäude ausgesetzt war, veranlassten den Stadtbaumeister Bluth, seine Pläne einer großvolumigen Zwischenlagerung der Fäkalien an einem noch zu suchenden Ort weiter zu verfolgen, denn der Verbringung auf stadteneigenen Grünflächen waren Grenzen gesetzt. Infrage kam hierfür der Stadtpark, der in jedem Winter einer Generaldüngung ausgesetzt wurde. 1887 beantragte der Stadtgärtner Wagener bei der Park-Kommission „230-240 Fässer zur Düngung von Rasen, Alleen und Solitairbäumen.“ Er erwarte aber, dass nur Fäkalien angeliefert würden, die zur Schonung der feineren Gräser nicht „mit chemischen Stoffen disinvicirt“ seien, was auch den neuesten Forderungen der Wissenschaft entspräche. Dazu benötige er, neben zwei ständigen Arbeitern, zusätzliche drei, „aber solche, welche nicht zu schwach sind.“ Darüber hinaus sei es wünschenswert, dass mit nicht weniger als drei Wagen gefahren werde, damit „die Stinkerei nicht zu lange dauert.“⁶⁰

Bewerber für den Abtransport der Exkremente aus den Schulen gab es inzwischen einige. Der Gutspächter Johann Nüfer aus Sevinghausen bewarb sich am 1. Juli 1887 um die Latrinenabfuhr aus den Bochumer Lehran-

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Ebd.

stalten; er sei in der Lage, das Fass von 1.500 Litern für 0,40 Mark zu transportieren. Der Vertrag zwischen Nüfer und dem Magistrat kam am 10. August 1887 zustande. Zur Bedingung wurde ihm gemacht, dass die Entleerung niemals den Unterricht stören dürfe und „stets zuverlässige und nüchterne Arbeiter zu stellen“ seien, „welche den Anweisungen des Schulwärters [...] Folge zu leisten haben“.⁶¹ Johann Nüfer bat am 5. Dezember 1891 um einen neuen Vertrag zur Latrinen-Reinigung, die er nunmehr „mit Dampfbetrieb“ zusammen mit dem Gutspächter Gustav Edelhshofen auszuführen gedachte.⁶²

Gleichfalls am 1. Juli 1887 ging bei der Stadt eine Offerte betreffs „Abfuhr der Latrinen aus den sämtlichen dortigen Schulgrundstücken“ von W. Röhlinghaus aus Eppendorf ein, der nicht im Besitz einer Reinigungsmaschine war, sich aber bereit erklärte, die Abfuhr nach 9 Uhr Abends unentgeltlich (!) zu besorgen.⁶³ Der Magistrat, dem solche Angebote wohl kein Vertrauen einflößten, kontaktierte daraufhin den „Amtliche[n] Güterbestätter“ Friedrich Gummert aus Bochum, der am 24. November 1887 seine Bereitschaft erklärte, den Latrinendünger „für den Satz von Zwei Mark per Tonne“ abzufahren; die Höhe des geforderten Preises dürfte wohl als Desinteresse an einer Auftragserteilung zu deuten sein.⁶⁴

Hermann Bluths Plan

In einem Brief vom 6. November 1891 erläuterte Stadtbaumeister Bluth den Stadtverordneten noch einmal seine Planungen zur Perfektionierung der städtischen Latrinenabfuhr und regte an, dass durch ein neues Ortsstatut jeder Hausbesitzer zu verpflichten sei, „die Entleerung seiner Abortgrube durch die städtische Verwaltung innerhalb gewisser Zwischenräume“ vornehmen zu lassen und dass er hierfür eine noch festzusetzende Gebühr zu zahlen habe. Die betreffenden Eigentümer würden die neue Einrichtung mit Freuden begrüßen, „da betreffs der Entleerung der Auswurfstoffe fast allerorts sehr unsichere Zustände“ bestünden,

⁶¹ Wie Anm. 49.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd..

⁶⁴ Wie Anm. 56. Am 7. Dezember 1889 nannte Gummert einen Preis von 2,25 Mark. Ebd.

die Abfuhrunternehmer oft sehr willkürlich vorzugehen pflegten und „unbequem gelegene Gruben [...] gar nicht oder nur mit Widerstreben geleert“ würden – oftmals auch nur nach Zahlung eines Extrageldes. Als dann propagierte er ohne weitere Umschweife seine seit Jahren vertretene These, dass zum Auffangen saisonaler Schwankungen an günstig gelegener Stelle „ein großes Reservoir“ anzulegen sei, „in welchem der Latrineninhalt zu Zeiten, wo er nicht direct an Landwirth abgegeben werden kann, untergebracht und aus welchem er der Nachfrage entsprechend ausgepumpt und verkauft werden kann.“⁶⁵



Abb. 8: Dem Gelände der früheren Schäferschen Ziegelei an der Südstraße, zwischen der Wiemelhauser- und Düppelstraße gelegen, hatte Baurat Bluth 1891 die zentrale Fäkalien-sammelstelle für Bochum zugeordnet. Später entstand hier der Städtische Fuhrpark. Das Foto zeigt das Areal (mit der früheren „Schäferschen Villa“) nach dem Wegzug des Fuhrparks/USB.

Die Stadtgrenzen abschreitend, gewährte Bluth recht bald als den einzig und allein in Frage kommenden Platz das Gelände der früheren Schäferschen Ziegelei an der Südstraße (auch Schäferstraße genannt). Der ca. fünf Morgen große Komplex zwischen der Düppel- und Wiemelhauserstraße sei geeignet, das gesamte Latrinen- und Müllabfuhrwesen einschließlich Wagenschuppen, Gerätschaften, Material etc. aufzunehmen. Vor allem böte sich Platz, das für das Funktionieren der Latrinenabfuhr unverzichtbare Jauchereservoir hier endlich zu schaffen. Für das Grundstück mit allen aufstehenden Gebäuden, seit dem Schäferschen Konkurs im Besitz der Kirchhundemer Sparkasse, werde ein Kaufpreis von 100.000 Mark verlangt. Der Ankauf liege im städtischen Interesse „und es dürfte schwer sein, anderweitig ein ebenso geeignetes Terrain zu aquiriren.“ Der Stadt-

⁶⁵ StaA Bochum: B 1532.

verordnete Dr. Adolf Nieden, Chefarzt der Augusta-Kranken-Anstalt, der die Umgestaltung des Abfuhrwesens zwar für dringend erforderlich hielt, äußerte Bedenken hinsichtlich der gesundheitlichen Auswirkungen einer solchen Deponie „im Weichbild der Stadt.“ Die Redner Wilhelm Mummenhoff und Heinrich Döhmman betonten indes die Dringlichkeit der Sache. Oberbürgermeister Bollmann nahm der bewegten Diskussion die Schärfe, indem er feststellte, dass die Magistratsvorlage zunächst ja nur dem Erwerb des Grundstücks diene. Der Ankauf des Areals wurde am 27. November 1891 genehmigt.⁶⁶

Der vollzogene Grundstückskauf beflügelte den Bau- rat und kraftvoll trieb er, allen Bedenken zum Trotz, die Planung für eine zentrale Fäkalien-Sammelstelle voran. Das im betroffenen Stadtgebiet schnell ruchbar gewordene Projekt verursachte erheblichen Aufruhr. Der Andrang zu einer Protestversammlung in August Gieses Wirtschaft⁶⁷ war am 4. Dezember 1891 so stark, dass viele Anwohner, vom Arbeiter bis zum Geschäftsinhaber, keinen Platz mehr fanden. Das Argument Bluths, dass ein besserer Platz für das geplante Institut nicht zu finden sei, entkräfteten zwei alternative Vorschläge. Das städtische Land am Goldbogen⁶⁸ in der Vöde sei zweckentsprechend gelegen, oder auch das Schmechtingtal an der Hernerstraße, wo man den Schlamm aus den Kläranlagen gleich mit verwenden könne und sich „bei Westwind die unvermeidlichen üblen Gerüche an den Höhen von Grumme brechen und vertheilen würden.“ Neben der Dauerbeeinträchtigung der unmittelbaren Anwohner durch die Jauchebassins fürchte man auch die permanente An- und Abfahrt der so genannten „Geruchlosen“ über sämtliche Zufahrtsstraßen, weshalb sich auch der Kaufmann und Wirt Moritz Steffen, der Transporte solcher Art durch den engen, aber verkehrlich wichtigen Hellweg zu befürchten hatte, der Initiative anschloss. Die Versammlung einigte sich darauf, einen von allen Betroffenen unterzeichnetes Protestschreiben dem Königlichen Regierungspräsidenten in Arnberg durch eine Delegation überbringen zu lassen.⁶⁹

Der Schreiben vom 5. Dezember 1891 erläuterte dem Regierungspräsidenten Winzer, dass das in Rede stehende, „inmitten eines volkreichen, von sicherlich mehr als 6000 Seelen bewohnten Stadttheiles“ gelegene Grundstück von fünf Schulen, zwei Kleinkinderbewahranstalten und dem Betsaal der Baptisten⁷⁰ benachbart sei. Man glaube, dass die geplante Anstalt die

Grundstücke der Anwohner deutlich entwerte, deren Leben und Gesundheit gefährde „und wir noch dazu dem Gespötte der übrigen Stadtbewohner preisgegeben werden“. In der dem Magistrat zugesandten doppelten Ausfertigung des Protestbriefs sind die Randnotizen der Behörde nicht ohne Reiz. Zu den Bedenken Dr. Niedens in sanitärer Hinsicht vermerkte der Kommentator: „Was will Herr Dr. Nieden denn machen?“; zur befürchteten Gesundheitsgefährdung der Anwohner: „Einbildung“ und zur möglichen Beeinträchtigung der Baptisten-Gemeinde: „Sehr gut!“⁷¹

Die Antwort Winzers vom 31. Januar 1892 fiel eindeutig zu Gunsten der Bürgerinitiative aus. Er sähe sich angesichts der bewohnten Grundstücke in unmittelbarer Nähe der geplanten Fäkalien-Anlage genötigt, „der Ausführung des dortseitigen Planes aus sanitätspolizeilichen Gründen entgegen zu treten“. Dass die Beschaffung eines von der Stadt weiter entfernt liegenden Grundstückes „mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verknüpft sein sollte“, erschließe sich ihm nicht. Der prompten Anfechtung des Bescheides durch den kaum lernbereiten Baurat vom 25. Februar 1892 erwiderte Winzer in der gebotenen Kürze, dass er zurzeit keine Veranlassung habe, „in eine erneute Prüfung der Angelegenheit einzutreten.“⁷²

Ökonomen und andere Unternehmer

Nun war das Latrinen-Abfuhr-Verfahren im Raum Bochum wieder dort angelangt, wo es vor dem Projekt an der Südstraße stand. Die Vereinigten Ökonomen wurden aufgefordert, eine Perspektive ihrer zukünftigen Möglichkeiten und Bedingungen aufzuzeigen, was die Angesprochenen mit Schreiben vom 31. Mai 1892 dahingehend formulierten, dass die Verwaltung sich als erstes bemühen möge, die Eigentümer von 7/8 der Gebäude (einschließlich der städtischen Anstalten und Schulen) zur Teilnahme an der Reinigung zu verpflichten. Ein eventueller Vertrag müsse zudem eine Mindestlaufzeit von drei Jahren haben. Für eine Tonne von 1.000 Litern Inhalt seien 1,25 Mark zu entrichten, „dagegen für Latrinen mit Wasserspülung oder Wasserzufluß“ 2,50 Mark, weil die voranschreitende Einführung der Wasserspülung den Düngewert der Fäkalien verringere und daher von den Abnehmern entsprechend niedriger vergütet werde.⁷³

In einem neuen, von der Stadtverordnetenversammlung am 25. November 1892 gebilligten „Entwurf eines Ortsstatuts betreffend die Entleerung der Abortgruben in dem Gemeindebezirke der Stadt Bochum“ wurden

⁶⁶ Das Gelände diene dem Fuhrpark/USB bis 1998, jetzt: BKK Vor Ort, Universitätsstraße 43.

⁶⁷ Ferdinandsstraße 30.

⁶⁸ Die Örtlichkeit „Goldbogen“ konnte nicht lokalisiert werden.

⁶⁹ Märkischer Sprecher Nr. 285, 5. Dezember 1891.

⁷⁰ Wittener Straße 44.

⁷¹ Wie Anm. 65.

⁷² Ebd.

⁷³ Ebd.

die Preisvorstellungen der Ökonomen auf einen Einheitspreis von 1,50 Mark pro Tonne begründet. Das vom Bezirksausschuss in Arnsberg wegen einiger Formfehler zunächst abgelehnte Gesetzeswerk trat am 1. April 1893 in Kraft. Der Abfuhrpreis verblieb bei 1,50 Mark pro Tonne, den Unternehmern wurde eine Vertragslaufzeit von fünf Jahren zugebilligt, gleichzeitig aber die Gestellung einer Kautionsleistung von 5.000 Mark (!) verlangt. Der Gegenvorschlag des Gutsbesitzers Schulte-Vels vom 22. Juli 1893, die Sicherheitsleistung auf 2.000 Mark zu senken und die Laufzeit auf zehn Jahre zu erhöhen, führte zum Abbruch der Verhandlungen.⁷⁴

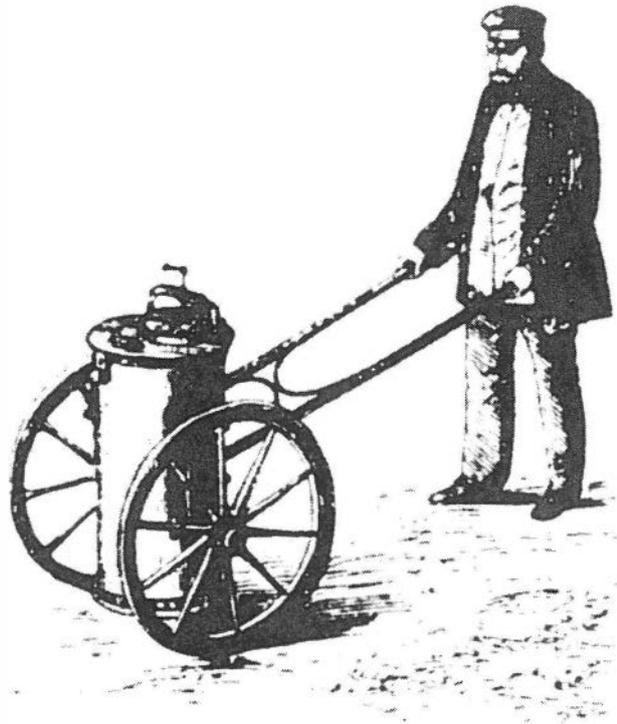


Abb. 9: Die schwer zugänglich gelegenen Abtritte, die von den großen Latrinen-Reinigungs-Maschinen nicht entleert werden konnten (auch von den Unternehmern gerne mal übersehen wurden), bedurften auch weiterhin einer manuellen Entsorgung, die gegen einen Aufpreis durchgeführt wurde.

Durch Vertrag vom 12. August 1893 erhielt nun der Essener Unternehmer Michael Kufen den Zuschlag für die „Entfernung der Abtrittsstoffe“ in Bochum. Kufen hätte seine Arbeit am 1. Oktober 1893 beginnen sollen, musste aber mit Schreiben vom 11. September eingestehen, dass er die Kautionsleistung, die ihm „ein Herr aus Bochum“ vorzustrecken versprochen habe, nicht aufbringen könne, dass er aber sein ganzes Inventar, das den Wert von 5.000 Mark übersteige, der Stadt verschreiben wolle, um am 1. Oktober beginnen zu können.⁷⁵ Der

Unternehmer C. A. Champion, „Düsseldorfer Dampf-Latrinen-Reinigungs-Anstalt“, der über das Elend der Bochumer Latrinen-Situation offensichtlich unterrichtet war, signalisierte dem Magistrat am 1. Dezember 1893, dass er „mit einer Dampf-Maschine der schlimmsten Calamität“ abhelfen könne. Auf die unverändert rigiden Vertragsbedingungen der Bochumer Verwaltung bedauerte er dann aber in seinem Antwortschreiben vom 9. Dezember nicht eingehen zu können, zumal die umliegenden Landwirte ihn hätten wissen lassen, „kein Faß von mir abzunehmen, wodurch das Unternehmen unausführbar wird.“

Wieder die Ökonomen

Inzwischen hatten die Vereinigten Ökonomen ihre Dienstleistung in den Latrinen Bochums vollständig eingestellt. Der Wirt Wilhelm Lindemann⁷⁶ erläuterte in einer Beschwerde an die Stadt-Polizei vom 5. November 1893 die Situation so: „Die bisherigen Entleerer ‚vereinigten Ökonomen‘ verweigern entschieden die Abfuhr. Die Gruben sind voll und fängt der Zustand an gesundheitsgefährlich zu werden.“ Lindemann bat, „die Entleerung der Gruben polizeilicherseits vornehmen zu lassen“ und ihm in Rechnung zu stellen. Der ob der üblen Lage in Unruhe versetzte, vielleicht auch vom Magistrat zu energischerem Handeln aufgeforderte Bau- rat Bluth versuchte per Einschreiben vom 6. Dezember 1893 eine Lösung auf seine Art. Er fragte beim Altenbochumer Gutsbesitzer Schulte-Vels an, ob dieser „mit Rücksicht auf die zwischen Ihnen und der Stadt Bochum seit langen Jahren bestehenden Geschäftsverbindung“⁷⁷ in der Lage sei, in der prekären Fäkaliensituation Beistand zu leisten und setzte gleich hinzu: „Sollten Sie diesem Ersuchen nicht entsprechen, so würde ich mich genöthigt sehen, die Geschäftsverbindung mit Ihnen dauernd abzubreaken.“ Der bedrängte Schulte-Vels, der sich der Aufgabe alleine wohl nicht gewachsen fühlte, rief die Landwirte Hackert aus Wiemelhausen und Höhne aus Grumme zu Hilfe und schloss mit ihnen am 13. Dezember 1893 einen Kooperationsvertrag. Am 17. Dezember verkündeten die jetzt nur noch aus drei Mitgliedern bestehenden Vereinigten Ökonomen dem Magistrat die Aufnahme ihrer Tätigkeit und präsentierten ihren neuen (alten) Bevollmächtigten Theodor Laue.⁷⁸

Sehr ärgerlich war das Wirken der Unternehmerin Witwe Köther aus Höntrop, die offensichtlich ohne Einhaltung ihres lizenzierten Wirkungskreises im gesamten Stadtgebiet wilderte. Polizeiliche Anzeigen we-

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Viktoriastraße 10.

⁷⁷ Die Art der Geschäftsverbindung konnte nicht ermittelt werden.

⁷⁸ Wie Anm. 65.

gen „unbefugter eigenmächtiger Entleerung der Abortgruben“ wurden auch gegen verschiedene ihrer Kunden erstattet, die die vorteilhafte Preisgestaltung der Witwe zu schätzen wussten – so gegen den Kürschnermeister Julius Offszanka von der Buddenbergstraße, der zu 10 Mark Strafe, ersatzweise drei Tagen Haft verurteilt wurde. Durch Urteil des Landgerichts vom 2. November 1893 wurde die Witwe Köther zur Einstellung ihrer Tätigkeit gezwungen, was sie aber keineswegs entmutigte. Am 20. Februar 1896 obsiegte sie vor dem Königlichen Kammergericht in Berlin, um sogleich den Wiederbeginn ihrer Reinigungstätigkeit auf Bochums Abtritten zu offerieren. Die Bochumer Polizei-Verwaltung ging unverständlicherweise weiter gegen Frau Köther vor, zum Beispiel auf Grund einer Anzeige des Polizeisergeanten Helbig, der beobachtet hatte, dass besagte Firma am 9. Juni 1896 bei dem Wirt Arnold Fiege⁷⁹ „trotz polizeilichem Verbot“ die Abortgrube entleert hatte. Eine erneute Klage gegen die Stadt Bochum vom 24. Juni 1896 endete, dank des Einsatzes der Essener Anwälte Dr. A. und Dr. S. Wallach, mit einem Sieg vor dem Obergericht in Berlin. Das Bochumer Orts-Statut bezüglich der Latrinen-Reinigung mitsamt der entsprechenden Polizei-Verordnung wurden für ungültig erklärt.⁸⁰

Ein daraufhin neu erarbeitetes Orts-Statut genehmigte die Regierung in Arnsberg am 26. Mai 1898, und mit den drei Ökonomen wurde – beginnend mit dem 1. April 1898 – ein neuer Vertrag über die „Entfernung von Abtrittsstoffen im Gemeindebezirk der Stadt Bochum“ mit fünfjähriger Laufzeit geschlossen. Vereinbarung wurde die Entleerung der Abortgruben mittels Dampfmaschine (soweit die Örtlichkeit dies zulasse), der Preis wurde auf 1,50 Mark pro Kubikmeter, bei Aborten mit Wasserspülung auf 2 Mark festgesetzt.⁸¹ Schon ein knappes Jahr später erklärten die Ökonomen den Preis für die mit Wasser gespülten Latrinen als nicht mehr tragbar. Pro Gespann und Tag würde nur ein Gewinn von 3 Mark erzielt, was angesichts der „Knechtslöhne, Verschleiß der Pferde, Wagen etc.“ die Kosten nicht decke. Sie sähen sich daher gezwungen, den Kurs „für die Abfuhr des für uns vollständig wertlosen Düngers mit Wasserspülung“ von 2 auf 3 Mark zu erhöhen. Die Erhöhung wurde genehmigt und am 18. September 1899 bekannt gegeben.⁸²

⁷⁹ Obere Marktstraße 27.

⁸⁰ StaA Bochum: B 1577.

⁸¹ StaA Bochum: B 1526, Bl. 15 f., 40, 43.

⁸² StaA Bochum: B 1578; Märkischer Sprecher Nr. 221. 20. September 1899.

Wieder die Unternehmer

Nachdem die Vereinigten Ökonomen schon am 15. März 1900 eine neuerliche Preisanhebung für den Latrinendünger ohne Wasserspülung auf ebenfalls 3 Mark für dringend erforderlich erklärten, beschloss der offensichtlich verärgerte Magistrat am 23. März 1900 eine Neuausschreibung der Abfuhr. Der Dortmunder Unternehmer Friedrich Nordhaus unterbreitete der Stadt am 14. Mai 1900 das Angebot, die Reinigung der Gruben ohne Wasserzufluss für 2 Mark pro Kubikmeter und die Gruben mit Wasserzufluss für 2,50 Mark zu besorgen. Nordhaus erbat sich die Genehmigung zur Anpachtung von 20 Morgen Ackerland zur Unterbringung des Latrinendüngers, was der Magistrat allerdings für nicht wünschenswert erachtete und ihn bat, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen. Friedrich Nordhaus, über dessen Zuverlässigkeit das Stadtbauamt positiv ausgefallene Erkundigungen eingeholt hatte, erhielt den Zuschlag und gab seinem Privatunternehmen den Namen „Städtische Abfuhr Bochum“, wogegen die Stadt keine Einwände erhob. Die Leitung des Bochumer Betriebes mit Sitz an der Wiemelhauser Straße 17 übernahm Nordhaus' Teilhaber Theodor Noack.⁸³

Auch die Vereinigten Ökonomen übten ihre Tätigkeit in Bochum weiter aus. Zum Beispiel zählte der Bochumer Verein, der früher selbst entsorgt hatte, zu ihren Kunden. Das Werk beklagte in einem Brief an die Polizei-Verwaltung vom 23. Oktober 1900, dass Herr Laue trotz mehrfacher Aufforderung die Gruben des Werkes, die zum „Überlaufen voll sind“, durch die Ökonomen nicht leeren ließe. Aber auch die Praktiken der Konkurrenzfirma tangierten den Bochumer Verein in vielfältiger Weise, wie der rege Schriftwechsel beweist. Noacks Städtische Abfuhr habe, so in einem Brief vom 25. Juli 1901 an den Ersten Bürgermeister Graff, auf unmittelbar an das Kost- und Logierhaus grenzende Grundstücke der Frau Ww. Schulte-Krahwinkel solche Unmengen Fäkalien verbracht, „dass die ganze Gegend durch die aufsteigenden Dünste verpestet wird.“ Hier bitte man, da in ganz Stahlhausen Beschwerde darüber geführt werde, dringlich um „Abhilfe“, machte aber im Übrigen den versöhnlichen Vorschlag: „Sollte Mangel an Absatz für die Fäcalien sein, so würde unsere Meierei (Tiemannshof) gerne einen Teil übernehmen.“⁸⁴

Am 10. Dezember 1901 bemängelte der Bochumer Verein in einem Schreiben an den Magistrat, „daß in letzter Zeit die Knechte der städtischen Abfuhr unbefugter Weise Latrinenfässer auf unsere Ländereien entleert haben.“ Beobachtet wurden bei diesem Tun die Knech-

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Ebd.

te der Wagen Nr. 1, 3, 9, 10 und 17. Auf Grundstücken des Werkes an der Kohlenstraße in Bärenndorf seien „½ Morgen Feldgärten derartig mit Latrine überschwemmt, daß von diesen Gärten für das nächste Jahr kein Ertrag zu erwarten ist.“ Man bitte darum, dem Unternehmer aufzugeben, den entstandenen Schaden von 60 Mark zu ersetzen und die Namen der Knechte anzugeben, „damit wir diese bei der zuständigen Polizeiverwaltung zur Bestrafung anzeigen können.“

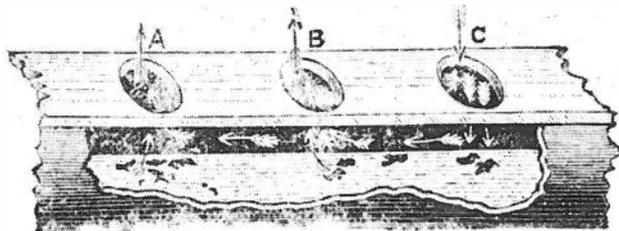


Abb. 10: Weniger der innerer Einkehr sondern zügiger Abwicklung des Unvermeidlichen im betrieblichen Alltag dienten den Belegschaften großer Unternehmen Mehrsitzer-Latrinen in schlichter praxisgerechter Ausführung.

Am 14. März 1902 verfasste das Werk ein weiteres Protestschreiben und bemängelte den unschönen Sachverhalt, „daß der Unternehmer Noack heute den ganzen Tag unausgesetzt Fäkalien auf die Schulte Cranwinkel'schen Grundstücke in unmittelbarer Nähe unserer Beamten-Wohnhäuser hat bringen lassen.“ Theodor Noack entgegnete am 21. März, dass die Witwe Schulte Cranwinkel „ständiger Abnehmer von Jauche“ sei und seine Knechte angewiesen seien, sobald sie in der Nähe arbeiteten, die Jauche dort abzuladen, „wo sie angewiesen wird.“ Er beabsichtige nunmehr „gegen die fortgesetzten verläumdnerischen Anzeigen des Bochumer Vereins“ Klage bei der königlichen Staatsanwaltschaft zu erheben.⁸⁵

Das seit Aufnahme der Fäkalienabfuhr durch Unternehmer – sowohl vor als auch nach Stadtbaurat Bluths zündender Idee einer Jauche-Deponie im Wohnviertel – immer wieder beanstandete, nie befriedigend gelöste Problem einer geordneten Verbringung der Auswurfstoffe, versuchte auch Noack zu lösen. Er pachtete (nach Bluths Rezeptur) von dem Wiemelhauser Landwirt Backwinkel ein neben dem Ablagerungsplatz für Bochums Müll an der Hattinger Chaussee gelegenes Gelände⁸⁶, auf dem er zur Zwischenlagerung ein Bassin anlegte, „in welches die Fäkalien geschüttet wurden, die sodann weiterhin auf den tiefer gelegenen Grundstücken versickerten.“ Der Magistrat, durch eigene Fehler gewarnt, versuchte Noack angesichts der An-

liegerproteste von seiner Praxis abzubringen – zunächst vergeblich.

Landrat Karl Gerstein führte in einem Brief an die Verwaltung vom 24. Dezember 1901 Klage „über die Art und Weise, wie die Fäkalien der Stadt Bochum weggeschafft werden.“ Die Fuhrknechte ließen die Fässer „in der Dunkelheit auf den Strassen und Wegen, sowie in den Chaussee- und Wegegräben ablaufen“, zuweilen an immer den gleichen Stellen. Gerstein musste sich in einem forschenden Antwortbrief (Entwurf) des Magistrats belehren lassen, dass nicht die Stadt Bochum die Fäkalien abfuhr, sondern es habe ein „Privatmann einen Privatvertrag“ und was dieser mit den Fäkalien mache, habe er zu disponieren. Der Unternehmer sei mehrfach gerügt worden, doch stünden Zwangsmittel nicht zu Gebote.⁸⁷ Noack hingegen wehrte sich gegen die ständigen Angriffe und bemerkte zutreffend, dass auch in Bochum vor Jahren eine Deponie geplant gewesen sei, die, wenn sie realisiert worden wäre, manches Problem gelöst hätte. Den nach seiner Vermutung über die beklagten Zustände erfreuten Ökonomen schrieb Noack noch ins Stammbuch, „daß die vielen Hetzereien es nicht fertig bringen werden, die städtische Abfuhr zu vernichten, indem dieselbe noch in der Lage ist, es einige Jahre auszuhalten.“⁸⁸

Die Beschwerden über Noacks Städtische Abfuhrissen nicht ab. Die Witwe Dahmen von der Maltheserstraße beklagte sich am 21. Juni 1902 beim Magistrat über Noacks Arbeiter, die „die Rohre derart in den Flur geworfen, daß zwei Flurplatten zersprangen“; auf ihre Vorhaltungen hätten diese geantwortet, es sei ihnen aufgegeben, „immer den nächsten & bequemsten Weg zu nehmen, außerdem hätten sie schon feinere Häuser gereinigt.“ Noack entgegnete, er habe durch einen Maurer feststellen lassen, „daß die Risse der beiden Platten alte seien.“ Sein Maschinist und der Knecht würden die groben Ausdrücke bestreiten, doch könne Frau Dahmen wohl Recht haben, wenn sie erkannt habe, dass beide nicht „dem gebildeten Stande“ angehören und er meine, man müsse „daher schon etwas Rücksicht nehmen.“⁸⁹

Noch einmal die Ökonomen

Um sich von Noack zu trennen, hatte die Verwaltung inzwischen Kontakt mit Theodor Laue aufgenommen, um die Vereinigten Ökonomen wieder als Hauptabfuhrunternehmer zu gewinnen. Die harten Verhandlungen um den Preis der Latrinenreinigung verliefen zum Vorteil der Ökonomen. Der Preis für den Kubikmeter

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ StaA Bochum: LA 1501, Bl. 95 f. Auf diesem Gelände entstand 1908 die erste Bochumer Reitbahn (Tattersall), 1924 die Radrennbahn.

⁸⁷ Wie Anm. 82.

⁸⁸ Bochumer Zeitung Nr. 296, 27. Dezember 1901.

⁸⁹ Wie Anm. 82.

Latrine wurde – „gleichgültig ob mit Wasserzusatz oder nicht“ – auf 3 Mark festgesetzt, auszuführen mittels Dampfmaschine. Der auf fünf Jahre ausgehandelte Vertrag (mit einjähriger Kündigung) wurde am 7. Mai 1902 unterzeichnet. Das Kündigungsschreiben vom 9. Mai 1902 war dem stets abwesenden Unternehmer Noack nur schwer zuzustellen. Schließlich akzeptierte er die Kündigung mit Schreiben vom 4. August 1902, machte aber keine Anstalten, die Latrinenreinigung zu beenden. Erst am 22. Mai 1903 bat er, offensichtlich entnervt, um Rückzahlung der Kaution, die ihm am 29. Mai ausgezahlt wurde.⁹⁰

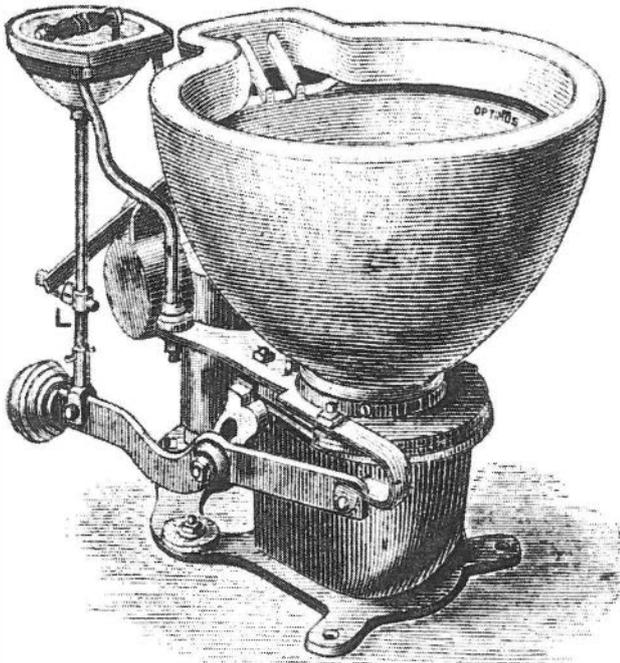


Abb. 11: Die englische Erfindung des Wasser-Klosetts, hier das 1892 auf den Markt gekommene erfolgreiche Modell „Optimus“ der Firma Hellyer, London, setzte sich wegen hoher Investitionskosten nur langsam durch. Erst mit der Aufhebung des Verbots der Einleitung von Fäkalien in die Kanalisation (in Bochum 1909) trat das WC auf breiter Front seinen Siegeszug an.

Magistrat und Polizeiverwaltung erstatteten am 17. Juni 1903 dem Regierungspräsidenten einen Lagebericht zur Kloakenreinigung und führten aus, dass durch die Kündigung des Unternehmers Noack, der zu berechtigten Klagen Anlass gegeben habe, „die verursachten Uebelstände in Wegfall gekommen“ seien. Man habe Reinigung und Abfuhr wieder einem Konsortium von Landwirten übertragen, welches aus 63 (!) Grundbesitzern bestehe und in der Lage sei, *stets die Fäkalien auf ihren Aeckern in landwirtschaftlich richtiger Weise unterzubringen.*⁹¹

Dass auch die stark vergrößerte Zahl der Landwirte

⁹⁰ StaA Bochum: B 1525.

⁹¹ Wie Anm. 82.

die Jahrzehnte währende Problematik auf Dauer nicht lösen konnte, lag auf der Hand, da der Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft für Düngestoffe, wie bekannt, natürliche Grenzen gesetzt waren. – Einen Umschwung der Situation brachte erst die seit 1909 erlaubte Einleitung der Fäkalien in die Kanalisation, die zu einer drastischen Reduzierung der Ausbeute an natürlichem Dünger führte. Diesen Mangel glich die Landwirtschaft durch den Einsatz synthetischer Düngemittel aus. Die Arbeit der Vereinigten Oekonomen in Bochums Latrinen war durch diese Entwicklung aber nicht beendet. Noch viele Jahre gab es im Bochumer Stadtgebiet jeden Fortschritts entbehrende Abortgruben. 1920 anerkannten die Stadtverordneten zwar die Forderung der Landwirte von 20 Mark pro Kubikmeter Jauche und 32 Mark für den mit Wasser verdünnten Stoff, reduzierten die Gebühr für die kommenden Jahre aber auf einheitliche 16 Mark.⁹²

Wasserleitung und Kanalisation

Vermutlich die erste Wasserleitung in Bochum baute der Wirt und Brauer Christoph Cremer 1847 für sein Haus an der Beckstraße⁹³, indem er Wasser von der am Weg nach Castrop gelegenen Hogatenquelle in einem gemauerten Becken auffing und in sein Haus führte. Eine Kanalisation erübrigte sich, da das Wasser in den nahen Gerberbach abfloss. Schon 1840 hatte es Versuche gegeben, das Wasser der Quelle, das von besonders guter Qualität war, zum Marktplatz zu führen, dessen zwei Brunnen immer wieder ausfielen; der Versuch scheiterte, da der Wasserdruck nicht ausreichte.⁹⁴ Ab dem 15. Mai 1871 besaß Bochum eine öffentliche Wasserversorgung. Das Leitungswasser wurde aus der Ruhr gewonnen und von einem Gelände in Baak über die Wasserscheide in die Stadt gepumpt. Nach vielen anfänglichen Schwierigkeiten – Zitat: „dreht man vergebens an den Krähnen der Wasserleitungsrohre“ – funktionierte das Leitungssystem ab etwa 1873 zuverlässig.⁹⁵

Ein 1871 von mehreren Bürgern initiiertes Projekt einer Kanalisierung eines Teils der Innenstadt war vom Magistrat, auch im Hinblick auf die für den ganzen Stadtbereich geplante Kanalisierung, abgelehnt worden. Es sollte das Wasser von der Einmündung der Trankgasse in die Buddenbergstraße und von dort durch den Weilenbrink zur Bleiche abgeleitet werden, was insbesondere der Brauerei Scharpenseel zugute gekommen wäre, weshalb von dieser Seite auch die größte Kosten-

⁹² Märkischer Sprecher Nr. 9, 12. Januar 1920.

⁹³ Haus-Nr. 346/Beckstraße 21/Große Beckstraße 29.

⁹⁴ Wochenblatt für den Kreis Bochum Nr. 32, 8. August 1840.

⁹⁵ Stadtwerke Bochum (Hg.): 125 Jahre Stadtwerke Bochum 1855-1980, S. 25 f.

beteiligung angeboten wurde.⁹⁶ Am 23. Februar 1873 erstattete der Baumeister Eduard Wiebe im Auftrag der Stadt Bochum ein Gutachten über die Möglichkeiten einer flächendeckenden Entwässerung der Stadt. Auf dieser Grundlage wurde die Kanalisierung 1874 in Angriff genommen.⁹⁷ Schwierig blieb für einen langen Zeitraum die unumgängliche Klärung der Abwässer, weshalb die Einleitung von Fäkalien in die Kanalisation zunächst verboten war. Der Einsatz der modernen Wasser-Klosetts, die wegen der hohen Investitionskosten per se nur zögerlich eingeführt wurden, war nur gestattet, wenn Ausscheidungen und Spülwasser – wie bisher üblich – in die häusliche Jauchegrube geleitet wurden. Für die Mehrzahl der Bürger verblieb es also zunächst beim Plumpsklo hinter dem Haus.

Der seit 1871 arbeitenden Wasserversorgung hatte die qualitative Entsorgung der Abwässer nun endlich zu folgen. Nach zunächst lokalen Versuchen wurde die Klärung der Abwässer durch die am 14. Dezember 1899 gegründete Emschergenossenschaft für den Großraum des Industriegebiets maßgeblich auf den Weg gebracht.⁹⁸ Erst mit dem befriedigenden Funktionieren der Abwasser-Klärung im Industriegebiet erteilte der Regierungspräsident am 3. Juli 1909 – 35 Jahre nach Beginn der Kanalisierungsarbeiten in Bochum – die Genehmigung zur Einleitung von Fäkalien in die öffentliche Kanalisation.⁹⁹

Die Reinigung der Straßen

Der Behörde oblag, wie bemerkt, wahrscheinlich seit 1835 der Aufwand für die Wegschaffung des Kehrichts. 1847 erwogen die Stadtverordneten, den gesammelten „*Straßenkoth*“, der vordem vermutlich außerhalb der besiedelten Flächen gelagert, vergraben oder zu Geländeauffüllungen verwendet wurde, zum Vorteil der Stadt gegebenenfalls einer gewinnbringenden Verwertung zuzuführen, was wegen seines hohen organischen Anteils die Veräußerung des Kehrichts an interessierte Bürger oder gleich an die Landwirte der Umgegend bedeutet hätte. Die Überlegungen tendierten in die Richtung, ob nicht „*den Einwohnern hierdurch eine Erleichterung hinsichtlich der Straßenreinigung gewährt werden könne*.“¹⁰⁰ Man erwog also, einen Teil der erzielten Einnahmen den Bürgern in Form einer Gebührensenkung zurückzugeben. Das schöne, aber nicht

⁹⁶ StaA Bochum: B 1588, S. 34 f.

⁹⁷ StaA Bochum: ZGS I.A.I, darin: Eduard Wiebe, Gutachten über die Entwässerung der Stadt Bochum.

⁹⁸ Die Geschichte der Abwässerklärung soll hier nicht näher behandelt werden.

⁹⁹ Wie Anm. 97, darin: Franz Knipping, Denkschrift betreffend die Kanalisation der Stadt Bochum.

¹⁰⁰ Bochumer Kreisblatt Nr. 19, 8. Mai 1847.

verwirklichte Vorhaben zeigt immerhin auf, dass sich die Auslagen für den von Fuhrleuten erledigten Abtransport des Mülls bis dahin noch in einem für die Kommune verkraftbaren Rahmen bewegten und dass der Verzicht auf einen Teil der Verkaufserlöse den städtischen Etat nicht nennenswert beeinträchtigt hätte.

Genauere Angaben über die Kosten für die Reinhaltung der Straßen liegen erst für das Jahr 1866 vor, in dem sich die Belastung für die „*Reinigung der Straßenstrecken und Plätze, welche der Stadt obliegt*“ auf 150 Taler im ganzen Jahr beliefen. Die Polizei versah die Überwachung des Vollzugs der Anordnungen und die Eintreibung von Strafgeldern bis zu drei Talern, ferner Kostenerstattungen, falls der Magistrat die dem Bürger „*obliegenden und von ihm unterlassenen Handlungen und Verrichtungen*“ ersatzweise an einen Unternehmer übertragen musste.¹⁰¹

Die präzisen Regularien richteten sich in erster Linie an die Eigentümer der Grundstücke, die die Pflichten gegebenenfalls an die Mieter zu delegieren pflegten. Die Frage, wie unbebaute Straßenstücke und die vor den Toren der Stadt schon recht zahlreich entstandenen Neubauten, bei denen eine ordentliche Straßenführung aber offenbar noch nicht zu erkennen war, zu behandeln seien, hatte schon 1847 unter den Stadtverordneten gereizte Diskussionen entfacht. Besonders die Gegend vor dem Brücktor sei „*mehr wie bei den übrigen Thoren mit Häusern*“ besetzt worden. Es wurde daher beschlossen, die Strecke bis zum Würzburgerschen Haus¹⁰² zur Straße zu erklären, desgleichen das Stück vom Bongardstor bis zur Post, was sich nachfolgend zur Verdeutlichung der Zuständigkeiten von Verwaltung und Eigentümern als nützlich erwies.¹⁰³

In einer heftigen Attacke, wenn auch verpackt als „*Langgehegte, fromme Wünsche*“, beschrieb das Kreisblatt den Zustand der Straßen und Plätze der Stadt. Sie seien „*bodenlos*“ und mancher Mitbürger sähe den Schmutz nicht mehr, „*weil er mit ihm aufgewachsen, ihn liebgewonnen*“ habe. Es empfehle sich ein Blick auf den Wilhelmsplatz¹⁰⁴, der zur Zeit der „*Kappusernte*“ einer „*Düngergrube*“ gleiche und der im verflommenen Jahr, nach Beschwerden bei der „*Sanitäts-Polizei*“ wegen es unerträglichen Gestanks, erst nach Wochen geräumt worden sei. Die Produkte seien dann zu einer weiteren Lagerstätte in der Nähe des Bahnhofs verbracht worden, was die Sache nicht schöner gemacht habe.¹⁰⁵

Missbilligend wurde ein Vorfall in Bochums inner-

¹⁰¹ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1866, S. 24.

¹⁰² Jetzt: Altes Amtshaus, Brückstraße.

¹⁰³ Wie Anm. 100.

¹⁰⁴ Jetzt: Husemannplatz.

¹⁰⁵ Bochumer Kreisblatt Nr. 29, 8. März 1870. Der Kappus (Weißkohl) wurde für die Winter-Bevorratung in nahezu jedem Haushalt in größeren Mengen eingekauft und zu Sauerkraut verarbeitet.

städtischen Straßen vermerkt, als ein hochbeladener zweirädriger Düngerwagen auf der schmalen kurvenreichen Bongardstraße durch einen Achsbruch zu Schaden kam und die duftende Ladung erst mit großer Verzögerung umgeladen und vom Unfallort entfernt werden konnte. Der Herr „*Polizei-Commissar*“, der sich um die Reinlichkeit der Stadt verdient gemacht habe, werde es hoffentlich noch erreichen können, „*daß am hellichten Tage die offenen Mistwagen*“ aus dem Zentrum der Stadt verbannt würden.¹⁰⁶

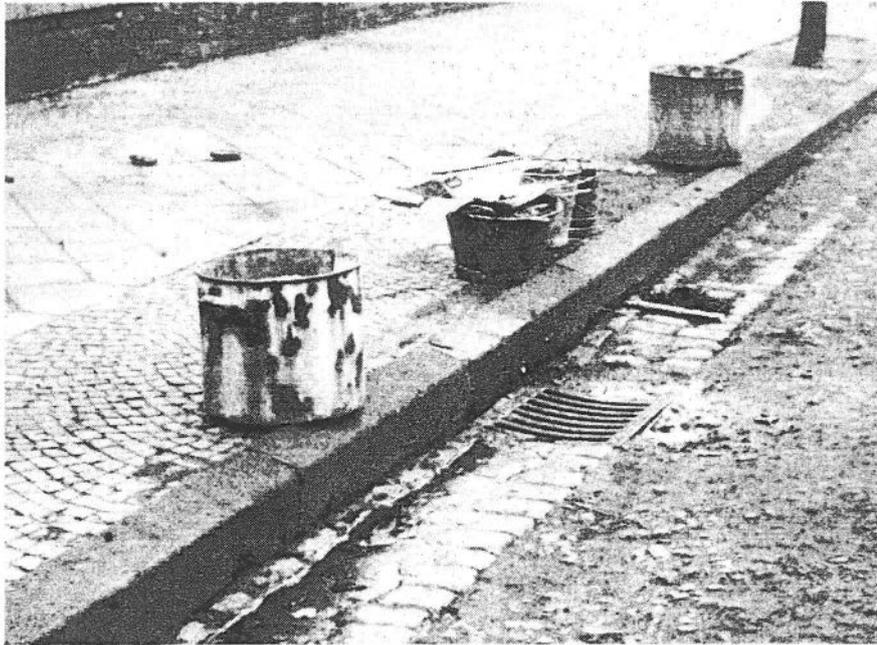


Abb. 12: Die zunächst von den Bewohnern in eigenen Gefäßen, wie Eimern, Körben etc. an den Straßenrand gesetzten Abfälle wurden von Unternehmern auf offenen Wagen abtransportiert. Die Staubentwicklung, das Liegenlassen von Verschüttetem und das Durchwühlen der Abfälle durch Hunde waren ständige Kritikpunkte des Verfahrens.

Im August 1871 war mit einer sehr „*wohlthuenden Einrichtung, die schon längst hätte in Anwendung gebracht werden sollen, nämlich das Besprengen von Straßen mit Hilfe der Wasserleitung*“ begonnen worden. Nachdem am 31. Oktober 1873 die „*probeweise Anschaffung eines Sprengwagens*“ zum Preise von 180 Talern beschlossen wurde, schlug die Stadtverordneten-Versammlung am 20. März 1874 die regelmäßige Einführung der Straßenbesprengung während des Sommers vor und empfahl die Anschaffung eines zweiten „*Wasserkarrens*.“ Die jährlichen Gesamtkosten des Unternehmens wurden auf 700 Taler veranschlagt.¹⁰⁷ Im Sommer des Jahres wurde von den Stadtverordneten allerdings beklagt, dass die beiden in Tätigkeit gesetzten Wagen ihren Aufgaben nicht gerecht würden. Abgelehnt wurde ein Vorschlag des Stadtverordneten Hein-

rich Löns, der riet, „*in Zukunft die Reinigung der Straßen auf Kosten und durch Organe der Stadt vornehmen zu lassen*“ – nach einer anonymen Zuschrift im Märkischen Sprecher vom 27. Mai 1873 vermutlich der erste offizielle Vorstoß in Richtung einer Kommunalisierung der Bochumer Straßenreinigung.¹⁰⁸

Steigende Ausgaben

Die steigenden Kosten der Straßenreinigung, ohne dass die Übernahme in städtische Regie schon erfolgt war, bereiteten der Verwaltung Sorgen, brachten aber auch manch originellen Vorschlag zutage. Am 22. Dezember 1875 stellte der Magistrat den Antrag, das Straßenkehren zwecks Abfederung der Kosten durch Strafgefangene des Kreisgerichtsgefängnisses ausführen zu lassen, was aber abgelehnt wurde. Der endgültige Bescheid des Königlichen Appellationsgerichts zu Hamm, der von Kreisgerichtsdirektor Holtze in einem Brief vom 13. Januar 1876 an den Bürgermeister Lange näher erläutert wurde, fiel recht deutlich aus. Dem Ansinnen der Stadt Bochum müsse eine Genehmigung „*auf das Bestimmteste versagt*“ werden, da „*der § 16 des Straf-Gesetz-Buchs eine Zustimmung der Gefangenen zu einer Beschäftigung außerhalb der Anstalt verlange*“, die kaum von jedem Häftling zu erlangen sei. Es erscheine im Übrigen undurchführbar, die Gefangenen sachgerecht zu

beaufsichtigen und einen „*Verkehr mit dem Publikum, Durchstechereien und andere Ungehörigkeiten*“ auszuschließen.¹⁰⁹

Zwischen Februar und Juni 1876 holte der Magistrat aus zahlreichen Städten Erkundigungen über die „*dortigen Straßenreinigungs-Verhältnisse*“ ein, die auch von allen angeschriebenen Gemeinden beantwortet wurden, zum Teil unter Beifügung der dortigen Orts-Statute und Polizeiverordnungen.¹¹⁰ Am 24. Juni 1876 genehmigten die Stadtverordneten die Anschaffung eines dritten Sprengkarrens, da die bisherigen Geräte in keiner Weise ausreichten, andererseits der „*gesundheitsschädliche Einfluß des häufigen Einathmens von*

¹⁰⁸ Märkischer Sprecher Nr. 138, 21. Juni 1874.

¹⁰⁹ StaA Bochum: B 614.

¹¹⁰ Ebd. Anfragen gingen an die Städte Essen, Dortmund, Wiesbaden, Frankfurt am Main, Kassel, Barmen, Münster, Berlin, Crefeld, Breslau, Stettin, Danzig und Graz in der Steyermark.

¹⁰⁶ Bochumer Kreisblatt Nr. 50, 2. Mai 1872.

¹⁰⁷ Märkischer Sprecher Nr. 67, 22. März 1874.

Straßenstaub“ nicht näher erläutert werden müsse. Der in Aussicht genommene Sprengwagen „von der Fabrik des Herrn Eckert in Berlin“ sei vierrädrig, koste zwar 300 Taler, könne aber die anderthalbfache Menge an Wasser fassen und habe sich in Dortmund, Köln und anderen Städten „in befriedigender Weise bewährt“.¹¹¹



Abb. 13: Mit Beginn der geordneten städtischen Straßenreinigung und Müllabfuhr im Jahre 1894 wurde der Transport der Abfälle nur noch in geschlossenen Wagen durchgeführt, was städtische Fahrzeuge oder, weil diese noch nicht ausreichend zur Verfügung standen, solche der Spedition Gummert von der Malteserstraße besorgten.

Straßenreinigung in städtischer Regie?

Fast in jeder Sitzung der Stadtverordneten war das leidige Thema der Sauberkeit im öffentlichen Raum zu erörtern. Viele Eigentümer, die ihrer Reinigungspflicht nachgekommen seien, schrieb Bürgermeister Lange am 3. August 1876 dem Kollegium, wären trotzdem zur Anzeige gebracht worden, da – durch welche Umstände auch immer – binnen kurzem eine erneute Verunreinigung ihres Straßenteils zu beobachten gewesen sei. Die Beurteilung solcher Eindrücke unterliege allerdings „der subjectiven Auffassung des betreffenden Revierbeamten.“ Immer mehr dränge sich die Frage auf, „ob es nicht gerecht und billig sei [...], wenn die Reinigungsverpflichtung den Hauseigentümern abgenommen und die Straßenreinigung für die Folge von der Stadt ausgeführt werde.“ Der Versuch der Verwaltung, Strafgefangene aus dem „fast überfüllten Kreisgerichtsgefängnisse“ rekrutieren zu können, sei ja leider gescheitert; die Befragungen anderer Städte habe unterschiedliche Verfahrensweisen ergeben. Die Stadt Bochum wolle wie bisher den Abtransport des Mülls durch Unternehmer

ausführen lassen, eigene Kehrmaschinen aber erst anschaffen, wenn ein städtischer Fahrzeugpark eingerichtet werden könne. Um festzustellen, welche Fläche ein Arbeiter pro Tag zu reinigen im Stande sei, schlage er der Versammlung vor, versuchsweise – „vielleicht für einen Monat“ – die Allee-, Bongard- und obere Marktstraße, die Eulengasse, die Brück-, Bahnhof-, Friedrich- und Hochstraße komplett auf städtische Rechnung reinigen zu lassen. Erst dann werde man wissen, „welcher Kostenbeitrag der Stadt in Wirklichkeit durch die Reinigung entsteht“.¹¹²

Nach solchen Experimenten sah sich Bürgermeister Lange in seiner Meinung bestärkt, dass eine grundsätzliche Säuberungspflicht seitens der Stadt bestehe, was der Stadtverordnete Theodor Hackert anders sah, indem den Hausbesitzern sogar eine tägliche Straßenreinigung abverlangte. Die Diskussionen gingen weiter. Die enttäuschende Versuchsfolge vom 2. bis 28. November 1876 habe, schrieb Stadtbaumeister Bluth am 15. Dezember 1880 an den Magistrat, außer der Einteilung der Stadt in feste Reinigungsbezirke nichts Positives erbracht. Sollte die Straßenreinigung, die im laufenden Etat auf

8.770 Mark veranschlagt sei, von der Stadt zur Gänze übernommen werden, würden sich die Kosten auf 27.000 Mark erhöhen, was eine Mehrbelastung von 18.230 Mark ausmache. Der Beschluss der Stadtverordneten vom 25. Februar 1881 beendete fürs Erste die Debatte um eine kommunal betriebene Straßenreinigung und Müllabfuhr, indem er unter Punkt 4 feststellte: „Der Antrag des Magistrats, die Straßen-Reinigung [...] nicht auf Communal-Rechnung zu übernehmen, wird einstimmig zum Beschluß erhoben.“¹¹³

Der angestrebten Verbesserung der Wirtschaftlichkeit diene auch der Einfall, ab dem 1. April 1884 Bewohner des Kaiser-Wilhelm-Augusta-Hospitals, dem städtischen Armenhaus am Stadtpark, zur Reinigung der Straßen heranzuziehen. In beachtlichen Teilen der Innenstadt, die vom Hospital-Verwalter Klose in seinem Bericht vom 2. Mai 1885 präzise aufgeführt wurden, waren besonders jene Flächen von den „Hospitaliten“ zu reinigen, für die kein privater Eigentümer zuständig war, des weiteren die Plätze der Stadt und an Markttagen die umliegenden Straßen.¹¹⁴ Gelegentlich erbaten

¹¹² Wie Anm. 109. Die Akte enthält detaillierte Maßangaben über die Innenstadtstraßen.

¹¹³ Wie Anm. 56.

¹¹⁴ Wie Anm. 109.

¹¹¹ Märkischer Sprecher Nr. 167, 26. Juli 1876.

sich auch Hausbesitzer Entlastung von ihren Verpflichtungen, indem sie beantragten, die Reinigung ihrer Straßenflächen durch die Insassen des Armenhauses ausführen zu lassen, was ihnen gegen Zahlung einer Gebühr auch ermöglicht wurde.¹¹⁵ Es waren noch keine zwei Jahre ins Land gegangen, dass man bei der Einweihung des Hospitals in schönen Ansprachen den Wunsch zum Ausdruck gebracht hatte, den Hospitaliten möge „das erhebende Gefühl, sich doch noch nützlich in der Welt machen zu können, zu Theil werden.“¹¹⁶

Pläne für die Südstraße

Der Ankauf des Grundstücks an der Südstraße im Jahre 1891 hatte die Pläne, auf diesem Gelände einen Stützpunkt für die Stadtreinigung und die städtischen Fahrzeuge zu schaffen, weiter gedeihen lassen – trotz der blamabel gescheiterten Deponiepläne. Nur eine sinnvolle Nutzung konnte zudem den teuren Erwerb der Fläche rechtfertigen. Letztlich mussten die Kritiker einer städtisch gesteuerten Reinigung und Abfuhr den Befürwortern weichen, die sich durch diese Regelung – nach Jahren kontroverser Diskussionen – natürlich eine Besserung der unausgesetzt beklagenswerten Verhältnisse erhofften. Am 18. Februar 1893 verabschiedete der Magistrat ein neues Orts-Statut, das am 27. Juni 1893 vom Bezirksausschuss in Arnsberg genehmigt wurde und mit Wirkung vom 1. April 1894 die in kommunaler Verantwortung arbeitende Bochumer Stadtreinigung und Abfallbeseitigung begründete. Es hieß dort u. a.:

„§ 1. Die Stadtgemeinde übernimmt die ortsüblich den Grundstückseigenthümern obliegende Reinigung der öffentlichen Straßen, Plätze und Rinnsteine, sowie der Bürgersteige in dem den polizeilichen Anforderungen entsprechendem Umfange und den nachfolgenden Bedingungen. [...]

§ 3. Für die den Grundstückseigenthümern abgenommene Straßenreinigung sind von diesen je nach Länge der Front, mit der die Grundstücke einschließlich der Höfe und Gärten an der Straße oder einem öffentlichen Platze liegen, Gebühren in vierteljährlichen Theilzahlungen im Voraus [...] zu entrichten. [...]

§ 5. Die bei der Straßenreinigung und Abfuhr gewonnenen Massen sind Eigentum der Stadt.“¹¹⁷

Schon im Juli 1893 war für die bisher angeschafften Sprengwagen ein städtisches „Wagenhaus“ auf dem

Gelände an der Südstraße fertig gestellt worden.¹¹⁸ Da es schon aus Mangel an städtischen Fahrzeugen zunächst unmöglich schien, einen vollständigen Fuhrbetrieb in Gang zu setzen, wurde im März 1894 mit dem Spediteur Friedrich Gummert noch einmal ein mehrjähriger Vertrag für den Abtransport von Kehrriecht und Abfällen geschlossen, wobei ihm aufgetragen wurde, keine offenen Karren mehr zu verwenden. Professor Löbker vom Krankenhaus Bergmannsheil hatte darauf hingewiesen, dass der Straßenstaub ein sicherer Überträger der Tuberkulose sei und Gummert zeigte sich willens, die Abfuhr zukünftig mit geschlossenen Kastenwagen auszuführen.¹¹⁹

Der Beginn

Ausgerüstet „mit Kehrbesen und Gießkannen“ nahm die Bochumer Straßenreinigung und Müllabfuhr am 3. April 1894, morgens „bald nach 6 Uhr“, mit eigenen „von der städtischen Verwaltung eingestellten Arbeiter-Colonnen“ erstmals die Arbeit in den Straßen der Stadt auf.¹²⁰ Nach einigen Tagen wurde den Arbeitern eine einheitliche Montur verpasst, bestehend aus „blauer Bluse und schwarzer, glanzlederner Mütze.“ Dass die vom Straßenkehren entbundenen, aber zur Aufbringung der Gebühren verpflichteten Eigentümer die neue Regelung widerspruchslos hinnehmen würden, konnte nicht erwartet werden. Am 15. Juni und 9. November 1894 versammelten sich rund 400 Hausbesitzer zu Protestversammlungen in der „Tonhalle“ an der Bongardstraße.¹²¹ Justizrat Düesberg, der zum Sprecher der Betroffenen gewählt wurde, verbreitete Zuversicht über die Erfolgsaussichten des Einspruchs, besonders hinsichtlich der angezweifelte Gültigkeit des Orts-Statuts. Letztendlich hatte die Initiative aber keinen Erfolg. Die Neuordnung der Stadtreinigung in Bochum blieb – einschließlich der Zahlungspflicht der Hauseigentümer – so bestehen, wie sie eingeführt worden war, was die Stadtverordneten am 28. Februar 1896 abschließend feststellten.¹²²

Der Ausbau des Geländes an der Südstraße zu einem Stützpunkt der Stadtreinigung ging weiter. Ende 1895 wurde die Straße „chausseeartig“ ausgebaut und mit einer festen Steindecke versehen. Im Dezember wundernten sich die Bochumer sehr, dass der Neuschnee vom Heiligen Abend am Morgen des 1. Feiertages von der

¹¹⁵ So am 10. Dezember 1886 der Wirt und Metzger Siegmund Steinberg (Moltkemarkt 20), am 2. Juli 1887 der Amtsrichter Hugo Landschütz (Viktoriastraße 1) und am 25. November 1887 der Wirt Albert Schkommodau (Brückstraße 27).

¹¹⁶ Märkischer Sprecher Nr. 203, 1. September 1882.

¹¹⁷ Märkischer Sprecher Nr. 67, 20. März 1894.

¹¹⁸ Märkischer Sprecher Nr. 159, 10. Juli 1893. In dem Wagenhaus wurde 1895 das dem Schützenverein vom Kriegsministerium geschenkte Festungsgeschütz, das an der Beschießung von Paris beteiligt war, untergestellt.

¹¹⁹ Märkischer Sprecher Nr. 56, 7. März 1894.

¹²⁰ Märkischer Sprecher Nr. 77, 3. April 1894.

¹²¹ Märkischer Sprecher Nr. 265, 10. November 1894.

¹²² Märkischer Sprecher Nr. 51, 29. Februar 1896.

tüchtigen „*Straßenfeger-Kolonne*“ schon geräumt worden war. Im Sommer des nächsten Jahres wurde am Auftritt der Truppe weiter gefeilt: Die Bediensteten trugen nun eine schwarze Bluse mit „*schwarzlackirtem Leibgurt*“, dazu eine Wachstuchmütze mit den Buchstaben B.S.R. (Bochumer Straßen-Reinigung).¹²³



Abb. 14: Die städtischen Müllkippen wurden durch Sammler regelmäßig nach Verwertbarem wie Lumpen, Knochen, Eisen etc. durchsucht; an der Berggasse in Hamme besorgte dies über einige Jahre (bis 1909) die Firma Wertheim & Co. aus Kassel, die der Stadt einen jährlichen Pachtpreis von 400 Mark zahlte.

Auf der städtischen Müllkippe an der Hattinger Chaussee wurden mit einem Kostenaufwand von 12.500 Mark Baumaßnahmen vorgenommen, um den Klagen der von Gerüchen geplagten Anwohnern, aber auch den Beschwerden des Weitmarer Amtmanns hinsichtlich der sanitären Verhältnisse zu entsprechen. Der Kreisphysikus Dr. Lorentz konzidierte den Betroffenen zwar eine Belästigung – der Volksmund sprach vom „*Fliegenviertel*“ –, bestritt aber jegliche Gefährdung der Gesundheit. Den Arbeitern auf dem Gelände wurde eine „*Wärterbude*“ errichtet, was nicht verhindern konnte, dass ständig Sammler den Müll nach verwertbaren Dingen durchsuchten, den Zaun durchbrachen und das Wachpersonal bedrohten und bewarfen.¹²⁴ Der Verbesserung der Verhältnisse diene die Neuerung, die Haushaltabfälle in der Nacht mit Straßenkehricht zu überdecken und zu walzen, um den „*Dünsten einigermaßen entgegenzutreten*.“ Für das nächtliche Arbeiten wurden auf dem ganzen Terrain Lampen installiert und ein Geländestreifen zur Chaussee hin der günstigeren Optik wegen mit Gras eingesät.¹²⁵

Durch Beschluss der Stadtverordneten vom 29. Juli 1898 wurden zur weiteren Vervollständigung der Zent-

rale an der Südstraße 50 000 Mark bewilligt. Es wurde ein Gebäude zur Aufnahme der Verwaltung (mit einer Wohnung im Obergeschoss für den Leiter) und Unterkunftsräumen für die Belegschaft, ferner Stallungen für 30 Pferde errichtet. Obwohl daraufhin gearbeitet wurde, den Arbeitsablauf zukünftig mit eigenen Fuhrwerken zu bewältigen, konnte auf die Ge-

stellung zusätzlicher Pferde und Wagen durch Gummert noch nicht verzichtet werden.¹²⁶ Der Schuppen musste zur Aufnahme weiterer Fahrzeuge um 18 Meter verlängert werden; angebaut wurden eine Schmiede und eine eigene Stellmacherei. Dem „*Gesamtbetrieb*“ wurde nun der Name „*Fuhrpark*“ beigelegt und als dessen Leiter ein „*auf Lebenszeit angestellter Gemeindebeamter*“, Hermann Backenköhler (vormals Assistent im Bauamt), bestellt.

Vom 15. April 1900 an wurde in zwei Schichten gearbeitet. Der „*Tagesbetrieb*“, der von 6.00 bis 12.00 Uhr und von 13.30 bis 18.00 Uhr (an Sonn- und Feiertagen von 5.00 bis 8.00 Uhr) stattfand, galt der Berieselung der Straßen, der Nachreinigung der Hauptstraßen, der Reinigung der Märkte und der evtl. Schneeräumung. Im „*Nachtbetrieb*“ wurden von 18.00 bis 21.00 Uhr

die Hausabfälle abgefahren, von 18.00 Uhr bis 6.00 Uhr in der Frühe erfolgte die Reinigung der Straßen. Das Personal des Betriebes setzte sich aus dem Leiter und einem Assistenten, einem Oberaufseher, vier Aufsehern, 23 Knechten, zwölf Ascharbeitern, 37 Straßenreinigern und vier Handwerkern zusammen. An Tagelohn erhielt der Oberaufseher 5 Mark, die Aufseher 3,33 Mark, die Vorarbeiter, Knechte und Handwerker 3 Mark und die Arbeiter 2,50 bis 3 Mark. Die Straßenreiniger konnten, wie die Arbeitsordnung verriet, in der Pause von 9 bis 10 Uhr Abends im „*Eßzimmer*“ einen kostenlosen Kaffee zu sich nehmen. Ein weiteres Mal wurde die Kleidung der Mitarbeiter modifiziert: Schwarze „*englischlederne*“ Hosen, blaue Tuchblusen, blauleinene Kittel für Arbeiter und ebensolche Jacken für Knechte, dazu blaue Tuchmützen und wasserdichte Ölrocke bzw. Mäntel; für das Aufsichtspersonal Tuchhosen, Tuchlitewken und -mäntel sowie Mützen.

¹²³ Märkischer Sprecher Nr. 166, 17.7.1896.

¹²⁴ Wie Anm. 86, Bl. 1, 4, 16.

¹²⁵ Verwaltungsbericht der Stadt Bochum 1900, S. 108 f.

¹²⁶ 1908 wurde mit Gummert ein weiterer bis zum 1. Juli 1914 laufender Vertrag über den Einsatz von Pferden geschlossen. Märkischer Sprecher Nr. 156, 30. Oktober 1908.

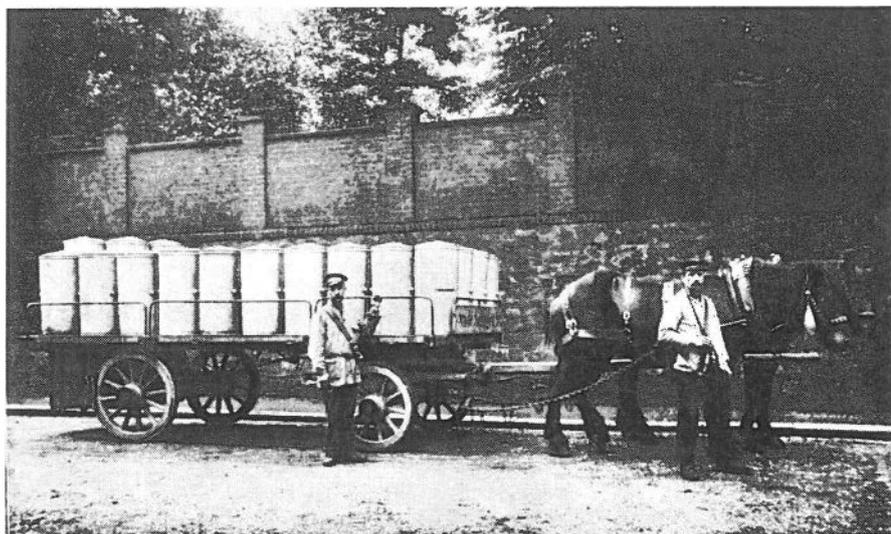


Abb. 15: Am 24. Februar 1913 begann der städtische Fuhrpark im Ehrenfeld mit der Müllabfuhr nach dem Wechseltonnensystem. Jedem Haus wurden die neuen aus verzinktem Eisenblech bestehenden und von der Firma Schmidt & Melmer in Weidenau/Sieg gelieferten Tonnen zugeteilt, die am Tage der Abholung auf so genannten „Plateauwagen“ gegen leere (und gereinigte) Tonnen ausgetauscht wurden.

Kommunalisierung

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich die schnell wachsenden Städte vor ungewohnte Aufgaben gestellt gesehen. Die zunehmende Tendenz zum Zusammenleben im engen städtischen Verband erzwang neuartige Lösungen in der Ver- und Entsorgung. Überlegungen wurden verstärkt diskutiert, Aufgaben des Allgemeinwohls, die eine „zunehmende Professionalisierung und Heranziehung von Fachkräften“ erforderten, wider jede Gewohnheit den Kommunen selbst zu übertragen.¹²⁷ Nach einer langen Zeitspanne nur minimaler Veränderungen, in welcher der untertänige Bürger (fast) allein zur Reinhaltung seiner Stadt verpflichtet war, hatten nunmehr städtische Bedienstete diese Arbeit aufgenommen.

Die kommunalen Gründungen der Zeit umfassten Dienstleistungen, die von jetzt an jedem Bürger zustanden. Die Ansicht hatte sich durchgesetzt, dass gemeindliche Institutionen den Belangen der Daseinsbewältigung besser gerecht würden als privat betriebene Einrichtungen, obschon die Städte auch einen wirtschaftlichen Vorteil sahen und im Auge behielten. Die anhaltende Tendenz zur Aneignung weiterer Aufgaben führte zwangsläufig zu einer Ausweitung der Verwaltung, einer Vergrößerung des Personalbestandes und damit auch zu einem deutlichen Kostenanstieg.¹²⁸ Kritische

Beobachter sehen heute in dem damals eingeschlagenen Kurs in Richtung einer – wie sie meinen – „Allzuständigkeit“ des Staates den „Wegbereiter des modernen Wohlfahrtsstaates.“¹²⁹

Diese Überschreitung gewohnter Grenzen war gegen den Widerstand der bis dahin die Geschicke der Kommunen bestimmenden Gruppierungen erfolgt. Es waren die aus Besitz, Ämtern oder Familienzugehörigkeit Bevorrechtigten – dazu erfolgreiche Firmengründer und Gewerbetreibende –, die die Mehrzahl der Stadtverordneten stellten. Sie vor allem sahen sich Veränderungen ausgesetzt, die die vertraute Ordnung in Frage stellten und den Verlust von Vorrechten befürchten ließen; wenngleich manche sich früh den neuen Entwicklungen öffneten. Die öffentlichen Aufgaben umfassten neben dem Sozial-, Gesundheits- und Schul-

bereich, dem Verkehrswesen und der hier behandelten Entsorgung von Abfällen und Exkrementen, vor allem die Energie- und Wasserversorgung für den Bürger und die Industrie. 1856 waren die ersten Gaslaternen in den Straßen Bochums entzündet worden, nachdem im Jahr zuvor die Bochumer Gas-Anstalt gegründet worden war, an deren Kapital die Stadt nur mit einem Fünftel beteiligt war und private Zeichner den großen Rest aufbrachten. 1864 gelang Bürgermeister Greve die Überführung der Gas-Anstalt in ausschließlich städtischen Besitz. 1871 begann in Bochum die Versorgung mit Wasser, und 1892 nahm ein kleines Werk im Garten an der Albertstraße die Versorgung des Rathauses mit elektrischem Strom auf, aus dem am 1. April 1893 die Städtischen Beleuchtungs- und Wasserwerke hervor gingen.¹³⁰

Das Arbeiten in einem städtischen Betrieb bedeutete Sicherheit, ohne den teils heftigen Konjunkturschwankungen der Industrie und mancher Willkür ausgesetzt zu sein; knapp, aber doch wohl auskömmlich bezahlt. Ob der Leiter der städtischen Müllentsorgung, dem neben der freien Wohnung „für Controllzwecke“ auch ein Dienstpferd beigegeben war, die nächtlichen Einsatzpunkte seiner Mannschaft visitierte, ist nicht gewiss. Einmal, 1907, kam es nächtens zu einem Streik der Truppe, „die plötzlich von der Zeitströmung ergriffen wurde und nach mehr“ geschrien habe, wie der

¹²⁷ Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt am Main 1985, S. 67.

¹²⁸ Die Kosten für die Müllabfuhr und Straßenreinigung, die hier nur skizziert werden können, betragen laut Verwaltungsberichten

(abgerundet) 1890/91 = 18.484 M., 1894/95 = 32.405 M., 1900 = 53.976 M., 1905 = 113.661 M.

¹²⁹ Wolfgang R. Krabbe, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989, S. 124.

¹³⁰ Wie Anm. 95, S. 11-18, 36.

Märkische Sprecher – gewohnt hämisch – kommentierte. „30 bis 40 Pfg. pro Schicht“ seien von den Aufrührern mehr verlangt worden und sie hätten die Arbeit eingestellt.¹³¹ War am Ende doch nicht alles so behaglich geregelt, wie es die Arbeitsordnung des Fuhrparks Glauben machte, in der man Fürsorgliches hatte lesen können: „Um bei der Reinigung auch die erforderliche Straßenbeleuchtung zu haben, geht ein Mann vor jeder Arbeitscolonne eine Straße voraus und steckt sämtliche Laternen an, ein zweiter Mann löscht hinter der Colonne diese Laternen wieder aus.“¹³²

Abbildungsnachweis

Sammlung Kreppke: Abb. 1, 2, 5, 9, 10, 11 / Aufnahme Kreppke: Abb. 8 / Stadtarchiv Bochum: Abb. 4 (Bochumer Kreisblatt), 6 (Märkischer Sprecher), 7 (B 1573) / Presseamt der Stadt Bochum: Abb. 3, 12, 13, 14, 15.

Westfalentag 2010

Geschichte in der Großstadt

24. April 2010 ganztägig

Der Westfalentag, an dem jeweils bis zu 400 Besucher teilnehmen, wird vom Westfälischen Heimatbund (WHB) ausgerichtet und beschäftigt sich ausführlich mit aktuellen Fragen und Problemen Westfalens. Der Westfälische Heimatbund mit Sitz in Münster ist die Dachorganisation von über 530 Heimatvereinen mit ca. 130.000 Mitgliedern. Die Kortum-Gesellschaft ist Mitglied des WHB und wird den Tag mit ausrichten.

Das Programm sieht bisher so aus:

Begrüßung:

Dr. Wolfgang Kirsch,
LWL-Direktor

Festvortrag:

Dr. h.c. Fritz Pleitgen,
Vorsitzender der Geschäftsführung
der Ruhr 2010 GmbH.

Exkursionen:

- LWL-Industriemuseum Zeche Hannover, Bochum
- Deutsches Bergbaumuseum, Bochum
- LWL- Museum für Archäologie, Herne
- Schloß Strünkede, Herne

Veranstaltungsort wird das Otilie-Schoenewald-Weiterbildungskolleg der Stadt Bochum an der Wittener Straße 61 sein.

¹³¹ Märkischer Sprecher Nr. 230, 1. Oktober 1907.

¹³² Wie Anm. 125, S. 108.

Ingetraud Rösen Die Scharounkirche im Glockengarten

Den wenigsten Bochumer Bürgern dürfte bekannt sein, dass die Stadt Bochum seit dem Jahr 1997 ein weiteres geschütztes Baudenkmal, dazu noch eines aus dem 20. Jahrhundert, in einem der Kerngebiete der Stadt birgt. Es handelt sich um die Johanneskirche, Glockengarten 70, in Altenbochum. Das westfälische Amt für Denkmalschutz sah den Schritt der Erhebung zum geschützten Baudenkmal durch die Einzigartigkeit des Gebäudes im Werk seines Architekten Hans Scharoun (1893-1972) und im Kirchenbau des 20. Jahrhunderts begründet.

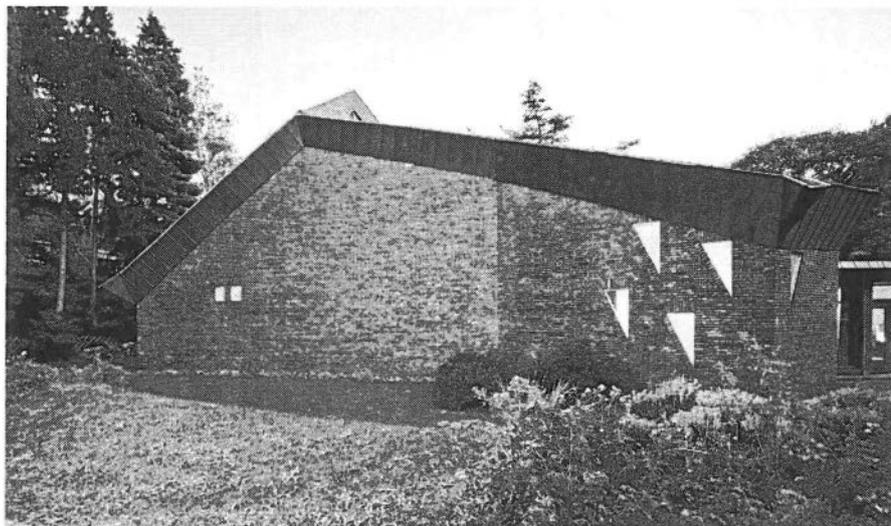


Abb. 1: Vorderansicht

In ihrer Unkenntnis über diesen Edelstein unter Bochums Baudenkmalern finden sich die meisten Bochumer in guter Gesellschaft: Der zur Kulturhauptstadt 2010 erstellte Internetauftritt der Stadt erwähnt die Johanneskirche weder bei den „Sehenswürdigkeiten und Denkmälern“ noch auf dem professionell ausgeführten „Rundgang der Blauen Linie“. Lediglich in einer Beschreibung des Ortsteils Altenbochum kann man eine Würdigung des Baudenkmals finden. Aber wer kommt schon darauf? Bis zum April 2009, dem Beginn der Initiative Scharoun-Kirche, fand sie auch keine Wikipedia-Erwähnung, wenn es um die Nennung von Scharouns Werken geht, und nur die wenigsten Werkverzeichnisse seiner Arbeiten nennen sie. Auch Google-Earth weiß nicht, dass das Gebäude im Glockengarten 70 eine Kirche ist. Dabei handelt es sich hier um den einzigen Sakralbau des berühmten deutschen Architekten der Moderne, der viele Elemente der zu Welt- ruhm gelangten Berliner Philharmonie aus den Jahren 1956-1963 trägt – so z.B. das berühmte Zeltdach, die Wandgestaltung, die dreieckige Fensterform, den mar-

kanten dunklen Alta-Quarzitboden, und das Konzept der Raumplastik.

Es ist auch weithin unbekannt geblieben, dass die im Jahre 1966 gebaute und am 3. Advent desselben Jahres geweihte Johanneskirche nicht einsam als einziger Sakralbau im Gesamtwerk des im Jahre 1883 Geborenen steht: vielmehr hat sich Hans Scharoun seit seiner Jugendzeit immer wieder mit dem Thema Kirchenbau befasst und Skizzen und Entwürfe für Projekte angefertigt, die dann aber nicht realisiert oder angenommen wurden.¹

Die Gründe, dieses Bauwerk einem größeren Publikum bekannt zu machen, liegen auf der Hand: Mit diesem einzigen realisierten Kirchenentwurf Hans Scharouns besitzt Bochum nicht nur ein Zeugnis für die Symbiose von moderner Architektur und christlicher Religiosität, sondern auch ein Beispiel für die dynamische Formgestaltung seines bedeutenden Architekten. Hier werden die Elemente seiner verschiedenen Schaffensphasen sichtbar: kristalline, expressionistische Formen, Funktionalitätsbewusstsein und -strenge der 1920er- und frühen 1930er-Jahre (Bauhaus) und der ästhetische Zugriff seiner späten berühmten Schaffenszeit. Besonders in den 1960er-Jahren bis zu seinem Tode im Jahre 1972 hat Scharoun den jeweils geplanten Raum auf dessen Funktion, Aktions- und Ideengehalt hin organisch entwickelt und dabei eine bewegte, abstrakte Formensprache eingesetzt.

Dieses Baudenkmal verdankt Bochum mehreren glücklichen Umständen: Dem Umfeld, den Personenkonstellationen und den aus besonderen Gegebenheiten resultierenden Handlungen verschiedener Persönlichkeiten und deren finanzieller Opferbereitschaft. Am 6. Februar 1962 gründete die Bochumer Gemeinde der Christengemeinschaft mit ihrem Pfarrer Alfred Basiner einen Verein zur Förderung der Christengemeinschaft in Bo-

¹ Ich verdanke Volker Harlan, der zwischen 1965 und 2001 Pfarrer an der Johanneskirche war und der mir bereitwillig Auskunft gab sowie Bildmaterial zur Verfügung stellte, wichtige Informationen über die Entstehungsgeschichte der Kirche. Volker Harlan, Die Johanneskirche in Bochum nach dem Entwurf von Hans Scharoun, Bochum 2006; Siehe ebenso die Texte von Tom Tritschel und Werner Möller in der Broschüre des Initiativkreises Scharounkirche: Die Johanneskirche Bochum von Hans Scharoun, Bochum 2009. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank. Er geht ebenso an Herrn Prof. Harald Gatermann von der Fachhochschule Bochum (Anm.1) für die Zusammenstellung der architektonischen Entwürfe Scharouns, der Baupläne und der 3D-Simulation und an Herrn Stefan Pätzold vom Stadtarchiv Bochum für Auskünfte über das Areal „Glockengarten“. Ganz besonders aber danke ich dem Fotografen Jonas Holthaus für die Fotografien, die auch in der Ausstellung vom 10. Mai bis 9. Oktober 2009 im Eingangsbereich der Kirche zu sehen waren.

chum e.V., da ihr provisorischer Raum in der Voedestraße sich als zu klein erwies, und sie eine Kapelle bauen wollte. Sie begann ziemlich bald danach mit Verhandlungen für den Kauf einer Parzelle zwischen der Velsstraße und dem Glockengarten, der am 12. Oktober 1964 erfolgte.

Zu dieser Örtlichkeit einige Hintergründe: Der „Neue Hellweg“ in Altenbochum war im Zuge der Eingemeindung am 7. Mai 1926 in „Glockengarten“ umbenannt worden. Er verdankt seinen neuen Namen der in diesem Areal in der Mitte des 18. Jahrhunderts ansässigen Glockengießerei des Johann Michael Stocky, der u. a. 1733 die zweite Glocke der Propsteikirche hier goss.² Die Parzelle selber liegt auf dem Gebiet des ehemaligen Landgutes Schulte im Vels, das durch Verkäufe bis in die 1930er-Jahre hinein immer mehr zusammengeschmolzen und durch eine Versteigerung im Jahre 1932 in den Besitz der Familien Dehl/Hundgeburth gelangt war. Das Landgut bzw. sein Besitzer (schulte to dem Velthuys) finden schon 1324 urkundliche Erwähnung.³ Es wird 1486 als Schulthenhof „Schult in dem Velthus“ im Schatzbuch der Grafschaft Mark aufgeführt. Dies war zusammengestellt worden, um auch den bäuerlichen Grundbesitz für eine Steuererhebung zu erfassen, weil Städte und Ritterschaft die enorme Steuerlast nicht mehr alleine tragen konnten und wollten.⁴

Im 17. Jahrhundert befand sich das Gut Velthusen als Lehen in den Hebelisten der reichsunmittelbaren Abtei Werden und kam durch den Reichsdeputationshauptschluss 1804 in preußischen Besitz. Wir erfahren in der Stadtgeschichte von Franz Darpe, dass 1805 die nachgelassenen Kinder des Johann Henrich Schulte mit dem Hof des verstorbenen Vaters belehnt wurden. 1827 konnte ihn der Landwirt Schulte im Vels käuflich erwerben. Er und seine Nachkommen lebten in dem alten Fachwerk-Hofgebäude, das im Jahre 1902 durch Brand zerstört und im Folgejahr durch einen Ziegelbau ersetzt wurde. Zu der Landwirtschaft betrieb der Hof bis 1945 noch einen Steinbruch mit Ringofenziegelei, der später die Bombentrümmer der zerstörten Innenstadt aufnehmen sollte und damit verschwand. Eine Stele in der benachbarten Grünanlage erinnert noch heute daran.⁵

Aus den Restbeständen des Gutareals, die sich seit 1932 im Besitz der Familien Dehl/Hundgeburth befanden, erwarb nun die Christengemeinschaft eine 2.450 qm große Parzelle. Sie umfasste das alte Gutshaus, das zum Pfarrhaus umgewidmet wurde, einen Garten nach hinten

und eine große Wiese zur Straße hin und bot somit einen idealen Platz für die zu errichtende Kirche. Der neue Pfarrer Diether Lauenstein (1964-1975 im Pfarramt der Kirche) widmete sich nun mit Verve der Aufgabe des Kirchenbaus. Er war habilitierter Sprachwissenschaftler und Indologe und hatte nach dem Krieg als einer der ersten von den britischen Besatzungsbehörden eine Lizenz zur Herausgabe einer Zeitung erhalten, war Verleger des Westfalenblattes in Bielefeld gewesen, hatte aber die Verlegertätigkeit aufgegeben, um sich dem Seelsorgeramt als Pfarrer der Christengemeinschaft zu widmen. Ohne sein Engagement und seinen Sachverstand und seine immer wieder eingesetzten privaten Finanzspritzen, hätte es diesen Bau nicht gegeben: er verzichtete auf sein Pfarrergehalt, besorgte zur Anschubfinanzierung eine Spende des Westfalenblattes und erleichterte es damit der Gemeinde, die schwere Darlehenslast für den Kirchenbau zu tragen.



Abb. 2: Innenansicht

Mit diesem Umstand verbanden sich andere glückliche Personenkonstellationen: Die Gemeinde zählte zu ihren Mitgliedern die Tochter des Fabrikanten Schmincke. Hans Scharoun hatte im Jahre 1933 das exzeptionelle Haus ihrer Eltern in Löbau (bekannt als das „Haus Schmincke“) gebaut und sich im Laufe seiner Tätigkeit

² Franz Darpe, Geschichte der Stadt Bochum, Bochum 1894, S. 393; Stadt Bochum (Hg.), Bochumer Straßennamen. Herkunft und Deutung, Bochum 1993, S. 200.

³ Ebd., S. 9, 436.

⁴ Harlan, Johanneskirche (wie Anm. 1) S. 1-2; Darpe, Bochum (wie Anm. 2) S. 24; Bochum, Straßennamen (wie Anm. 2). S. 9, 436.

⁵ Harlan, Johanneskirche (wie Anm. 1) S. 1-2.

mit der Familie angefreundet. Im Zuge der Planungsgedanken in der Gemeinde kam die Idee auf, sich doch einmal an Hans Scharoun zu wenden, den die Schmincke-Töchter als Onkel betrachteten. Der Name „Onkel Hans“ findet sich bis heute in den Entstehungsgeschichten der Kirche als Arbeitsname, dabei hatten ihn doch die Mädchen „Pfeffer“ genannt, weil sie Professor Scharoun nicht aussprechen konnten (und bei diesem freundschaftlichen Ansprachemodus ist es auch später geblieben). Jedenfalls fuhren am 25. November 1964 Gertraude Bleeks geb. Schmincke und ihr Ehemann Helmut zu einer Besprechung mit Scharoun nach Berlin. Und „Pfeffer“ hatte Interesse, griff doch der Kirchenbau ein von ihm seit seiner Schülerzeit immer wieder bedachtes Thema auf. Bei einem weiteren Treffen, an dem auch Pfarrer Diether Lauenstein teilnahm, fertigte Scharoun eine erste (heute verschollene) Handskizze für die Kirche an, während ihm Lauenstein den Kultus der Christengemeinschaft erläuterte und mit ihm die sich daraus ergebenden baulichen Konsequenzen entwickelte.

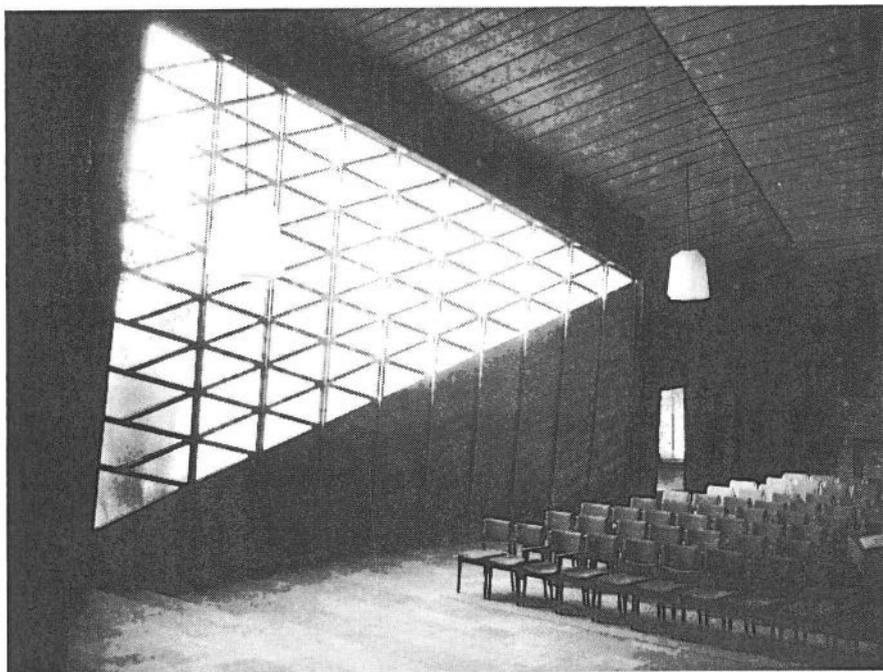


Abb. 3: Fenster in der Südwand

Da Scharoun zu dieser Zeit mit dem Entwurf der Staatsbibliothek in Berlin voll ausgelastet war, betraute er einen Mitarbeiter mit der Weiterentwicklung der Planung, die aber die Bauherren wegen der Reduktion auf einen rechtwinkligen Bau zutiefst enttäuschte. In langen Briefen und mit Hilfe des Architekten Gundolf Bockemühl konnte Lauenstein den Durchbruch erreichen: er hielt den vielbeschäftigten Scharoun bei der Stange. Aus einer weiteren kleinen Modellskizze, die er von einem Gespräch in Berlin zurückbrachte, entwickelten der befreundete Stuttgarter Architekt und Scharounverehrer

Gundolf Bockemühl und sein Partner Hans Georg Weller eine Interpretation der Skizze und des Ursprungsplans von Scharoun. Sie erstellten einen Entwurfsplan und ein Papiermodell, das sie gemeinsam mit Lauenstein zu Scharoun nach Berlin brachten. „Scharoun fuhr mit der Hand über das Modell, so wie man eine Katze streichelt, sagte dazu kein Wort und gab zu erkennen, dass wir so weiter arbeiten sollten“, berichtet Gundolf Bockemühl in einem Brief an J. Stams am 22. März 2009. Es ist zu vermuten, dass er von dem kongenialen Vermögen der drei Besucher tief beeindruckt war und deshalb in einen Prozess intensiver konkreter Planungen (z. B. von Höhenquoten, Material usw.) einstieg. Anfänglich dachte er, wohl auch in Anlehnung an den Ortsnamen, an einen Glockenstuhl, der aber dann nicht realisiert wurde.

Wie eng er mit Lauenstein zusammenarbeitete, zeigt die Tatsache, dass er dessen Wünsche z. B. nach der sichtbaren Klinkerwand aufnahm, dessen Beschreibung der einzelnen Funktionen im Gottesdienst genau befolgte und die Orte, an denen sie vollzogen werden, so zu einer

Raumplastik integrierte, dass sie als sichtbar abgesetzte Raumteile wahrnehmbar sind und doch eine Einheit bilden: als Altar-, Predigt-, Innen-, Musik- und Eingangsraum. Dazu gehören, jeweils durch eine Tür abgetrennt, rechts vom Altar die fünfeckige, sehr stark sammelnde Sakristei, und die zum Eingangsbereich führende, schlichte Eingangshalle. Gerade an ihr wird das funktionale Raumenken deutlich: Nur durch eine Glaswand von der Außenwelt getrennt, bietet sie einen Blickkontakt nach außen und von innen; die Gemeinde wird durch die längliche Form vor den Kirchenraum geführt, kann diesen aber nur in einer scharfen, bewussten Wende nach links betreten („wendet den Sinn“ wie es der Namensgeber der Kirche forderte) oder gleitet weiter zum Gemeinderaum oder dem Büro. Wer sich umwendet, kann den weitläufigen Bereich als Versammlungs- und Ausstel-

lungsraum wahrnehmen, der durch die kombinierte Fenster- und Türwand belichtet und mit der Außenwelt verbunden wird. So ist es nur konsequent weitergedacht, dass dieser Raum in den frühen 1970er-Jahren auch die Funktion einer Galerie für Kunstausstellungen erhielt.

Diese Funktionalität der Architektur wird nicht nur durch die Raumformen, sondern auch durch den Einsatz von Material (Klinkerwand, Holz, Verglasung, Stein, Licht und Farbe) sichtbar gemacht und verlebendigt. Gute Beispiele dafür sind die Eingangshalle und im Kirchenraum die Lichtsprache in der Dachkonstruktion und

die diagonale, schräge Fenstersüdwand. Die eigenwillige Formen- und Lichtsprache brachte naturgemäß auch eine eigenwillige Verwendung des Baumaterials mit sich, die sich mit der Zeit als nicht unproblematisch in Bezug auf Wärmedämmung, Feuchtigkeit, Korrosion erwiesen. So bereitet z. B. das so wohltuend beschützende, bewegte Zeltdach ständig Schwierigkeiten hinsichtlich der Dichtigkeit und Wärmedämmung. Die die zehn Segmente bildenden schmalen Stahlträger in der südlichen Fensterwand zeigen Korrosionsspuren, und das darin sensationell verkippte dreieckige Glasfenster muss vor Nässe, Korrosion und Kälte geschützt werden. Auch der angenehme dunkle Quarzitboden mit dem Wärmeluftschacht für ein veraltetes Heizungssystem bereiten in Bezug auf Effizienz und Wärmedämmung erhebliches Kopfzerbrechen.

Hierbei wird sichtbar, wie ein in der Vergangenheit entwickeltes Baukunstwerk schon allein wegen seiner Materialität in Gegenwart und Zukunft Fragen aufwirft, die es im Blick auf seine ästhetische Qualität, sein künstlerisches Vermächtnis und seine spirituelle Funktion zu beantworten gilt.

Damit zurück zu seiner Geschichte: Am Himmelfahrtstag, dem 19. Mai 1966, wurde der Grundstein gelegt, schon am 3. Advent desselben Jahres wurde, wie erwähnt, die Kirchweihe gefeiert, obwohl manches noch unfertig oder erst angelegt war, da die Gemeinde erst nach und nach die Mittel zur Fertigstellung bzw. Anschaffung aufbringen konnte: Im Jahre 1968 erhielt die Kirche den Alta-Quarzit-Fußboden und den von Scharoun entworfenen Altar: Sein als leeres Steingrab verstandener hellgrauer Granitblock wird von dem Grabplatten-Tisch auf einer ausgeklügelten Vierkantrohrkonstruktion überhöht. Dahinter reihen sich sieben mannshohe Kerzenleuchter aus verchromtem Stahlrohr, die vom Bauhausschüler Wilhelm Wagenfeld im Jahr 1970 auf Bitten Scharouns entworfen und fertiggestellt wurden. Noch im Jahr 1968 hatte Lauenstein für eine mühselig von der Gemeinde zusammengetragene Anzahlung von 3.000 DM von Fritz Winter das Altarbild „Licht“ erhalten. Der Maler hat keine Nachforderungen gestellt, wohl weil er so zufrieden mit der Umgebung des Bildes war: Die bläulich rote Klinkerwand aus bewusst gewählten Fehlbränden und Zweite-Wahl-Klinkern, deren Farbvielfalt von dunkelrot über rostschwarz zu blauviolett noch durch blauen Mörtel betont wird, hatte es ihm angetan. Als die rote Bestuhlung und die in Bochum gearbeiteten Wagenfeld-

Leuchter hinzugekommen waren, erschien die Kirche nach drei Jahren vorerst fertiggestellt.

Die bereits angedeuteten finanziellen Gesichtspunkte dieses Kirchenbaus verdienen an dieser Stelle eine besondere Erwähnung und zwar als weiteren glücklichen Umstand. Wie kann eine zahlenmäßig kleine, nicht sehr vermögende Gemeinde solch ein Kleinod der modernen Architektur, von solch einem berühmten Architekten entworfen, überhaupt finanzieren? Das Grundstück kostete damals im Jahre 1964 250.000 DM, die Baukosten betragen 200.000 DM. Hans Scharoun verzichtete auf ein Honorar und bewog auch einige Mitstreiter, es ihm gleichzutun. So brachte er z. B. Wilhelm Wagenfeld mit dem Hinweis auf seinen eigenen Verzicht dazu, von der Gemeinde nur die Materialkosten für die Leuchter zu verlangen. Pfarrer Lauenstein vermittelte eine Spende des Westfalenblattes in Höhe von 90.000 DM als Anschubfinanzierung und bestritt seinen Lebensunterhalt mit eigenen Mitteln, als er der Gemeinde sein Pfarrergehalt für die Baufinanzierung zur Verfügung stellte. Auch sein junger Amtskollege Harlan verzichtete anfangs darauf und gab sich mit den 250 DM im Monat zufrieden, die er durch seinen schulischen Religionsunterricht verdiente. Damit war der Gemeindehaushalt für das Bauprojekt weitgehend entlastet, und die restlichen Darlehen konnten kontinuierlich in einem erträglichen Maß abgezahlt werden. Und große und kleine Spenden und Aktionen erlaubten nach und nach den Ausbau, die Anschaffung von passendem Mobiliar, Kunstwerken und Kultgegenständen.

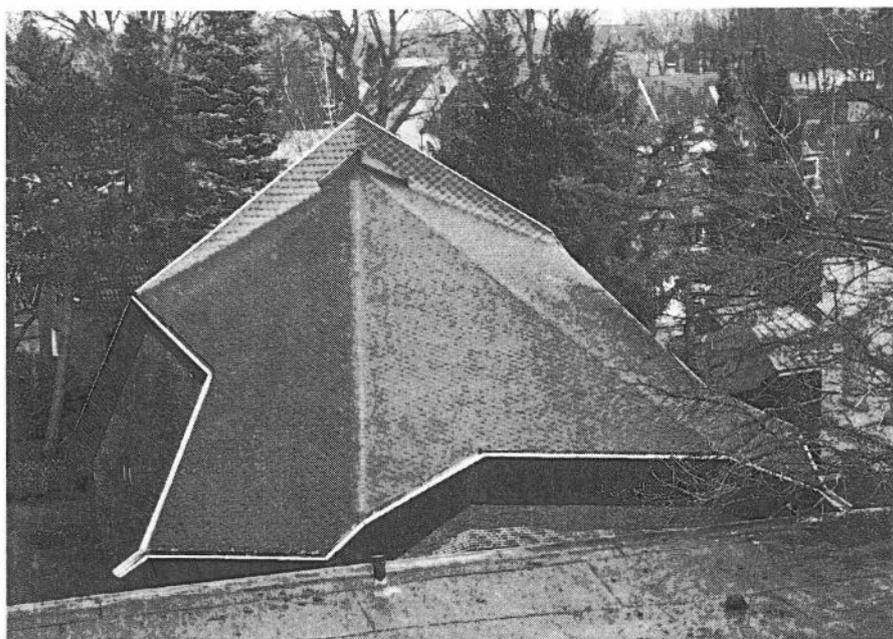


Abb. 4: Dach

Und nun muss noch ein weiterer glücklicher Umstand genannt werden. Es blieb nicht dabei, dass Pfarrer Die-

ther Lauenstein den Bau betreute und als kongenialen Helfer auch nach Scharouns Tod den Architekten Gundolf Bockemühl zur Seite hatte; er konnte auch den Stuttgarter Architekten Otto Jäger 1975 für die Vollendung der Dachkonstruktion gewinnen. Auch Volker Harlan erwies sich als kunstsinniger und verständiger Sachwalter des Ausbaus und der Betreuung der Kirche und der Kunstgalerie, und das trifft auch auf seinen Nachfolger Tom Tritschel zu, der seit 2006 Pfarrer an der Johanneskirche ist. Unter Harlan wurde die Farbgestaltung und Verbretterung des Dachinnenraums, der Fensterwand und der Eingangshalle mit bläulich-violett lasierten, ungehobelten Schalbrettern verschiedener Dicken und Breiten nach Scharouns Anregung beendet. Er sorgte dafür, dass noch weitere Kunstwerke angeschafft wurden, und betreute im Jahre 1986/87 den Anbau der (Aufbauungs-)Lazaruskapelle. Sie wurde von dem Architekten Claude Decressionniere und dem Bildhauer Roland Stalling entworfen und weitgehend in Eigenarbeit der Gemeinde erstellt. Sie nimmt die formalen Elemente der Kirche im Kleinen auf und ordnet sich damit der großen Schwester unter. Da sie an der Gartenseite angebaut wurde, stört sie die Scharounoptik in keiner Weise.

Obwohl die Johanneskirche durch ihre eigenwillige Schönheit aus dem Rahmen der in Bochum üblichen Architektur fällt, wird an und in ihr deutlich, dass Scharoun und Lauenstein durchaus den Kontext der engen und weiteren Umgebung Ruhrgebiet im Blick hatten: der Einsatz der Materialien wie Klinker, Ziegel (Ringziegelei) Stahl, Glas und die ungehobelten Holzbretter wendet sich an Bauelemente der Region. Diese war Scharoun wohlbekannt, hatte er sich doch in Wettbewerben immer wieder um Gestaltungsmöglichkeiten im Ruhrgebiet bemüht. So gibt es von ihm einen Entwurf für das Theater der Stadt Gelsenkirchen, vom Bahnhofsvorplatz Duisburg (beides 1920), vom Rathaus Bochum (1925) und drei ausgeführte Bauten: 1956-62 das Geschwister-Scholl-Gymnasium in Lünen, 1960 die Haupt- und Grundschule in Marl und eben die Johanneskirche in Bochum von 1965/66.

Scharouns Baudenkmal, obwohl das jüngste der Stadt, ist inzwischen auch in die Jahre gekommen. Der bekannte Zahn der Zeit hat gerade an den experimentellen Bauformen wie oben angedeutet in mehr als 40 Jahren Spuren hinterlassen, die im Rahmen einer größeren Renovierungsaktion beseitigt werden müssen. Der geschätzte Preis dafür beläuft sich auf mindestens 400.000 €, was die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde bei weitem überfordert. Deshalb hat sich nun eine Initiative Scharounkirche gebildet, die neben Spendensammeln und Sponsorensuche auch den Bekanntheitsgrad dieses Kleinods unter den modernen Bochumer Baudenkmalen heben will. Zum Auftakt ihrer Aktivitäten eröffnete sie eine Ausstellung mit Fotografien der Scharounkirche des mit dem Epson-Art-Photo-Award ausgezeichneten Nach-

wuchs-Fotokünstlers Jonas Holthaus am 10. Mai 2009, die den ganzen Sommer über zu sehen war. Sie ließ Vorträge, Kunstausstellungen, Gruppenführungen und einen Tag der Offenen Tür am Tag des Offenen Denkmals folgen, die auf ein reges Interesse der Bochumer Bürger stießen. Autorenlesungen und Konzertveranstaltungen, die wegen der hervorragenden Akustik ein besonderes Erlebnis versprechen, sind geplant. (Die Initiative Scharounkirche freut sich besonders über die Unterstützung der Bochumer Symphoniker, die hier am 15. Mai 2010 ein Stadtteilkonzert geben.) Auch das erfreuliche Medienecho gibt dem Initiativkreis Hoffnung, das Wissen um die Existenz dieses Baudenkmal Johanneskirche von Hans Scharoun erweitern zu können, ein entsprechendes sich verstärkendes Echo auf seine Aktivitäten zu erhalten und eine Renovierungs-Finanzierung durch Spendenaufkommen zu ermöglichen.

Die Kirche kann sonntags zwischen 12.00 und 13.30 Uhr und nach telefonischer Anmeldung (0234/352208) besichtigt werden. An jedem 1. Sonntag im Monat finden Führungen zwischen 12.00 und 14.00 Uhr statt. Internet-Kontakte unter www.scharoun-kirche.de.

Abbildungsnachweis

Die vier Abbildungen aus dem Jahre 2009 stammen von Jonas Holthaus.

● Die Autoren dieses Heftes

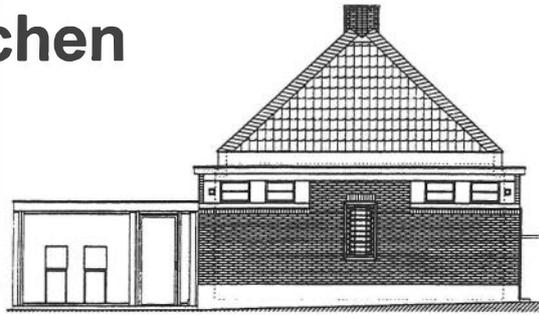
Hans Joachim Kreppke
Kreuzstraße 15
44787 Bochum

Clemens Kreuzer
Breite Hille 2 a
44892 Bochum

Ingetraud Rösen
Deismannstraße 44
44795 Bochum

Aus dem Häuschen

Berichtenswertes
von der Kortum-Gesellschaft



● Neue Bücher

Georg Braumann: Bochum - Kinderlandverschickt und umquartiert 1933-1946. Bochumer Zeitungen, Schul- und andere Berichte, amtliche Dokumente: eine Quellensammlung, projektverlag, Freiburg 2009, 24,00 Euro

Georg Braumann hat auch 2009 der stattlichen Anzahl seiner Publikationen weitere hinzugefügt. Neben der Weiterführung der vor allem aus Bochumer Zeitungen zusammengestellten Quellensammlungen zur Stadtgeschichte und zur Geschichte der Evangelischen Kirche, deren neue Bände nun die Nachkriegszeit betrachten, widmete er sich erneut seinem dritten Interessengebiet, der Kinderlandverschickung. Zu diesem Thema sind in den vergangenen Jahren bereits zwei Bücher von ihm erschienen, die Braumann nun um eine Publikation zur Kinderlandverschickung zur Zeit des Nationalsozialismus ergänzte. Während des Zweiten Weltkriegs wurden mit zunehmender Intensität der Bombenangriffe die Bochumer Kinder in ungefährdete Regionen evakuiert. Während einige bei Verwandten auf dem Land unterkamen, wurde für die Mehrheit eine Umsiedlung nach Ostdeutschland organisiert. Viele Bochumer Schulen zogen samt der Lehrer in die pommersche Kleinstadt Köslin. Braumanns 570 Seiten umfassendes Werk

bietet einen umfassenden Eindruck über die Erlebnisse der Kinder und Jugendlichen während der Kinderlandverschickung bis hin zu den häufig dramatischen Umständen der Rückkehr nach Bochum. Seine Arbeit ist nicht nur das Ergebnis intensiver Recherchen im Stadtarchiv und an 75 Bochumer Schulen, sondern berücksichtigt auch zahlreiche Zeitzeugenberichte und beruht nicht zuletzt auf eigenen Erinnerungen, denn Braumann war als Schüler des Staatlichen Gymnasiums (Ostring) 1943 selbst von der Kinderlandverschickung betroffen. So schreibt er nicht nur aus der Distanz des Historikers, sondern auch als Zeitzeuge, was seinen Ausführungen einen besonderen Wert verleiht.



Jürgen Boebers-Süßmann: Links und rechts der Renne. Geschichten und Dönekes aus Bochum, Wartbergverlag, Gudensberg-Gleichen 2009, 11,00 Euro

Nach seinem vor drei Jahren erschienen Buch „Do kass di drop verloten“ hat Jürgen Boebers-Süßmann, Lokalredakteur der WAZ, nun angesichts des großen Erfolges erneut „Geschichten und Dönekes aus Bochum“ zusammengetragen. Dem bewährten Konzept folgend, vereinigt Boebers-Süßmann in seinem Band wieder-

um Geschichten und Anekdoten aus zwei Jahrhunderten, die das Leben nicht nur „links und rechts der Renne“, der Kortumstraße, schrieb. So dokumentieren Ausflüge in die Stadtteile z. B. den Wandel der Stadt von der Montanmetropole zum Wissenschaftsstandort und Gastronomiezentrum. Dementsprechend vielfältig sind die Themen der durchgängig bebilderten 16 Kapitel, die bei ihrer Mischung aus Amüsantem und Informativem auch ernste Aspekte wie die Monate nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten nicht aussparen. Der Leser erfährt u. a., wie es zur Gründung der Ruhruniversität kam, was Kaiser Wilhelm II. 1912 dazu bewog, 1912 die Zeche Lothringen in Gerthe zu besuchen, und welche Bedeutung die Radrennbahn für den Radsport besaß. Was machte Heinz Kaminski im Sundermer Radom, welches Leben führten Bergmannsfamilien und Arbeiter im Griesenbruch, und warum wurde die Bochumer Kneipenszene zum Bermudadreieck? Warum heißt die Drehscheibe eigentlich Drehscheibe, und wie entstand das Rotlichtviertel an der Gußstahlstrasse? Wer nicht nur Antworten auf diese Fragen sucht, sondern auch amüsante Unterhaltung, dem sei dieses Buch empfohlen.



Norbert H. Wagner: Unsere Kindheit in Bochum. Aufgewachsen in den 40er & 50er Jahren, Wartbergverlag, Gudensberg-Gleichen 2009, 12,90 Euro

Auch bei diesem Titel setzt der Wartbergverlag auf Bewährtes. Nachdem 2008 Uli Auffermanns Buch über „unsere Kindheit in Bochum“ in den 1960er- und 1970er-Jahren einen großen Interessentenkreis fand, richtet nun Norbert H. Wagner seinen Blick auf die Kriegszeit und die beiden Nachkriegsjahrzehnte. Der mit Chroniken wichtiger politischer und gesellschaftlicher Ereignisse sowie zahlreichen Fotos ausgestattete Band vereinigt eine große Vielfalt an Geschichten und Anekdoten aus allen Bereichen des Lebens. Im Mittelpunkt steht Alltägliches, das Leben der Kinder und Jugendlichen in der Zeit von Wiederaufbau und Wirtschaftswunder. Den Hintergrund bildet dabei jedoch das Leben der Erwachsenen und ihr anstrengender Alltag, an dem die Kinder in vielfältiger Weise teilnahmen. Das Spektrum der Erzählungen reicht von den ersten Schulerfahrungen über die Highlights der Freizeitgestaltung mit Ausflügen und Kinderfesten bis hin zu Kommunion und Konfirmation. Weitere Kapitel beschreiben den Einstieg in die Berufswelt und die Freizeitaktivitäten der Jugendlichen, ihr Musik- und Kulturinteresse sowie Pubertätsprobleme und die erste Liebe. Der Band zeichnet diese Entwicklung chronologisch nach, betrachtet also die Kindheit der späten 1940er- und frühen 1950er-Jahre, während die Abschnitte über die Jugend eher die Spätphase des Jahrzehnts berücksichtigt. Auch wenn es nicht explizit deutlich wird, gewinnt man den Eindruck, dass das Buch in gewis-

ser Weise biographische Züge des 1946 geborenen Bochumer Autos trägt. Dies liegt zum einen an den zahlreichen Kinderfotos, die möglicherweise Wagner selbst zeigen, und zum anderen an der eingängigen, mitunter persönlichen Erzählweise, die seine aktive Beteiligung an zahlreichen der im Buch geschilderten Aktivitäten vermuten lässt.



Dietmar Bleidick/Dirk Ernesti: Historisches Ehrenfeld, unveränderte Neuauflage Bochum-Ehrenfeld 2010, Selbstverlag der Autoren, 12,80 Euro

Aufgrund der großen Nachfrage war das Buch innerhalb weniger Monate vergriffen. Die Autoren haben sich daher zu einer Neuauflage entschlossen, die voraussichtlich in der zweiten Märzwoche vorliegen wird. Das Buch ist im Bochumer Buchhandel sowie unter www.historisches-ehrenfeld.de erhältlich.

Anfang des 20. Jahrhunderts entstand südlich des Bochumer Hauptbahnhofs ein neuer Stadtteil. Innerhalb von zehn Jahren entwickelte sich nach der Idee des Bauunternehmers Clemens Erlemann im Ehrenfeld eine dichte Wohnbebauung mit großstädtischer Infrastruktur: dem Stadttheater, zwei Schulen, Kirchen der beiden Konfessionen und der Knappschaft als größtem Arbeitgeber. Ende der 1920er-Jahre war der Ausbau beendet. Mit dem Parkhotel, dem Kino Lichtburg und dem Villenviertel am Rechener Park gehörte das Ehrenfeld neben dem Stadtparkviertel zur bevorzugten Wohnlage der bürgerlichen Bochumer Gesellschaft.

Das Buch erinnert an das Bild des historischen Ehrenfelds vor den Zerstörungen des Zweiten

Weltkriegs. 70 Ansichten und zehn Begleittexte zu Gebäuden und Entwicklungen lassen die facettenreiche Geschichte des Stadtteils lebendig werden, der trotz zahlreicher baulicher Veränderungen bis heute seinen ursprünglichen Charakter gewahrt hat.

● | Geschichte auf dem Bürgersteig

So nennt sich eine Aktion, die im Frühjahr 2010 in Bochum-Werne von der Vereinigung der dortigen Geschäftsleute „Pro Werne“ durchgeführt wird.

Dabei werden in den Straßen Werner Hellweg und Zur Werner Heide vor den Häusern, in denen sich vor ca. 100 Jahren Geschäfts- und Handwerksbetriebe befunden haben, deren Namen und Gewerke auf die Bürgersteigplatten gesprüht.

Im Rahmen des Kulturhauptstadtjahrs 2010 will die in ihrer außergewöhnlichen Form angelegte Aktion auf die Vielzahl und das breite Spektrum der vormals hier ansässigen Betriebe aufmerksam machen und lässt an Ort und Stelle die starke Veränderung zur heutigen Situation erkennen.

Ergänzend soll eine kleine Ausstellung in der Werner Sparkassenfiliale historische Ansichten der genannten Straßenzüge und dortiger Häuser zeigen.